

Leipzigs NEUE

EINE LINKE ZWEIFOCHENZEITUNG

- Opernchef exklusiv in LN Seite 3
- Couragiert gegen Nazis Seite 5
- Prinzen bitten zur Kasse Seiten 8/9
- Heuschreckenplage in LE Seite 10
- Geschonneck zum 100. Seite 17
- 1946 – Leipzig im Aufbau Seite 22
- Kein Friede für Bethlehem Seite 24
- www.schalom5767.de Seite 25
- Olympisches Märchen Seite 28
- Zwischen Frühstück und ... Seite 31

25/26

2006

DOPPELAUSGABE

Nur
2 Euro!

14. Jahrgang

22. Dezember

[www.
leipzigs-
neue.de](http://www.leipzigs-neue.de)

Bitten der Kinder

Die Häuser sollen nicht brennen. Bomber sollt man nicht kennen.

Die Nacht soll für den
Schlaf sein.
Leben soll keine Straf sein.
Die Mütter sollen nicht
weinen.

Keiner sollt töten einen.
Alle sollen was bauen
Da kann man allen
trauen. ...

Bert Brechts Versen aus dem „Herrnburger Bericht“ ist nichts hinzuzufügen. Überall auf der Welt wollen Kinder in Frieden leben und lernen. Und sie wollen Frieden auch für andere Kinder, wie die Einsendungen zum internationalen Lions Mal- und Zeichenwettbewerb beweisen.



Jill Giovanelli, 13 Jahre, Rickeyville, USA

Liebe Leser, liebe Freunde, liebe Autoren von LEIPZIGS NEUE,

wir wünschen Ihnen und Ihren Angehörigen ein schönes Weihnachtsfest, einen friedvollen Jahresausklang, ein gesundes und aufmüpfiges Ankommen im Jahr 2007 und – man darf ja träumen – Politiker, die für Frieden in der Welt sorgen.

Schon vor einem Jahr mussten wir an dieser Stelle feststellen, dass in Zeiten der rigorosen Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben nicht jeder so feiern kann, wie er gerne möchte, nicht jeder seine Lieben so beschenken kann, wie sie es verdienen. Und die Situation ist inzwischen für noch mehr Menschen eher noch schlimmer geworden.

Möge es verantwortungsbewussten Linken (es sind

ja immer noch nicht *die* Linken) im neuen Jahr gelingen, mit der angestrebten neuen sozialistischen Partei den Zorn der Menschen in wirkungsvollen Protest zu verwandeln.

LEIPZIGS NEUE will Ihnen in ihrem nunmehr 15. Jahr auch weiterhin die nötigen Informationen aufbereiten, Ihnen Mut machen und die Kraft geben für den aktiven Widerstand gegen die Kälte in dieser Gesellschaft.

Ohne Ihre Unterstützung, ohne neue Abonnenten, ohne Anzeigenkunden und ohne Spender aber hat ein linkes Blättchen hier und heute wenig Überlebenschancen.

Herzlichen Dank deshalb all jenen, die uns im nun ablaufenden Jahr nicht nur treue Leser, sondern auch unverzichtbare Sponsoren waren. Bitte lassen Sie nicht nach in Ihrem Engagement für die Existenz von LEIPZIGS NEUE.

Im Namen des Redaktionskollektivs und des Projekts Linke Zeitung e. V.

Dr. Maxi Wartelsteiner Prof. Dr. Kurt Schneider
Chefredakteurin 1. Sprecher des Vereins

Unsere erste Ausgabe im neuen Jahr erscheint am 12. Januar



Nie die Hoffnung aufgeben, nicht einmal die auf Schnee, meint LN-Fotograf Gerd Eiltzer

Lumumba-Denkmal muss zurück



„Stimmen der Völker“ – Studierende des Ausländerstudiums sangen, spielten und tanzten in der Leipziger Moritzbastei. In vielen Sprachen der Welt feierten sie den 50. Geburtstag des Leipziger Herder-Instituts. Solisten und Gruppen aus ca. 20 Ländern führten ein buntes und vorwiegend fröhliches Bühnenprogramm auf. Foto: Wienhold

Im Zusammenhang mit dem 1951 begonnenen Ausländerstudium an der Universität Leipzig und der Gründung des Herder-Instituts an der Karl-Marx-Universität 1956 erhielt die Döllnitzer Straße 1961 den Namen Lumumba-Straße. Im November 1961 wurde auf Initiative der FDJ vor dem Institutsgebäude eine Lumumba-Stele eingeweiht. Diese Stele brachen im Mai 1997 vermutlich Metalldiebe um, der Stelen-Kopf wurde gestohlen. Die Schändung wurde viele Jahre geduldet. Erst die fotografischen Ermahnungen durch Claus Uhlrich und Gerhard

Märker sowie der für Oktober d. J. angekündigte Besuch der Präsidentin Chiles, Absolventin des Herder-Instituts, in Leipzig waren Anlass, Schritte dagegen zu unternehmen.

Mehrere Vereine kritisierten im Oktober in einem Memorandum an den Uni-Rektor den zu lange hingezogenen Zustand. Sie forderten eine angemessene neue Ehrung Lumumbas, des bisher einzigen durch ein Denkmal in Leipzig gewürdigten afrikanischen anticolonialen Politikers. Die Antwort verspricht immerhin eine Prüfung des Anliegens. • HANS WIENHOLD

Peinlicher Streit um 36 Euro

Dennoch: Weihnachtsgeld für Heimbewohner

LN. Nachdem der Bundesgesetzgeber neben anderen einmaligen sozialen Leistungen im Jahr 2004 auch die Weihnachtsbeihilfe für auf Sozialhilfe angewiesene Heimbewohner gestrichen hatte, ist deren Zahlung nun wieder möglich. Zu dem in Sachsen ausgebrochenen Streit, wer die dafür anfallenden Kosten trägt, erklärt der sozialpolitische Sprecher der Linksfraktion.PDS, Dr. Dietmar Pellmann:

„Es ist eine Schande, dass wenige Tage vor dem Weihnachtsfest in Sachsen noch um die Klärung gerungen wurde, wer die Kosten für die Weihnachtsbeihilfe trägt. Dieser wahrlich lächerliche

Streit zwischen Freistaat und Kommunen wird auf dem Rücken von ca. 15 000 auf Sozialhilfe angewiesenen Heimbewohnern ausgefochten, die nichts anderes zur Erfüllung persönlicher Wünsche als ein geringes monatliches Taschengeld haben.“

Die 36 Euro Weihnachtsgeld für jeden könnte ihre persönliche Misere ohnehin nur ein kleines bisschen verbessern. Stattdessen rätselt der sächsische Finanzminister, wie er überraschend aufgetauchte 600 Millionen Euro verwenden kann. Und da soll die vergleichsweise läppische Summe von kaum etwas mehr als 500 000 Euro für ganz Sachsen nicht vorhanden sein?

LN. Mit den Rückgabeforderungen des Hauses Wettin beschäftigte sich der Sächsische Landtag am 14. Dezember. Eva-Maria Stange, die erst im September ernannte Wissenschafts- und Kunstministerin, bestätigte den Rechtsanspruch des Hauses Wettin, während der Grünen-Abgeordnete Karl-Heinz Gerstenberg die ganze Angelegenheit ins Scherzhafte zog, indem er „seiner Königlichen Hoheit gestand, die ganze Revolution war ein Fehler, sie tut uns leid“.

Fast könnte man meinen, Sachsens verantwortliche Politiker sehen das wirklich so. Dr. Volker Külöw von der Linkspartei jedenfalls nährte diesbezügliche Sorgen durchaus. Er sprach von „einem politischen und kulturpolitischen Skandal ersten Ranges“, für den der sächsische Ministerpräsident persönlich Mitverantwortung trage.

Külöw wörtlich: „Anlässlich der freistaatlich-royalistischen Festveranstaltung ‚200 Jahre Königreich Sachsen‘ verkündete Prof. Georg Milbradt am 8. September 2006 auf Schloss Pillnitz in seiner königsgrünen Rede, die ihm übrigens sein neuer Berater in Wirtschafts- und Kulturfragen und künftiger Chef des Hau-

Landtagsdebatte zur Rückgabeforderung des Hauses Wettin

Nationales Kulturerbe ist unteilbar

ses Wettin, Prinz Alexander von Sachsen, aufgeschrieben hatte: ‚Forschergeist und das Streben nach hohen kulturellen Werten der sächsischen Kurfürsten von damals bilden heute das Fundament eines modernen und zukunftsorientierten Freistaates. Wir erkennen an, dass die Jahrhunderte lange monarchische Herrschaft in Sachsen segensreich für unser Land war und in mancherlei Hinsicht bis heute nachwirkt...‘ Dass das Monarchische nachwirkt, ist wohl unbestreitbar, doch ob das Gottesgnadentum segensreich für das heutige Sachsen ist, steht auf einem anderen Blatt...“ Als Hintergrund für die aktuelle Forderung nach mindestens 1600 Porzellanstücken nannte Külöw eine Öffnungsklausel im Vergleich von 1999, den auf der einen Seite der jetzige Chef des Hauses Wettin, Maria Emanuel Prinz von Sachsen, und auf der anderen Seite für den Freistaat der getreue Paladin des damaligen Finanzministers Milbradt, Staatssekretär Dr. Karl-Heinz Carl, mitunterzeichnet hatten. Die *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* charakteri-

sierte diese Klausel dieser Tage lakonisch als „verheerend“. Durch dieses juristische Schlupfloch soll nun im großem Stil Kasse gemacht werden. Gefordert werden, so Külöw, auch „jene Dragonervasen, die ein segensreicher Wettiner im Schacher gegen 600 sächsische Dragoner vom preußischen Soldatenkönig erhielt. In diesem aristokratischen Menschenhandel wechselten pro Kopf á 43 Taler Zeitwert vier Soldaten je Stück Porzellan den Besitzer. Heute bevorzugen die Wettiner im Umgang mit dem Freistaat den Nulltarif. Wer geglaubt hat, mit der Mentalität *Geiz ist geil* sei ein Tiefpunkt des bundesrepublikanischen Zeitgeistes erreicht, sieht sich getäuscht. *Gier ist geil* ist die blaublütige Perversion des erbärmlichen Spruchs in den Farben der Wettiner. Wo anders wäre es möglich, dass eine verstaubte Adelsdynastie ein vertraglich verbrieftes Zugriffsrecht auf die dort ausgestellten Kunstschätze hätte?“

Der Redner der Linkspartei forderte Ministerpräsident Milbradt persönlich zum Handeln im Sinne des Landes Sachsen

auf und fragte, wohl eher rhetorisch: „Wo anders wäre es möglich, dass ausgebuffte Rechtsanwälte der Wettiner gegen die offenkundig unbedarften Haus-

juristen der Staatsregierung per Öffnungsklausel ein Instrument in der Hand halten, um unsere Museen erst für die Öffentlichkeit lahmzulegen, weil alle Mitarbeiter jahrelang nur noch Provenienzen zu klären haben, und um diese Museen anschließend nach Gutdünken eines Fürstengeschlechts auszuräumen, das vor mittlerweile 88 Jahren vom sächsischen Volk völlig zu Recht verjagt wurde.

Von der napoleonischen bis zur sowjetischen Besatzung hat es hierzulande niemand gewagt, nationales Kulturgut anzutasten. Heute plündern die segensreichen Wettiner selbst ihr ehemaliges Königreich. Niemand anders als die sächsische Staatsregierung trägt die Verantwortung, dieser skandalösen Entwicklung Einhalt zu gebieten und den unverhüllt-schäbigen Angriff auf Schätze des Freistaates Sachsens und seiner Bürger abzuwehren. Das nationale Kulturerbe ist unteilbar und muss deshalb unantastbar bleiben.“

Siehe Seiten 8/9



Fotos: Gerhard Märker

Mit der Spielzeit 2006/07 begann die zweite, bis 2011 währende Amtszeit von **Henri Maier** (rechts) als Intendant der Oper Leipzig. Seit der vorigen Saison steht ihm **Alexander von Maravic** (links) als geschäftsführender Direktor zur Seite. Werner Wolf und Michael Zock sprachen mit ihnen **über Bisheriges, Zukünftiges, aber auch über Arbeitslosigkeit vor Ort und über das Bemühen, vor allem wieder junge Besucher für das Musiktheater zu gewinnen.**



Der Chef der Oper ist die Partitur ...

- **In wenigen Tagen wird das große Haus am Augustusplatz eine lang geplante Renovierungspause einlegen. Ihre zweite Amtszeit hat nun mit dieser Spielzeit begonnen, Gründe genug, für einen kurzen zunächst personellen Blick zurück. Wie fällt der aus?**

HENRI MAIER: Ich sage immer: Die Oper hat einen Motor, das ist zum einen das Orchester und ist zum anderen die Musik. Das bleibt bestimmend. Der Chef der Oper ist die Partitur. Die Partitur führt das Theater. Seit ich in Leipzig bin, spielt das Gewandhausorchester auch in der Oper besser, weil Riccardo Chailly als GMD Dirigenten mit herausragendem Niveau und Konstanz in der Leistung engagiert hat, die das Orchester zu großer Qualität führen. Wir konnten Sören Eckhoff als neuen Chordirektor verpflichten, der mit diesem Ensemble eine ausgezeichnete Form erreichte. Das Verlangen des vorigen Oberbürgermeisters, das Ballett zu reduzieren, haben wir abgelehnt. Nach dem tragischen, viel zu frühen Tod von Uwe Scholz ist seit der Berufung Paul Chalmers zum Ballettdirektor auch da wieder Stabilität erreicht aber auch internationale Resonanz: Das Ensemble bekommt Einladungen aus Hongkong, Shanghai, Peking, Mallorca, Südpazifik. Sein Repertoire reicht vom klassischen Ballett bis zur Gegenwart. Und auch das ist

nicht zu unterschätzen: Nicht zuletzt haben wir mit Alexander von Maravic als geschäftsführenden Direktor endlich Stabilität in der Verwaltungsarbeit geschaffen. Und dieser Blick hinter die Kulissen sei gestattet: Es waren in jüngster Zeit 18 Direktions- und Leitungsposten neu zu besetzen. Wir stehen vor großen finanziellen Entscheidungen. Aber wir haben die Stabilität des Hauses gesichert und dabei auf 50 Stellen verzichtet. Das war nicht einfach. Das Ensemble wird nun nach fünf Jahren umgebaut. Einige Künstler wie Tomas Hakala haben inzwischen eine internationale Karriere beginnen können. An Stelle ausscheidender Ensemblemitglieder werden neue kommen.

- **Viele Leipziger messen die Leistung der Operntendanz auch an ihrem Engagement für die Musikalische Komödie. Das Haus wird buchstäblich von vielen Besuchern geliebt. Gegen Schließungsgerüchte der letzten Jahre gab es immer wieder laute Proteste. Hat sich die Situation in Lindenau jetzt beruhigt?**

ALEXANDER VON MARAVIC: Auch für die Musikalische Komödie ist endlich Stabilität erreicht. Niemand spricht mehr von Schließung. Diese Stabilität ist auch arbeitsrechtlich gesichert. Das ist ein wichtiger Punkt. Das Haus muss aber

weiter repariert und ausgebaut werden. Das gilt auch für die Räume der Künstler. Im Haus Dreilinden werden weiter Opern und Musicals gespielt, zudem Spielopern und Werke der Opéra comique.

HENRI MAIER: Roland Seiffarth bleibt mit einer Einstudierung pro Spielzeit diesem Hause erhalten. Er ist der Maßstab, er ist der Mann, der weiß, was Operette ist, ein absolutes Markenzeichen für Leipzig und für die Operette überhaupt.

- **Gibt es ein spezielles Marketingkonzept für dieses in Deutschland einmalige Haus, sieht man einmal von der Staatsoperette in Dresden ab?**

ALEXANDER VON MARAVIC: Wenn der ehemalige Oberbürgermeister Tiefensee als jetziger Verkehrsminister eine gute Nachtzugverbindung von Leipzig nach Berlin schafft, könnten wir die ganzen Berliner Operetten- und Musicalfans im „Haus Drei Linden“ begrüßen. Wir sind



Dem Intendanten auf die Finger geschaut ...

uns bewusst, dass dieses „zweite Leipziger Opernhaus“ ein Juwel ist.

- **Wie zufrieden sind Sie mit der bisherigen künstlerischen Arbeit der großen Oper Leipzig?**

HENRI MAIER: Ich vertrete da keine starre Form, bin aber überzeugt, dass Regietheater, Musiktheater sein muss. Es gab viel Kritik wegen Regisseuren. Mit manchen Regisseuren hatte ich eine glückliche Hand, mit anderen weniger. Ich habe einige Regisseure engagiert, von denen ich glaubte, sie werfen ein neues Licht auf ein Werk. Aber die Partitur ist die Bibel für den Regisseur. Die Bilanz ist also durchwachsen. Aber wir blicken positiv in die Zukunft.

ALEXANDER VON MARAVIC: Trotzdem bleibt festzustellen: Mit der Steigerung der Besucher um 25 000 haben sich die Einnahmen fast verdoppelt. Doch in den nächsten Jahren müssen wir bei bleibendem Kunstanspruch mit weniger Geld auskommen. Die Opernleitung hat aufgrund der Sparvorgaben der Stadt ein Strukturpapier erarbeitet, das drei Millionen Euro einspart. Es wird keine betriebsbedingten Kündigungen geben. Wir haben aber noch keinen bestätigten Etat für die nächste Spielzeit, keine Planungssicherheit. Das erschwert zur Zeit manches. Die Kunst braucht von der Stadt das

Gefühl, dass sie in Ruhe arbeiten kann, braucht einen finanziellen Rahmen. Und ganz deutlich: Kulturgelder sind keine Subventionen sondern Investitionen in die Gesellschaft und in ihr Zusammenleben.

- **Leipzig bleibt eine Stadt mit sehr hoher Arbeitslosigkeit. Sie trifft alte und jüngere Leute, darunter auch sehr viele, für die der private Kulturretat sehr schmal geworden ist. Denken Sie auch an diese Musikfreunde? Wie erreichen sie junge Theaterbesucher?**

ALEXANDER VON MARAVIC: Wir haben verschiedene Angebote mit bis zu 50 Prozent Ermäßigung. Die Junior-Card besitzen 1 500 junge Leute. Jung sein heißt für uns: bis zum Alter von 27 Jahren. Entsprechende Ermäßigungen gibt es auch für Hartz-IV-Empfänger. Früher sagte man: Ein Saal füllt sich von vorn nach hinten, heute ist es mitunter umgekehrt. Also die Nachfrage nach den niedrigeren

Preisen ist gewachsen. Und wenn sich dann auch mal einer im Saal nach vorn setzt, bitte schön ... wenn Platz ist. Für die Gewinnung neuer Besucher wirken unsere Theaterpädagogen mit etwa 300 Veranstaltungen im Jahr. Das ist wahrlich nicht wenig. Für Schüler und Lehrer, Eltern und ihre Kinder, für Jugendliche gibt es tolle Angebote zum Anfassen, Bestaunen, Entdecken, Ausprobieren, Verstehen. Der wunderbare Opernkinderchor bildet das Publikum von heute heran. Nicht erst das Publikum von morgen, wie manche meinen.

- **Welche Vorstellungen gibt es zur Repertoiregestaltung beim Anrecht?**

ALEXANDER VON MARAVIC: Das Problem für die Repertoiregestaltung ist, dass wir nur das von Udo Zimmermann eingeführte Wahlrecht haben und Änderungsversuche beim Publikum wenig Zustimmung fanden. Die Anrechtshaber wählen Werke aus, die wir regelmäßig spielen, und solche, die nur von Zeit zu Zeit aufgeführt werden. Neues ist da noch zu wenig gefragt.

HENRI MAIER: Wenn wir selten gespielte Werke wie „Die Trojaner“ erhalten wollen, brauchen wir dazu ein Repertoire mit Opern wie „La Traviata“, „Luisa Miller“, „La Bohème“, „Die Zauberflöte“, „Figaros Hochzeit“, „Die Entführung aus dem

- **Was bleibt zu tun, um den Erwartungen der Leipziger Opernbesucher und der 2013 zum in Leipzig stattfindenden Jahreskongress des „Richard Wagner Verbandes International“ (der fast 40 000 Mitglieder zählt) aus aller Welt kommenden Teilnehmern mit einer Neuinszenierung des Bühnenfestspiels „Der Ring des Nibelungen“ vom Range der Leipziger Jahrhundert-Inszenierung von Joachim Herz gerecht zu werden?**

HENRI MAIER: Das kann ich nicht beantworten, weil mein Vertrag nur bis 2011 geht und ich meinem Nachfolger nicht vorgreifen möchte. Der müsste aber bis 2009 gefunden werden. Wir werden bis dahin weitere Werke von Wagner in den Spielplan aufnehmen. Aus der Zeit Udo Zimmermanns haben wir „Tannhäuser“ und „Tristan und Isolde“ im Repertoire erhalten. Im Frühjahr kam „Parsifal“ hinzu und kürzlich hatte „Lohengrin“ Premiere. Für die Wiedereröffnung des Hauses nach der Erneuerung des Zuschauerraumes wird „Rienzi“ neu inszeniert. Zur 50-Jahr-Feier des Opernhauses am 8. Oktober 2010 werden „Die Meistersinger“ neu einstudiert. Dann wird noch der „Holländer“ in den Spielplan aufgenommen. Damit hätten wir, mit Ausnahme der beiden Frühwerke, alle Opern Wagners außer dem „Ring“ im Repertoire.

- **Welche Pläne gibt es für die Reihe „Oper am Klavier“ im Kellertheater?**

HENRI MAIER: Da finden im Kellertheater wieder mehrere Abende statt, so erneute Aufführungen der Kurzoper „Die menschliche Stimme“ von Francis Poulenc und „Das Telefon“ von Gian Carlo Menotti. Als Raritäten werden Ruggiero Leoncavallos Vertonung von „La Bohème“ und Eugen d'Alberts Oper „Die Abreise“ aufgeführt. Igor Strawinskys „Geschichte vom Soldaten“ wird auf der Drehscheibe geboten. Während der Erneuerungsarbeiten im Saal gibt es mehr Veranstaltungen im Kellertheater. Donizettis „Liebestrank“ inszenieren wir zudem hinter dem geschlossenen „Eisernen Vorhang“, dazu kommen dort die neuen Ballettkreationen „Shakespeare made in Leipzig“ und „Jason et Médée“.

- **Was unternimmt der Intendant am letzten Tag des Jahres?**

HENRI MAIER: Er dirigiert in der Musikalischen Komödie die Ouvertüre der Silvesteraufführung und freut sich sehr darauf.

Wut hält jung

Über Dietrich Kittners „Unter- und Obertanen“ in einer Stadt

Man könnte ganz schönen Frust haben über die gegenwärtige Situation ... wenn man nicht so eine Wut hätte! Aber Wut hält auch jung.“ Die Erkenntnis formulierte der linksfreche Kabarettist Dietrich Kittner im Februar in dieser Zeitung und frozzelte über Regierungsköpfe und Obertanen, die in unserem Land zunehmend Unlogik als Logik verbreiten.

Im gleichen Monat standen Frauen und Männer bei klirrender Kälte vor dem inzwischen geschlossenen Interim Karstadt am Brühl und protestierten gegen anstehende 300 Kündigungen bei Karstadt-Quelle. Das Versandzentrum, von den Leipziger Obertanen zuvor über Monate als Leuchtturm jubelt, verkam vom Hoffnungsträger zum Stellenvernichter.

„Der City-Tunnel lässt als Bauwerk Emotionen hochkochen“ – so stand es auf unserer Themaseite 3, lange bevor im Juli Enthüllungen der Linkspartei über Kostenexplosionen und Termin-desaster Staub im sächsischen Wirtschaftsministerium aufwirbelten. Sätze 13 Prozent kostet die Doppelröhre unter der Stadt mehr und der Termin 2009 ist futsch. Immerhin, einem Obertan in Berlin mit Leipziger Rathaus-Erfahrung stießen die Fakten mehr als unangenehm auf und ein sächsischer Minister verlor hinter verschlossenen Türen die Contenance. Die Leipziger Autofahrer stellen sich inzwischen auf weitere langjährige Umleitungen ein und fragen gemeinsam mit anderen Untertanen: Wer soll das bezahlen? Im November dörste der teure Bohr-Gigant am Bayrischen Bahnhof vor sich hin.

Der Tunnel regt zwar viele Leipziger

auf, doch haben sie wohl ganz andere Sorgen. Im Herbst 2006 stellt die Sozialstudie „Trendreport“ zunächst sehr emotionslos fest, dass Leipzig nach einem Vergleich mit 16 deutschen Großstädten, darunter Hamburg, Bremen, München Dresden und Rostock mit 35 Prozent die zweithöchste Quote bei Kindern bis zu 15 Jahren hat, die im schlimmsten Sinne des Wortes „arm dran“ sind. Nicht viel besser ist die Situation bei Jugendlichen zwischen 15 und 25. Auch hier ist der Anteil mit 22 Prozent mehr als erschreckend. Ja, es gibt inzwischen in dieser Stadt wieder Leipziger, die am Essen sparen müssen. Andreas Zehr, Chef der für Hartz-IV-Empfänger zuständigen ARGE, befürchtet „soziale Konflikte“, wenn Chancenlosigkeit und Armut zornig machen.

„Armut ist in Leipzig schon längst nicht mehr an ein Geburtsdatum gebunden.“ Eine Erkenntnis, die im Neuen Rathaus an einem Septembervormittag auch die Diskussionen der vierten Seniorenpolitischen Konferenz bestimmten. Die „Alten“ werden zunehmend wütend, wenn ein Großteil der Medien sie meist als unbezahlbaren Pflegefall darstellt und ihnen Selbstbestimmung nur noch beim Abschluss einer Versicherung für den Todesfall zugestanden wird.

Vor dem Neuen Rathaus riefen, sangen und demonstrierten im November Arbeiter, Angestellte und Studenten gegen die Privatisierung der Stadtwerke. „Herr Jung hat von den Leipziguern kein Mandat zum Stadtwerkeverkauf“, hieß es da. Inzwischen ist ja bekannt, dass mit einer hauchdünnen Mehrheit gegen die Leute auf der Straße abgestimmt wurde. Ein Bürgerbegehren in

dieser Angelegenheit wird geprüft. Ähnliche Erfahrungen machten Gewerkschafter, die sich einerseits eine Nacht um die Ohren schlugen, als sie das Leipziger Volkshaus besetzten und tagsüber nach Berlin fuhren, um beim DGB gegen den Immobiliendeal zu protestieren. Befürchtungen wurden laut, dass bei den heute verschlungenen Finanzwegen sogar rechtsradikale Strohmannen Gefallen an diesem traditionsreichen Arbeiterhaus finden könnten. Bemerkenswert ist jedoch erst, wenn alles unterschrieben ist und die neuen Besitzer ihre Forderungen stellen.

Genug der Beispiele. Jeder kann aus seinem Umkreis und Tätigkeitsfeld garantiert seitenweise ähnliche Fakten berichten. Und wenn sie in dieser letzten Ausgabe des Jahres die „Kleine Skandalchronik“ lesen, dann steigt mit Kittner „ganz schön Frust“ auf. Trübe Aussichten also für das neue Jahr? Ich denke nicht, denn zunehmend entwickelt sich wieder ein Sozial- und Solidaritätsverhalten sowie Protest unter vielen Menschen. „Es gibt auch schlechte Zeiten, die nicht ohne Perspektive sind“, titelte diese Zeitung kürzlich und nahm damit Anleihe bei Julius Fucik.

„Es hat wenig Sinn, die Faust nur in der Tasche zu ballen. Man muss seine Meinung sagen und protestieren. Und sich nicht entmutigen lassen, und es nicht zulassen, dass die Obertanen einen belügen,“ – meinte Dietrich Kittner. Nicht nur aufregen, sondern sich einmischen. In dieser Hinsicht gab es im Jahre 2006 durchaus Bemerkenswertes zu beobachten.

• JOACHIM MICHAEL



Mein Leipzig lob' ich mir ...

... nicht immer. Dieser Tage bekam ich buchstäblich einen Krampf in meiner linken Hand. Nachdem ich die beim Bäcker gekauften zwei Pfannkuchen genossen hatte, wollte ich die schöne Weihnachtspapiertüte, wegen Marmeladenklecksen nicht weiter verwendbar, wegwerfen. Ich zerkrüllte sie in meiner Linken hielt sie darin fest und suchte ... einen Papierkorb. Zunächst bei „H“ wie Haltestelle. Nichts! Alle abgeschraubt. Die Straßenbahnaussteiger schmissen ihre Schnipsel auf die Straße. Sollte ich auch? Noch war ich nicht so weit. Ich lief auf eine blaue Papiertonne zu, die vor einem Hauseingang stand. Ich öffnete den Deckel und wollte gerade ... Da öffnete sich die Tür und ein Anwohner raunte: Das ist aber kein öffentlicher Papierkorb! Schnappte sich die Tonne und rollte sie auf seinen Hof.

Also doch einfach fallenlassen! Ich bekomme da immer noch ein so blödes Gefühl. In anderen Städten wird man ja schon wegen einer verlorenen Kippe vor Kasse gebeten. Sollte hier irgendwo ein Kassierer auf meinen Papierfall warten? Ich tat es dann doch, die Pfannkuchenweihnachtspapiertüte landete am Straßenrand. Nach einer halben Stunde kam ich wieder und mein Papier war weg, aufgelesen mit einer langen Zange per Hand von einem Saubermann, der vor mir mit einem blauen Kunststoff-Sack lief. Am Abendbrottisch erfuhr ich: Dass Leipzig sparen muss, an Papierkörben, um zu sparen. Und was kosten die neuen „laufenden Papierkörbe“ in Blau?

Euer Lipsius



Feinkost vor dem „Aus“?

Die Linksfraktion.PDS im Leipziger Stadtrat begrüßt die Neuaufnahme von Verhandlungen mit der Kunst- und Gewerbebesessenschaft Feinkost e.G. als bisheriger Mieter des gewerblichen Teils. Bedauerlich ist, dass sich die Kulturstiftung Feinkost durch ihre fortwährenden Pirouetten und kompromisslose Haltung selbst aus dem Verfahren herausgedreht hat.

Nicht zuletzt aus städtebaulichen und stadtfunktionalen Gründen ist aber eine rein kommerzielle Nutzung des Feinkost-Areals als wichtiger Teil des „Inneren Südens“ nicht denkbar. Ohne kulturell geförderte Einrichtungen besteht die Gefahr, dass unter Denkmalschutz stehende Gebäude wie Gildesaal entlang der Braustraße und die Brauereigewölbe im Keller einem tristen Kommerzneubau weichen werden. Deshalb sollte die Gewerbebesessenschaft neben ihrem bisherigen gewerblichen Engagement eigene kulturelle Angebote entwickeln. Das Dezernat Kultur muss Gespräche mit geeigneten Interessenten aus der Kulturszene aufnehmen und diese für einen Einstieg in das von der Stadtverwaltung und allen Stadtratsfraktionen gewollte und der Treuhandliegenschaftsverwaltung unterstützte Projekt des „Kunst-, Kultur- und Gewerbehofes Feinkost“ trotzdem noch zu ermöglichen.

Die Linksfraktion spricht sich außerdem für eine baldige Sitzung des Entscheidungsgremiums zur Ausschreibung des Feinkostgeländes in Leipzig aus. Vertretern der TLG IMMOBILIEN GmbH, der Stadtverwaltung Leipzig und der Fraktionen aus.

• SIEGFRIED SCHLEGEL

„Courage leben“

Sie waren erfolgreich, die gleichnamigen Medientage im November, mit denen sich der Landesfilmdienst und wir Programmgestalter des Kinos CINEDING durch Dokumentationen, Lesungen und Spielfilme in zeitgeschichtliche Diskussionen einmischten. Insbesondere die Veranstaltungen, die in Zusammenhang mit Filmgesprächen und Referenten bzw. Filmemachern stattfanden, wurden gern besucht, da die Jugendlichen erfuhren, dass der Umgang mit Medien und speziell mit Filmen mehr sein kann und sollte als bloßer Konsum. Die kritische Auseinandersetzung und Diskussion mit den Filmschaffenden, Autoren und Experten über die Filme erleichterte gerade für ein jugendliches Publikum den Zugang zu den oft für sie sehr theoretischen Themen: Rechtsextremismus, Gewalt, Rassismus und Zivilcourage. Die Diskussionen, die auch von den Medienpädagogen des Landesfilmdienstes Sachsen begleitet wurden, zogen Parallelen zum eigenen Alltag: Wie haben die Personen im Film gehandelt? Welche Handlungsmöglichkeiten habe ich in meinem Alltag? Wie wird an unserer Schule mit Minderheiten umgegangen? Gibt es in meinem Umfeld Rechtsextremismus? Und auch die Lehrer gingen mit neuen Ideen und Denkanstößen aus den Veranstaltungen. Weitere werden folgen.

• JOHANNA HEMKENTOKRAX

„Der letzte Weg“

Mit einer Sonderausstellung dokumentiert derzeit das Stadthistorische Museum Leipzig die Deportation jüdischer Nachbarn zwischen 1942 und 1945. Kaum zu beschreibende Nöte, Leid, Blut und Tränen markieren diesen Weg brutaler Menschenverachtung. In dieser Zeit sind etwa 2000 Leipziger mit dem gelben Stern für ein grauenvolles Schicksal vorgesehen. Am 21. Januar 1943 verlässt der erste so genannte Leipziger Judentransport die Stadt. In mehreren Sammelstellen sind die Totgeweihten ein bis zwei Tage zuvor untergebracht. Genutzt werden die damalige 32. Volksschule in der heutigen Erich-Weinert-Straße. Auch die Städtische Arbeitsanstalt in der Riebeckstraße sowie das Gefängnis in der Wächterstraße dienen diesem Zweck. Einige versuchen diesem Schicksal durch Selbstmord zu entgehen. Bisher sind in Leipzig 43 solcher Verzweiflungstaten registriert. Ganz wenigen gelang das Untertauchen in letzter Minute, auch durch geschicktes Agieren mutiger Leipziger.

Dokumente, Faksimiles, Leihgaben u. a. vom Erich-Zeigner-Haus e.V., der Israelitischen Religionsgemeinde, aus Birkenau, des Stadtarchives, der Verkehrsbetriebe zeigt die Ausstellung. So berühren unter anderem die Zeugnisse damals seltener Zivilcourage zur Rettung einer jungen Frau und ihres zweijährigen Sohnes.

Der Direktor des Stadtgeschichtlichen Museums Dr. Volker Rodekamp hebt hervor, „dass mit dieser Ausstellung auch besonders junge Leute angesprochen sind, damit deren Kenntnisse über jene Zeit gefestigt werden. Es gilt, zunehmende Geschichtsfälschungen neonazistischer Kreise mit Tatsachen zu entlarven.“

• HERMANN GERATHEWOHL

„Der letzte Weg“ im Stadthistorischen Museum Leipzig.
Zu sehen bis zum 28. Januar 2007
jeweils von Dienstag bis Freitag zwischen 10 und 18 Uhr.

Nicht hinter

Der zum fünften. Mal in Leipzig vergebene Preis für Zivilcourage war ein besonderer. Ursprünglich nur gedacht für junge Leute, die sich engagiert in Gesellschaft und Leben einmischen, erhielten ihn dieses Jahr Schüler und Erwachsene.

Stolz und aufgeregt präsentierten vor einem aufmerksamen Publikum sowie vielen Kameras und Fotografen die Schüler der 20. Mittelschule und des Kepler-Gymnasiums die Ergebnisse ihres Forschungsprojektes „Die stille Heldin“.



Mehrere Wochen beschäftigten sich die 12 bis 14-Jährigen in ihrer Freizeit mit einer Zeit, die über 60 Jahre zurückliegt. Es entstand eine bewegende, hochinteressante Dokumentation über die Rettungsaktion zweier Leipziger Juden durch mutige Mitbürger. Es war für die Schüler eine intensive und neugierige Auseinandersetzung mit Lebensverhältnissen, die für die nach 1990 Geborenen nur sehr schwer erahnbar sind. Unterstützt durch den Erich-Zeigner Haus e. V. und durch Gespräche mit der inzwischen 97-jährigen Johanna Landgraf, erfuhren sie, was es heißt, sich damals einzubringen und was es für andere Menschen bedeuten kann. Nämlich: Leben zu retten. Über ein Jahr dauerten die intensiven Recherchen, die jetzt – zum ersten Mal – der Öffentlichkeit und demnächst den Mitschülern vorgestellt werden. 2007 gehört, auch aufgrund des erhaltenen Preises, eine Reise nach Auschwitz zu den Vorhaben.

Preisverleihung

Bring dich ein ...

das Duo FOLKUS
mit nachdenklichen
Polit-Songs
am 16. Dezember 2006



Textproben:

- Dummheit kann man nicht verbieten und doch kann man etwas dagegen tun. Was gegen Dummheit hilft ist Bildung ... gegen Verbote sind die Dummen oft immun.
- Den Anfängen zu wehren ist es lange schon zu spät, sie sind in den Parlamenten, der braune Ungeist lebt.
- Sie machen sich breit mit ihren Parolen. Sie haben nie etwas begriffen. Immer nur folgen wollten sie.
- Steh auf und misch` dich ein. Habe auch keine Angst zu schreien. Sage nein!
- Papa, warum schießen die Soldaten? Weil sie nichts aus der Geschichte gelernt haben.
- Auge um Auge macht doch alle nur blind!

der Gardine

In den letzten Wochen häuften sich Vorfälle in Plagwitz und Lindenau, dass Anwohner verunsichert, belästigt und bedroht wurden. Es gab Einschüchterungen gewaltbereiter Jugendlicher. Parallel dazu tauchten immer wieder Aufkleber mit rechtsradikalen Inhalten auf. Anwohner der GutsMuthsstraße reagieren mit Verängstigung und Zurückgezogenheit, stehen hinter der Gardine und können mit dieser Situation nicht umgehen. Neonazismus in meinem Wohnhaus. Wie reagiere ich da? Monika Radke (links) und Janet Fockert ziehen nicht



Fotos: Ulrich

weg, sondern fragen: „Wenn ich nichts tue, wer soll es dann tun?“ Sie machen die Probleme öffentlich, trauen sich auch bei Fernsehinterviews Gesicht zu zeigen und suchen Verbündete gegen den Straßenterror. Sie plädieren für Aufklärung, Aufmerksamkeit und nachbarschaftliches Engagement in einer nicht einfachen und durchaus für sie nicht ungefährlichen Situation, in der sich Neonazis und Provokateure – wie hier geschehen – in private Räume zurückgezogen haben und somit, oberflächlich betrachtet, kaum mit dem Gesetz in Konflikt kommen. Zwei Frauen sind ernsthaft besorgt, wie bei Nachbarn Einschüchterungsversuche bereits Wirkung zeigen und sich ein schleichendes Klima der Zurückgezogenheit entwickelt. Ihr Mut und ihre Unbequemlichkeit wurden mit dem Preis für Zivilcourage jetzt öffentlich gemacht.

• MIZO

Zivilcourage

Leipziger Stadtrats-Splitter

Ausbildung

Eine große Mehrheit im Stadtrat stimmte Anträgen der Fraktionen Bündnis 90/Grüne und Linkspartei.PDS zur Sicherung von Ausbildungsplätzen für Jugendliche in der Stadtverwaltung und den Eigenbetrieben bis zum Jahr 2010 zu.

Käferhaus

Sozialbürgermeister Prof. Fabian erklärte, dass die Kindertagesstätte „Käferhaus“ nach Um- und Anbaumaßnahmen in der International School in ihr angestammtes Gebäude unmittelbar am Stadtpark Nonne zurückkehren wird. Falls infolge der Schulerweiterung künftig die Einrichtung benötigt wird, muss die International School innerhalb des Stadtteils Schleußig ein Ersatzobjekt schaffen. Das Interim in Plagwitz ist dazu nicht geeignet.

Mit und trotz alledem!

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern ein Frohes Weihnachten und ein glückliches und gesundes 2007. Und uns wünschen wir weiter Ihre kritische Aufmerksamkeit.

DIE LINKE. PDS
Fraktion im Sächsischen Landtag

**Für eine vereinte Linke!
Für eine starke
sozialistische Linkspartei!**

Allen Leserinnen und Lesern von
LEIPZIGS NEUE,
allen Genossinnen und Genossen
im neuen Jahr
viel Gesundheit und viel Kraft für die vor
uns stehenden Aufgaben.

Dr. Volker Külow, MdL,
Vorsitzender des Stadtverbandes Leipzig

DIE LINKE. PDS



Koalition steuert nicht um

Die jüngst vom Bundesamt für Statistik veröffentlichten Angaben, nach denen 17 Prozent der Menschen in den neuen Bundesländern ein Leben an oder unterhalb der Armutsgrenze führen müssen, sind überholt. Sie beziehen den Zeitraum seit Inkrafttreten von Hartz IV nicht ein. Für Sachsen muss angenommen werden, dass inzwischen bis zu einem Viertel der Bevölkerung als arm gilt.

Der Sozialhaushalt des Freistaats für die nächsten beiden Jahre reagiert darauf völlig unzureichend. Angesichts einer verbesserten Einnahmesituation hätte umgesteuert werden können, ja müssen. Darauf zielten 30 Änderungsanträge der Linksfraktion. Mit der Ablehnung dieser Anträge vergaben die Koalitionsfraktionen Chancen, Armut in Sachsen zu lindern.

So wird es in den nächsten beiden Jahren kein kostenfreies Vorschuljahr, kein Sozial- oder Kulturticket für Hartz-IV-Betroffene geben. Die Tafeln für Bedürftige erhalten keinen Zuschuss. Und was nützen die Appelle der Sozialministerin für gesunde Ernährung der Kinder, wenn unser Antrag auf ein kostenfreies Mittagessen für Schüler aus Hartz-IV-Haushalten abgelehnt wurde?

• DIETMAR PELLMANN

Caren Lay: 3000 öffentlich geförderte Stellen sind finanzierbar

Laut Koalitionsvertrag will der Berliner Senat 2500 Langzeitarbeitslosen zu sinnvoller Tätigkeit verhelfen. Bezahlt aus Geld, das bisher für Alg II ausgegeben wird. Kein Streit in diesem Punkt über „Rot“-Rot: Die Linksfraktion des sächsischen Landtags findet das Modell öffentlich geförderter Arbeit vorbildlich.

Auf der Pressekonferenz der Fraktion vom 1. Dezember erläuterte Berlins Wirtschaftsminister Harald Wolf: „Eine Arbeitsmarktpolitik, die ausschließlich auf Integri-

on orientiert, ist zum Scheitern verurteilt. Ein-Euro-Jobs schönen zwar die Arbeitslosenstatistik, sind aber rechtlose, prekäre Beschäftigungsverhältnisse.“ Politisches Ziel müsse es sein, „Arbeiten im öffentlichen Interesse für 1300–1400 Euro Bruttolohn bei 30 Stunden Wochenarbeitszeit zu ermöglichen“. Die gleiche Summe werde derzeit für Ein-Euro-Jobber ausgegeben, nur dass das Geld nicht in voller Höhe bei ihnen ankommt.

Caren Lay, stellvertretende Vor-

sitzende der Linksfraktion, forderte von Ministerien wie von der Regionaldirektion der BfA, sich zur öffentlichen Beschäftigung von zunächst mindestens 3000 Menschen zu bekennen. Bei Einsatz von Geldern, die die Kommunen für Unterkunftskosten und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen erhalten, sowie von Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds müsste das Land für 3000 öffentlich geförderte Arbeitsplätze lediglich 10–15 Millionen Euro aufwenden. • gb

Es läuft nicht wie geschmiert

Wachau wehrt sich gegen Müllermilch-Müll

Die Gemeinde Wachau, um die es hier geht, liegt in der Lausitz. Im Ortsteil Leppersdorf will die Sachsenmilch AG (Müllermilch-Konzern) jährlich 300 000 Tonnen Müll verbrennen, um ihren Energiebedarf zu decken. Am 10. Dezember sollte ein Bürgerentscheid darüber befinden, ob sich die Wachauer fürs nächste Vierteljahrhundert ein Müll-Heizkraftwerk vor die Nase setzen lassen.

Sachsenmilch wollte sichergehen und bot jedem Haushalt in Wachau – jedoch nicht in drei weiteren betroffenen Gemeinden – für die nächsten drei Jahre 390 Euro „Energiezuschuss“, knapp elf Euro im Monat, falls die

Mehrheit der 3800 Stimmberechtigten grünes Licht für das Projekt gibt. Bestechung aus Steuermitteln, denn für die jüngste Werkserweiterung erhielt der Konzern nach Angaben der Landtagsabgeordneten Andrea Roth (Linksfraktion) eine dreifache Förderung von 31,2 Millionen Euro + 15 Prozent Zuschuss für Gebäude + 27,5 Prozent für Anlagen und Maschinen!

Doch nicht immer überrollen Geld und gute Worte den Verstand. Mit 65,5 Prozent der gültigen Stimmen bei 68 Prozent Beteiligung wies Wachau die Selbstbestimmung à la Milch-Müller ab. Hoffentlich endgültig. • G. BRAUN

Hals nicht voll

LN. Karstadt-Quelle verlangt von seinen 1500 Mitarbeitern in Leipzig, auf über 30 Prozent Lohn und Gehalt, auf Urlaubstage, Urlaubsgeld und tarifliche Altersvorsorge zu verzichten. Die Personal- und Kostenstruktur müsse sich den sinkenden Umsätzen anpassen.

Kein VEB

LN. Die US-Fondsgesellschaft Lone Star schließt zum Jahresende das Biria-Fahrradwerk in Neukirch/Lausitz. Mit dessen Lagerbeständen und Aufträgen steigt sie bei MIFA (Sangerhausen) ein. „250 Menschen und ihren Familien vor Weihnachten die Existenzgrundlage zu entziehen ist einfach unmenschlich“, klagt Wirtschaftsminister Thomas Jurk.

MdB Nitzsches Stammtisch?

Siehe Chronik



„Wenn ich was zu sagen hätte, gäbe es keine dreckigen Gammeler mehr, keine schmutzigen Italiener und keine stinkenden Türken. Dann wäre auch die Luft wieder sauberer.“

Präzedenzfall

LN. Ein Dresdner Realschüler gewann vor dem Verwaltungsgericht gegen das Regionalschulamt. Weil mehr als 18 Prozent des Deutschunterrichts ausfielen, darf er die Abschlussprüfung im Fach Deutsch wiederholen. Er war mit der Note der ersten Prüfung unzufrieden.

Leipziger und sächsischer Arbeitsmarkt im November

Noch Abwärtstrend

Gegenüber Oktober sank die Arbeitslosenzahl im Arbeitsagenturbezirk Leipzig (Stadt + Umland) um 1497 Personen und gegenüber dem Vorjahr um 8265 auf 65 357 – niedrigster Stand seit 1999. Die Quote sank auf 16,6 Prozent. Produktionszuwachs und nahe Mehrwertsteuererhöhung wirkten weiter (natürlich auch die Abnahme der Bevölkerung), doch am Rückgang gemeldeter freier Stellen deutet sich schon das traditionelle Kippen am Jahresende an.

Zurzeit kann die Bezirksagentur im Schnitt acht Arbeitslosen zusammen eine Stelle anbieten. 7646 Personen meldeten sich im November neu oder zum wiederholten Mal arbeitslos. Seit Jahresbeginn kamen 640 solche Meldungen aus der Land- und Forstwirtschaft, 2350 aus dem produzierenden Gewerbe, 5178 vom Bau, 16 411 vom Dienstleistungsbereich und 18 489 aus Ausbildung/Qualifizierung (41,6 Prozent über Vorjahr!). Offene Stellen werden vielfach von Zeitarbeitsfirmen und privaten Vermittlern besetzt, was mit hohen Einkommensverlusten verbunden ist. Im Hauptamt Leipzig betrifft das von 6500 Stellen immerhin 2100. – Die ARGE betreut im Agenturbereich 81 532 Menschen, in der Stadt 32 282, das sind 75,6 Prozent der 42 677 Arbeitslosen Leipzigs. Sie unterstützt zudem 30 885 erwerbstätige Alg-II-Empfänger, die Niedriglöhne beziehen.

In Sachsen insgesamt sank die Arbeitslosigkeit gegenüber Oktober um 3856 und gegenüber dem Vorjahr um 35 785 Personen. Entgegen dem Trend verfestigte sie sich aber bei Menschen über 55 (knapp 50 000) und bis 25 (39 674). • J. SPITZNER

28. November

Grimma. Vorm Amtsgericht beginnt ein Prozess gegen den Inhaber eines Wurzen Versandhandels für rechtsextreme Medien, darunter „Schulhof-CD“.

Torgau. Der Ölkonzern Shell und der französische Glashersteller Saint-Gobain wollen in der Elbestadt Dünnschicht-Solarzellen fertigen, teilt Saint-Gobain mit.

29. November

Moritzburg. Nur 19 Prozent der Buchen Sachsens sind gesund, informiert Landwirtschaftsminister Stanislaw Tillich. Seit 1991 hätten sich deutliche Schäden verzehnfacht. – Insgesamt ist im Freistaat jeder siebte Baum schwer krank.

30. November

Chemnitz. Rund 50 000 Tonnen reines Wolfram werden bei Pöhla (Erzgebirge) vermutet, ferner Zinn, Zink und Kupfer. Die Wismut-Tochter Wisutec prüft Chancen des Erzabbaus, kündigt Geschäftsführer Christian Kunze an.

1. Dezember

Oschatz. Ein Teil des „O-Schatz-Parks“ mit Grünem Klassenzimmer und Tierpark wird eröffnet. Damit beginnt die eintrittsfreie Nachnutzung der Landesgartenschau.

SACHSEN-CHRONIK

28. November bis 18. Dezember

4. Dezember

Dresden. Die Bundesbeauftragte für MfS-Unterlagen und Kultusminister Flath unterzeichnen eine Kooperationserklärung, um „Defizite in der Darstellung“ des MfS an Schulen und Hochschulen zu überwinden.

7. Dezember

Hoyerswerda. Der wegen NPD-Nähe unter Druck geratene Bundestagsabgeordnete Henry Nitzsche gibt das Amt des CDU-Kreisvorsitzenden Kamenz/Hoyerswerda ab. Kurz darauf tritt er aus der CDU aus, die ihn halten wollte.

Leipzig. Die Klavierbauer der Blüthner-Pianofabrik bestehen mit einem einstündigen Warnstreik auf einem Tarifvertrag.

8. Dezember

Kamenz. Die Zahl der sächsischen Schüler hat sich seit 1996 halbiert, meldet das Statistische Landesamt.

Dresden. Gleichbehandlung in allen Land-

kreisen für die 5100 geduldeten Flüchtlinge Sachsens fordert die Ausländerbeauftragte Friederike de Haas. Der geplante Nachweis von Arbeit nach Tarifrecht sei eine schwer zu nehmende Hürde. – Im Freistaat leben rund 85 000 Ausländer aus 173 Ländern – zwei Prozent der Bevölkerung.

9. Dezember

Oschatz. Der SPD-Landesparteitag bestätigt Thomas Jurk als Landeschef mit 85,5 Prozent der Stimmen. Stellvertreter werden Petra Köpping und Rolf Schwanitz. Der neue Generalsekretär Andreas Weigel lässt wenige Tage später, wegen früheren Betrugs verurteilt, das Amt ruhen.

Weißwasser. Infolge Fehlzündung einer Panzerhaubitze sterben auf dem Truppenübungsplatz Oberlausitz zwei Soldaten, vier werden verletzt, einer davon schwer.

13. Dezember

Dresden. Der Abgeordnete Klaus-Jürgen

Menzel (bis vor kurzem NPD) erhält vorläufiges Hausverbot für den Landtag. Er wollte einen Revolver auf die Besuchertribüne schmuggeln lassen.

14. Dezember

Dresden. Die Linksfraktion.PDS bringt Gesetzentwürfe zur „Förderung der unmittelbaren bürgerschaftlichen Selbstverwaltung“ der Kommunen und zur „Regelung des Rechtsanspruches von Schulkindern auf eine kostenfreie Mittagversorgung“ in den Landtag ein.

Dresden. Obst und Gemüse in Sachsen sind zum Teil erheblich mit Giftstoffen belastet, teilt MdL Johannes Lichdi (Grüne) anhand einer Ministerantwort mit.

16. Dezember

Leipzig. Mit dem jüngsten Brand registriert die Polizei dieses Jahr schon mehr als 210 Brandstiftungen in der Stadt.

18. Dezember

Dresden. Rund 300 Kilogramm radioaktiven Materials des Kernforschungszentrums Rossendorf werden ins Herkunftsland Russland geflogen. Der Transport nach Podolsk bei Moskau kostet etwa eine Million Euro, die bisherige Bewachung des Materials monatlich 92 000 Euro.

Sonderbar ist das zweite Jahr der vierten Legislaturperiode des Sächsischen Landtags gewesen. Die größten Veränderungen gab es in der Fraktion, deren Partei die überwältigende Mehrheit der Sachsen verbieten lassen würde: Vor Jahresbeginn stiegen drei der zwölf NPD-Abgeordneten aus, verblieben allerdings im Parlament und lassen dort allein schon durch ihre Kleinen Anfragen ein Fortbestehen rechtsextremi-

Von **MARCEL BRAUMANN**

stischer Gesinnung erkennen. Im laufenden Jahr fuhr der Parlamentarische Geschäftsführer der NPD-Fraktion und Fahrlehrer Uwe Leichsenring auf der Überholspur in den Tod; der Abgeordnete Menzel wurde nicht wegen seiner Hitler-Bekanntnisse, sondern wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten aus der Fraktion ausgeschlossen; und Jung-Nazi Matthias Paul soll nicht nur seinen Landtagscomputer für Kinderpornografie genutzt haben, er legte nach staatsanwaltlicher Haus- und Bürodurchsuchung sein Mandat nieder. Dennoch drehte sich politisch mehr um die Nazis, als notwendig gewesen wäre.

Gegen entschädigungslose Massenenteignung

Doch das Landtags-Thema des Jahres 2006, das unmittelbar die meisten Menschen auf einen Schlag betroffen hat, ist die drohende Enteignung von schätzungsweise 200 000 Eigentümern von Garagen, die zu DDR-Zeiten errichtet wurden. Die Linksfraktion ergriff gleich mehrfach die parlamentarische Initiative, um die fatalen Folgen des „Schuldrechtsanpassungsgesetzes“ zu entschärfen. Denn es kann nicht angehen, dass Menschen, die sämtliches Baumaterial mühevoll zusammentragen mussten und danach zahllose Arbeitsstunden investierten, nicht nur entschädigungslos enteignet werden können, sondern womöglich sogar auf eigene Kosten die Garage wieder abzureißen haben.

Aber das Thema ist mit der Ablehnung der Anträge der Linken im Bundes- und Landtag nicht vom Tisch. Klaus Bartl, rechtspolitischer Sprecher der Linksfraktion.PDS im Sächsischen Landtag, der die konzertierte Aktion für die Interessen der Garageneigentümer auf den Weg gebracht hatte, rät zu Klagen bis hin zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, da auch für die Garagen der grundgesetzliche Schutz des Eigentums gelten müsse. Spätestens die europäischen Richter würden in diesem Sinne entscheiden, ist sich Bartl sicher.

Begräbnis dritter Klasse für Abgeordnetenanklage

Definitiv beendet dagegen ist das mehr als zweijährige Schauspiel um MfS-Vorwürfe und Abgeordnetenanklage gegen Linksfraktionschef Peter Porsch. Das sächsische Verfassungsgericht hat den Antrag von Abgeordneten der CDU, SPD, NPD, FDP und Grünen, Porsch wegen unbewiesener Stasivorwürfe aus dem Parlament werfen zu lassen, verworfen. Offenbar hatte die zweifelhafte Front der Ankläger nicht ernsthaft damit gerechnet, in der Sache Recht zu bekommen, und vorsichtshalber die vom selben Gericht früher bereits eindeutig benannte Jahresfrist zwischen Bekanntwerden der Vorwürfe und Einreichen der Anklageschrift weit überschritten. Das Gericht ließ den Abgeordneten erwartungsgemäß

dieses grobe Foul gegen die rechtsstaatliche Ordnung nicht durchgehen und bescherte allein schon deshalb der Abgeordnetenanklage ein Begräbnis dritter Klasse.

Nun, da alles vorbei ist, darf der politisch interessierte Zeitgenosse natürlich einmal tiefgründiger darüber sinnieren, was das alles sollte. Das Gericht stellte ja zutreffend fest, dass nichts von dem, was das schwarz-rosa-braun-gelb-grüne Bündnis zu Papier gebracht hat, nicht schon von den Zeitungen im August und September 2004 vor den Landtagswahlen breitgetreten worden war. Mit einer Ausnahme: einer aktuellen Aschermittwochsrede von Porsch, die allen Ernstes von den Landtags-Anklägern als Belastungsmaterial gewertet wurde. Doch diese war „für die Feststellung der Untragbarkeit nicht prägend“, urteilten die Richter kühl. Die Kampagne gegen Porsch begann bekanntlich „zufällig“ in jenen Wochen, als die CDU erstmals in Umfragen vor Wahlen die absolute Mehrheit einbüßte.



Ein Jahr der Tiefpunkte sächsischer Politik

2006 im Landtag:
Zwei Mal schwarz-rosa-braun-gelb-grünes Bündnis

„Herausforderer“ Porsch wurde zu gefährlich. Man kann lange darüber spekulieren, wie sich die Kampagne auf das Wahlergebnis auswirkte, zumal die PDS ihr mit Abstand bestes Wahlergebnis erzielte. Aber dass auf diese Weise ein gewisser Anteil von Protestwählern nach rechts getrieben wurde, ist wohl nicht ganz von der Hand zu weisen. So wurde eine – demokratische – Mehrheit gegen die CDU unmöglich und damit als Rettungsanker eine Koalition der Wahlverlierer CDU und SPD installiert, die eigentlich niemand so recht wollte und die sich politisch ständig auf den Füßen steht. Dies diene den abgedrifteten Protestwählern als Lehre, dass sie sich und uns allen nicht nur eine widerwärtige Truppe eingehandelt, sondern auch das Potential für wirkliche soziale Veränderungen blockiert haben.

Bündnis gegen Porsch auch gegen Antifa-Klausel

Dasselbe absonderliche Bündnis, das sich für die Abgeordnetenanklage zusammenfand, wischte auch gemeinsam den Vorstoß der Linksfraktion.PDS vom Tisch, eine „antifaschistische Klausel“ als weiteres Staatsziel in die Landesverfassung aufzunehmen. Darin sollte es heißen: „In diesem Rahmen ist es Pflicht des Landes und Verpflichtung aller im Land, rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Aktivitäten sowie eine Wiederbelebung und Verbreitung nationalsozialisti-

schen Gedankengutes nicht zuzulassen.“ Damit, so die SPD-Innenpolitikerin Margit Weinhert in einer Pressemitteilung, spiele die PDS der NPD in die Hände.

Dazu sagte Klaus Bartl: „Wer diejenigen, die dem gesellschaftlichen Grundkonsens, der allein offensichtlich nicht ausreicht, auch einen verfassungsrechtlichen Rahmen geben wollen, als Handlanger der NPD verunglimpft, hat jeden politischen Anstand aufgegeben.“

Nach den erneuten Ausfällen des Lausitzer CDU-Bundestagsabgeordneten Henry Nitzsche, der auf einer CDU-Patriotismus-Veranstaltung mit Ex-Kultusminister Matthias Röbber proklamierte, dass der „Schuldkult“ abzutun sei und „Deutschland nie wieder von Multi-Kulti-Schwuchteln in Berlin regiert wird“, sind allerdings verschärfte Zweifel berechtigt, ob dieser gesellschaftliche Grundkonsens in Sachsen überhaupt besteht. Denn immerhin ist inzwischen der CDU-Ortsvorsitzende von Wittichenau, ein Hoyerswerdaer Staatsanwalt, von sei-

als Feindbild ausgedient. Er lebt nur noch fort als Phantom in den Köpfen der CDU-Führungsetage und wohl bei manchen Mitarbeitern des Landesamtes für Verfassungsschutz, die ihr angestammtes Beschäftigungsfeld nicht einbüßen wollen.

Milbradt voll von Bank-Affäre erfasst

Weiter kräftig ins Rollen kam der Landesbank-Untersuchungsausschuss. Nach dem Rücktritt von rund einem halben Dutzend Führungspersonlichkeiten des landeseigenen Geldinstituts infolge eines wahrhaftigen Affären-Konglomerats geraten nun Ministerpräsident Milbradt und Finanzminister Metz immer mehr unter Druck. Milbradt sieht sich dem Vorwurf ausgesetzt, den Landtag im Februar 2005 mit der Mitteilung belogen zu haben, zwei führende Bank-Manager hätten die politische Verantwortung übernommen und daher um ihre Abberufung gebeten. Ex-Manager Fuchs wies diese Darstellung vor dem Untersuchungsausschuss zurück, vor Gericht sind Verfahren in der Sache anhängig, u. a. eine Klage auf Unterlassung. Gegen den Willen der Staatsregierung hat inzwischen das Landgericht Leipzig seine Akten dem Ausschuss übergeben, Staatskanzlei und Finanzministerium zierten sich bei Redaktionsschluss noch und schoben verfassungsrechtliche Bedenken vor, die das Gericht ausdrücklich für gegenstandslos erklärt hatte. Selbst die konservative Zeitung *Welt* äußerte bereits Zweifel daran, dass Milbradt diese Geschichte überlebt.

Verwaltungsreform, Doppelhaushalt – linke Alternativen

Der größte Brocken des laufenden Jahres ist sicherlich die Kreis- und Verwaltungsreform, die nach jahrelangem Dornröschenschlaf ihren Anfang genommen hat. Allerdings ist das ganze Projekt gleich doppelt missraten. Erstens fehlt es ihm an demokratischer Transparenz, lehnte doch die Koalitionsmehrheit wiederholt das Verlangen der Linksfraktion ab, einen zeitweiligen Sonderausschuss Verwaltungsreform einzurichten. Und das, obwohl sich die SPD mehrfach verbal diesem Vorstoß angeschlossen hatte. Zweitens wurde ein monatelanges Gezerre um neue Kreiszuschnitte und Kreissitze losgetreten, während die eigentlichen Fragen, so der Kommunalexperte der Linksfraktion, Michael Friedrich, wie effektive Verwaltungsstruktur und Bürgernähe in den Hintergrund gedrückt wurden.

Den Jahresabschluss bilden diesmal die Beratungen über den Doppelhaushalt 2007/2008. Die Linksfraktion hat zum vierten Mal einen Alternativen Haushalt und zum ersten Mal ein komplettes Fördermittelkonzept vorgelegt. Schwerpunkte sind Entbürokratisierung und Konzentration der Mittel auf wirkliche Zukunftsinvestitionen in Bildung sowie eine wirksame Armutsbekämpfung. Wer das will, hat auch das Geld für ein kostenloses Mittagessen aller Grundschüler aus Hartz-IV-Familien. Eine Milliarde Euro Umschichtung pro Jahr im gegebenen Finanzrahmen zeugen zugleich von Gestaltungswillen wie von finanzpolitischer Solidität. Es wird der CDU/SPD-Koalition jedenfalls sehr schwer fallen, den Abbau von über 3000 Lehrerstellen zu begründen, nachdem die Linksfraktion vorgerechnet hat, dass sich Sachsen diese Lehrer weiter locker leisten kann – wenn man die richtigen Prioritäten setzt!

nem Parteiamt zurückgetreten, weil er für seine Forderung, Nitzsche müsse sich entschuldigen, von Parteifreunden ausgelacht wurde und trotz monatelanger Bemühungen keinerlei nennenswerte parteinterne Unterstützung bei der Zurückweisung solcher NPD-typischen Redensarten fand.

Umso erfreulicher ist die Volksinitiative „Courage zeigen“ für ein neues Staatsziel gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, die den Wortlaut des auch von SPD und Grünen verfeimten Vorstoßes der Linksfraktion für eine antifaschistische Klausel aufgegriffen hat. Denn „es vergeht in Deutschland kaum ein Tag ohne fremdenfeindliche Übergriffe, und Sachsen ist durch die Hetztiraden der NPD nicht nur bundesweit im Gerede“, so Linksfraktionschef Peter Porsch.

Die CDU-Landtagsfraktion kämpft auf ihrer Homepage vehement gegen diese Initiative, u. a. mit der Begründung: Die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages ist gegen Extremismus aller Art, egal ob dies linksextreme, rechtsextreme oder radikal islamistische Bestrebungen sind. Sie ist auf keinem Auge blind.

Mit diesem Bekenntnis hat sich die CDU nun allerdings tatsächlich aus dem Konsens der Gesellschaft verabschiedet, denn nach allen Meinungsumfragen hält die überwältigende Mehrheit der sächsischen Bevölkerung den Rechtsextremismus für die entscheidende Gefahr, der Linksextremismus hat mangels Vorhandensein

„Gier oder Gerechtigkeit?“, fragte der *Spiegel* am 6. November 2006. In einem einspaltigen Beitrag informierte das Magazin, dass die „umtriebigen Wettiner“ 1600 kostbarste Porzellanobjekte, die zum Bestand der Dresdner Kunstsammlungen gehören, darunter Stücke, die jedes für sich bereits mehrere Millionen Euro wert sein dürften, vom Freistaat Sachsen zurückfordern. Die Meldung wurde, teilweise ausführlich kommentiert, in der gleichen Woche bundesweit von allen wichtigen Medien nachgedruckt.

Wettiner? Gab es da nicht bereits eine abenteuerliche Geschichte über einen „Schatz der Wettiner“?

Im Oktober 1996 hatte der Hobby-Schatzgräber Hanno Vollsack in einem Waldgebiet in der Nähe der Moritzburg unter Zuhilfenahme eines amerikanischen Metalldetektors drei Kisten mit wertvollen Erzeugnissen der europäischen Goldschmiedekunst, Tafelsilber und Münzen gefunden, die im Februar

Von **MANFRED BOLS**

1945 von Angehörigen des Hauses Wettin vor ihrer Flucht gen Westen dort vergraben worden waren. Unter ihnen befanden sich ein goldener Mohrenkopfpokal (17. Jh.), ein Trinkgefäß in Form einer Greifenklaue (16. Jh.) und ein Doppelkreuz-Reliquiar (13. Jh.). Der Inhalt der Kisten wurde auf 20 Millionen DM geschätzt und vom Freistaat als Eigentum der Wettiner anerkannt. Sachsen kaufte umgehend einzelne wertvolle Stücke für seine Museen und ließ einige Objekte, wie die genannten Kostbarkeiten, zu nationalem Kulturgut erklären. Weitere Stücke machten die Wettiner 1999 durch Versteigerung bei Sothebys zu Bargeld. Bereits 1947 hatte die Rote Armee im gleichen Forst das eigentliche Hauptversteck entdeckt. Es handelte sich um 40 Kisten mit wertvollen Stücken, darunter Teile des goldenen Tafelservices August des Starken. Auch diese Kisten waren, allerdings zeitlich früher, von Angehörigen des Hauses mit Hilfe von französischen Kriegsgefangenen, die auf der Moritzburg Zwangsarbeit leisten mussten, verpackt und dann, natürlich ohne Hilfe der Franzosen, vergraben worden. Die Kunstgüter wurden damals als Kriegsbeute abtransportiert und gelten heute als Teil-Kompensation für die durch Deutschland während seines verbrecherischen Angriffskrieges gegen die UdSSR angerichteten Schäden.

Wer sind sie heute – die Wettiner?

Die Ausgrabung von 1996 rückte die „Albertinische Linie“ des sogenannten Hauses Wettin – es gibt noch die Ernestinische Linie – schlagartig ins grelle Licht der Öffentlichkeit.

Nach unbestätigten Angaben existieren noch elf männliche Mitglieder der A.L., so dass der Fortbestand des „Adelsgeschlechtes“ für die nächsten Generationen gesichert sein dürfte.

Die wichtigsten Akteure sind:

1. Prinz Maria Emanuel (80), Chef des Hauses Wettin und Bevollmächtigter der Firma: *GbR Haus Wettin Albertinische Linie*, die seit Jahren einstiges Eigentum wiederzuerlangen sucht. Der Prinz nennt sich außerdem noch Markgraf zu Meißen

und Herzog zu Sachsen und ist Großkreuzträger des souveränen Malteser Ritterordens und Ritter des österreichischen Ordens vom Goldenen Vlies. Er ist der Enkel des letzten sächsischen Königs Friedrich August III., der 1918 im Ergebnis des verlorenen Krieges und der Novemberrevolution abdanken musste. Maria Emanuel lebt heute in der Schweiz am Genfer See.

2. Prinz Albert von Sachsen (72), ein Bruder von Maria Emanuel und promovierter Betriebswirtschaftler. Er verfasste ein verlogenes und sich durch schwülstige Hymnen auf das Königstum disqualifizierendes Geschichtswerk über die Wet-

vestoren für Sachsen werben. Weihnachten 2004 ließ er als erste Maßnahme Dresdner Christstollen in Mexiko verteilen. (Ein Insider: „Sechstelliges Jahreshonorar, aber zu wenig zählbare Investorenabschlüsse.“) Gegenwärtig ist er im Büro des Ministerpräsidenten Milbradt als einer seiner Berater tätig. Er hat vier Kinder, darunter drei Söhne (!).

4. Prinz Dedo (84), Sohn von Prinz Ernst Heinrich von Sachsen (Schlossherr auf Moritzburg), eines 1971 in Irland verstorbenen weiteren Sohnes des letzten Königs. Dedo vergrub zusammen mit seinem 2003 verstorbenen Bruder Prinz

direkten Herkunft die Erbfolge des adoptierten Prinzen Alexander als Chef des Hauses Wettin an, was 2002/03 zu einer öffentlichen Schlammschlacht führte und verlor. Prinz Rüdiger hat ebenfalls drei erwachsene Söhne.

Erneute Fürstenabfindung

Das Haus Wettin wurde nach dem Zweiten Weltkrieg entsprechend dem sowjetischen Besatzungsstatut komplett enteignet.

Nach dem Beitritt der DDR zur BRD stellten die Wettiner unverzüglich beim Amt für offene Vermögensfragen Rückgabeanträge. Sie wussten bereits, „wohin der Hase läuft“, nämlich in Richtung einer weiteren Fürstenabfindung. 1994 verabschiedete der Bundestag gegen die Stimmen der Abgeordneten von SPD, Grünen und PDS/Linke das „Entschädigungs- und Ausgleichleistungsgesetz“ (EALG), das den in den deutsch-deutschen Verträgen festgelegten Grundsatz aushebelte, wonach die 1945 bis 1949 besatzungsrechtlich und -hoheitlich vorgenommenen Enteignungen fortgelten. Die Aushebelung bezog sich auf die „beweglichen Sachen“ und damit auch auf Kunstgegenstände usw.

1999 schlossen nach jahrelangen zähen Verhandlungen Wettiner und Landesregierung Sachsen auf der Grundlage eines Angebotes des Landes Sachsen einen Vertrag über die Rückgabe von Kunstgütern ab.

Von den 18 000 Kunstgegenständen erhielten die Wettiner 6000 zurück, die übrigen kaufte das Land für 23,6 Mio. Mark. Davon wurden 11 Millionen Mark mit Unterstützung des Bundes und der Kulturstiftung der Länder bar überwiesen, der Rest mit Immobilien (erneute Aushebelung des EALG) unter anderem am Herzogingarten in Dresden abgegolten.

In einer Klausel wurde dem Haus Wettin das Recht auf Nachforderungen eingeräumt, falls seine Rechercheure noch ihm einst gehörende Stücke entdecken sollten. Diese Nachforderungen wurden nun erstmals erhoben, womit wir wieder bei der eingangs genannten Meldung des *Spiegels* angekommen sind. Sie lenkt den zwangsläufig sich auftürmenden Volkszorn gegen die Abzocker und nicht gegen den diese Ungeheuerlichkeiten erst ermöglichten bürgerlichen Staat und das EALG.

Der 66. Deutsche Archivtag kritisierte schon 1995 das Gesetz wegen Hast und Verletzung parlamentarischer Regelungen bei der Verabschiedung. Es gab außerdem 1998/99 Initiativen zur Überarbeitung und Änderung des Gesetzes. Im Thüringer Landtag forderte die PDS-Fraktion im Zusammenhang mit der skandalösen Zahlung von 15,5 Mill. Euro an den Prinzen Michael von Sachsen-Weimar-Eisenach für einen „Verzicht“ auf zweifelhafte Ansprüche eine Bundesratsinitiative zur Änderung des EALG.

Auch in Dresden hätte man sich mehr Zeit lassen können, da viele Fragen über Ursprung und Herkunft der einzelnen Kostbarkeiten unklar waren. Eine im Gesetz festgelegte Nießbrauchsfrist für unentgeltliche Nutzungsgarantie bis 2014 hätte genug Zeit für eine rechtsstaatliche Auseinandersetzung darüber ermöglicht, wem was gehörte und wer wem für was etwas zu zahlen hat.

Der Adel – historisch schuldig – überlebt

Die Wettiner hatten schon einmal in ihrer Geschichte „Entschädigungen“ erhalten, und zwar 1924 durch die sogenannte Für-

Die Prinzen bitten zur Kasse

Über Habgier einer überlebten Adelskaste und ihre Förderer



tinier. 1990 schlug er auf einer Montagsdemo der Dresdener die Wiedereinführung der Monarchie vor. Prinz Albert kümmert sich um Werbung und PR für die Wettiner. Auf seiner Webseite nennt er sich „Seine Königliche Hoheit“. Nach eigenen Angaben lebt er in Dresden unter „bedrückenden“ Lebensverhältnissen in einer Mietwohnung und seine Schwestern in „ärmlichen“ Verhältnissen in München. Mit seinem Bruder ist er aufgrund eines Erbfolgestreites im Hause Wettin (s.u.) zerstritten.

3. Prinz Alexander (52), Neffe von Maria Emanuel und 1999 von diesem adoptiert, da dessen eigene Ehe keine Nachkommen hervorgebracht hatte. A. ist damit designierter Nachfolger des Chefs, was gerichtlich nach einem Erbfolgestreit 2002/03 bestätigt wurde. Er hat 30 Jahre lang in Mexico City gelebt und zuletzt eine Export-Import-Firma geführt. Nach der Wende siedelte er nach Dresden über, 2004 erhielt er die deutsche Staatsbürgerschaft. Prinz Alexander von Sachsen-Gessaphe, wie der volle Name lautet, wurde im Februar 2003 für zwei Jahre zum „Ansiedlungsbeauftragten“ im sächsischen Wirtschaftsministerium ernannt. In dieser Funktion sollte er weltweit in-

Gero die erwähnten 43 Kisten in zwei Verstecken im Moritzburger Forst. Sein Vater Ernst Heinrich war einer der schillerndsten Prinzen der Wettiner. Er diente als Offizier im 1. Weltkrieg, hatte sich noch 1933 dem "Stahlhelm" angeschlossen und war Führer der Moritzburger Gliederung. 1934 wurde er im Zusammenhang mit dem angeblichen Röhmputsch von den Nazis verhaftet, aber nach fünf Tagen plötzlich wieder freigelassen. Arbeitete zeitweise in der Abwehr in Dresden, war vom Kriegsdienst aufgrund des Sondererlasses Hitlers befreit. Auf seiner Flucht 1945 führte er eine wertvolle Votivkrone Ludwig IX. (1226–1270, König von Frankreich) mit sich, die er der französischen Regierung übergab und sich und seiner Familie damit das Exil in Irland erkaufte. In seinen Memoiren rechnet er sich zu den Hitlergegnern. Dedo verließ später Irland, nahm einen bürgerlichen Namen an und lebte mit seinem Bruder Gero in Kanada und den USA.

5. Prinz Rüdiger von Sachsen (53), Sohn des verstorbenen Prinzen Thimo, dessen Vater ebenfalls Prinz Ernst Heinrich war. Rüdiger ist damit Urenkel des letzten Königs. Er focht mit dem Argument seiner

Leser werben Leser Leser werben Leser Leser werben Leser

Wir haben keine Millionen und auch kein Porzellan, das wir auf Wettiner Art zurückfordern können, um es zu versilbern.

Wir haben 1000 Ideen und ein kleines Team, das im kommenden Jahr fünfzehn wird.

Wir brauchen Ihr Engagement, um unsere Leserschaft zu vergrößern

Wir können keine Straßenbahnen besprühen.

Wir wollen auch nicht 1000 Plakate kleben.

Wir setzen auf's Weitersagen und Ihre Leselust.



Aber: Wir öffnen eine große Bücherkiste und spenden jedem LN-Leser für einen neuen LN-Abonnenten tolle, **von den Autoren signierte Bücher und CD**, die uns der **Eulenspiegel Verlag** zur Verfügung stellte. Dankeschön im Namen unserer werbenden Leser.

Außerdem: Wir lassen uns nicht durch die vielen Präsente anderer Zeitungen irre machen, sondern setzen auf Begegnung und Individualität.

Wir bitten zum rundenTisch.

Und der ist reserviert für Leser, die uns mindestens zu drei neuen Abonnenten verholfen haben.

Wir präsentieren

diesen erfolgreichen LN-Werbern die **Backkünste** unserer Chefredakteurin nebst ihrer Gesellschaft – und zum Nachtisch

Flimmernde Entdeckungen

aus unserem Film- und Fernsehlink.

Einmalig und appetitlich!

Auf die Plätze fertig los.

Ihr Nachbar, ihr bester Freund, ihr Arbeitskollege, ihr Onkel (und von all denen natürlich die weiblichen Entsprechungen) warten schon darauf, endlich einen Leipzigs-Neue-Aboschein ausfüllen zu dürfen.

Der steht übrigens auf Seite 30 und eignet sich auch hervorragend für ein Geschenkabo.

Fortsetzung von Seite 8

stenabfindung. Es war dies das Jahr nach der Niederlage der Arbeiterklasse in der revolutionären Nachkriegskrise. Die Abfindung, die der sozialdemokratische Ministerpräsident Max Heldt in Dresden unterzeichnete, betrug die riesige Summe von 300 000 Goldmark und bezog das Schloss Moritzburg, einige Forstreviere und Immobilien sowie zahlreiche Kunstobjekte ein.

Im gleichen Jahr wurde übrigens in Sachsen auch das Verbot der NSDAP aufgrund mehrerer Vorstöße der Deutschnationalen Partei aufgehoben, deren prominentes Mitglied der abgedankte König Friedrich August III. war.

Was schon damals Tatsache war, gilt noch heute: Der Adel trägt die Mitverantwortung für die Entstehung und Entwicklung des deutschen Militarismus mit allen seinen Folgen, einschließlich des Ersten Weltkrieges. Er war maßgeblich vertreten in Bürokratie und Diplomatie,

war Seele und Hauptbestandteil des wilhelminischen Offizierskorps. Die Konsequenz für seine Verbrechen und sein Versagen war 1918 die Entmachtung und Enteignung durch das Volk.

Luise von Toscana, bis zu ihrer 1903 durch Flucht aus Dresden erzwungenen Scheidung vom späteren sächsischen König Friedrich August III. Kronprinzessin von Sachsen, schrieb 1911 mit Unterstützung einer englischen Schriftstellerin unter dem Titel „Mein Lebensweg“ eine Chronique scandaleuse über die Wettiner. Darin bezeichnete sie den sächsischen Hofkreis als „Sammlung der kleinsten, böszungigsten und eingebildetsten menschlichen Wesen“. Die Aristokratie hätte „die verdorbene ungesunde Idee, daß ihr Beruf darin bestände, den Schein aufrechtzuerhalten“. „Ihr Adels- und Rangstolz“ wäre „widerwärtig“ ...

Ausblick

Ministerpräsident Milbradt bedankt sich heute artig für die „Sammlerleidenschaft“

der Wettiner, die Sachsen zugute käme. Die Hofschreiber attestieren den Wettinern, sie hätten in 829 Jahren Herrschaft in verdienstvoller Weise Kunstschatze „zusammengetragen“. Als wenn es nie Landraub, volksfeindliche fürstliche Privilegien, bauernruinierende Steuern und Rekrutierung von Kanonenfutter aus den Massen der Bauern gegeben hätte.

Am 18. Dezember wurden beim Auktionshaus Christie's in London fünf wertvolle Porzellanplastiken versteigert, die die Kunstsammlungen bereits an die Wettiner zurückgegeben haben. Die wertvollste davon ist ein Löwenpaar, dessen Wert auf 4,5 bis 7,5 Millionen Euro geschätzt wird, bei 4,2 Millionen fiel der Hammer. Das Bildnis eines Fuchses mit einem Huhn sollte bis zu 450 000 Euro einspielen, fand aber noch keinen Interessenten. Albert von Sachsens Kommentar: Wir versteigerten, weil Sachsen nicht kaufen wollte.

DDP meldete: „Der Generaldirektor der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden, Martin Roth, hat das ehemalige sächsi-

sche Herrscherhaus Wettin in der Debatte um die Rückgabe enteigneter Porzellanobjekte scharf kritisiert. „Mir fällt es schwer zu begreifen, dass es Menschen gibt, die ihren persönlichen Reichtum vor das kulturelle Erbe stellen“, sagte er der *Bild-Zeitung*. Roth weiter, die Rückgabe-Forderung sei ein Schlag ins Gesicht von 2,2 Millionen Museums-Besuchern pro Jahr. Die Schätze gehören uns allen gemeinsam, fügte er hinzu.

Mit dem Begriff „Prinz“ sind vielfältige, meistens positive Assoziationen verbunden. Wir erinnern uns an die Kindheit und damit an Märchen über schöne und mutige Prinzen. Prinz Karneval ist jedes Jahr im Februar Symbol für Humor und Lebensfreude. Birgit Prinz ist die beste Fußballspielerin der Welt. Hübsche kleine Hunde werden gern „Prinz“ genannt. Und es gibt eine bekannte Pop-Gruppe in Sachsen, die „Prinzen“. Sie singt übrigens auch ein interessantes Lied: „Du mußt ein Schwein sein auf dieser Welt“.

Die Melodien rauschten dahin auf dem Leipziger Opernball am 28. Oktober diesen Jahres. Doch während sich die meisten Besucher vergnügten, wurde in den Wandelgängen um ein handfestes politisches Thema gepokert. Im fliegenden Wechsel entwarfen kleine Gruppen eingeweihter Personen an diesem Abend ein Drehbuch für den von Oberbürgermeister Jung forcierten Anteilsverkauf der Stadtwerke. Alle Fragen, die im Rathaus in der Sackgasse endeten, wurden – wohl vom Walzer „Gold und Silber“ inspiriert – in der Oper zwischen SPD und CDU ausgekungelt. Plötzlich schwenkte die CDU in Person ihres Stadtrats-Fraktionsvorsitzenden Alexander Achminow auf die zuvor geschmähte Privatisierungslinie ein, während sich der Oberbürgermeister einen teilweisen Verkauf der Holding LVV, zu der Stadtwerke, Wasserwerke und LVB gehören, abhandeln ließ. Derweil steckten Wirtschaftsdezernent Albrecht (CDU) und Finanzvorstand Dr. Christian Holzmann des Energieriesen EnBW, der nach Anteilen der profitablen Leipziger Stadtwerke giert, den ganzen Abend in immer besserer Stimmung die Köpfe zusammen. Nimmt man die Akteure in klassischer Marxscher Deutung als „Charaktermasken des Kapitals“, dann war der Opernball der größte Maskenball der letzten Jahre. Inzwischen liegt – nach einem mit hauchdünner SPD/CDU-Mehrheit im Stadtrat durchgequetschten Sondierungsmandat – der Ball im Feld von KPMG. Die Referenzen der Unternehmensberatungsgesellschaft sind im diesjährigen Tatsachen-Bestseller „Beraten und verkauft“ nachzulesen. KPMG also soll einen Käufer für 49,9 Prozent Stadtwerke-Anteile finden. Dafür kommen Banken, Fonds und Investmentgesellschaften in Frage. Vor anderthalb Jahren hätte die Bundes-SPD sie zoologisch allesamt als Heuschreckenschwarm klassifiziert.

Ein Maskenball – ein Werbe-Wall

Stadtvermögen im Dreivierteltakt vergeigt

Schwer wiegt die Frage, wie es das Leipziger Rathaus mit der Objektivität beim Bewerten von Geboten hält. Ein jüngst bekannt gewordener Fall nährt Zweifel an der Unbefangenheit der Entscheider. Dabei ging es um den heiß umkämpften Markt der so genannten Stadtmöblierung. Genau genommen sind Sitze und Bänke an Haltestellen allenfalls ein notwendiges Übel, wenn nur die dahinter angestrahlten Werbeträger ihre frohe Botschaft vom geilen Geiz möglichst grell unter die Verbraucher bringen. Im Spiel sind Millionen. Der unheimlich heiße Markt wurde in Leipzig Anfang der 1990er Jahre strategisch aufgeteilt. JCDecaux bekam alles rund um die LVB, das Deutsche Städte Marketing DSM (längst ein Teil des Ströer-Konzerns) die kommunalen Flächen. Ins außenwerblich streng aufgeteilte Leipzig drängt inzwischen auch die Wall AG aus Berlin. Sie ließ keine Gelegenheit aus, den Rathaus-Obernen zu schmeicheln. Wall reanimierte im März 2004 mit versprochenen zwei Millionen Euro

die Olympia-Bewerbung, als alle bekannten Unternehmen wegen vermeintlicher Querelen um Leipzig einen Bogen machten. Firmengründer Hans Wall entfuhr am 17. April 2004 der frappierende Satz: „Hier spürt man ein anderes Leben als in Berlin.“

Wall setzte 2005 auf das Auslaufen des Leipziger Vertrages mit dem Konkurrenten DSM, packte ein paar Lockvogel-Angebote in seine Offerte – und stieß trotzdem auf einen Wall aus Ablehnung. Finanzdezernentin Kudla (CDU) war die gewohnte Firma Ströer so lieb wie dem OB Jung (SPD). Triumph der „Leipziger Freiheit“ über den Berliner Wall?

Es scheint, dass Rüdiger Storim, Geschäftsführer der Ströer Deutsche Städte Medien GmbH, erfolgreich Vorfeldarbeit leistete. Studenten der hiesigen Universität ließ er vor Jahresfrist ausgerechnet an Kampagnen für Burkhard Jung im OB-Wahlkampf basteln. So macht man sich Freunde. Ohne Ausschreibung bekam Ströer seine begehrte Vertragsverlängerung. Keine Chance für Wall. Im vereinbarten Paket, das auch den Verwaltungsausschuss passierte, steht, dass Ströer während der Vertragslaufzeit einmalig 250 000 Euro zur Verfügung stellt. Für welche Gegenleistung?

„Der Glaube an die unsichtbare Hand des Marktes wird in Leipzig auf eine harte Probe gestellt“, meint dazu der Vorsitzende der Leipziger Linkspartei, Dr. Volker Külow. „Zyniker könnten auf die Idee kommen, mit dem Stadtwerkeverkauf bis zur nächsten Wahl in Leipzig zu warten, um dem Anteilserwerber Gelegenheit zu geben, reizende Nettigkeiten für einen willigen Politik-Aspiranten auf den eigentlichen Kaufpreis draufzupacken.“ Alles ganz einfach – das versprechen die Stadtwerke mit ihrem Slogan doch jeden Tag.

• HOLGER SACHSE

So sehe ich das



Bewahre, „gut informierte Kreise“ haben mir nichts gesteckt. Schlüpfriß finde ich bloß, was der jüngste Bericht des Bundesnachrichtendienstes über die

italienische Mafia so herausgelassen hat: Sie sei in Sachsen, Thüringen und an der Ostseeküste besonders präsent!

Es war im Oktober 2001, als ein Reiseleiter in Palermo auf die Frage nach der Mafia laut lachte. „Das fragen Sie? Sie kommen doch aus Ostdeutschland, dieser tollen rechtlichen Grauzone. Bei Ihnen wäscht unsere Mafia längst ihr Geld. Was der inzwischen für Gebäude in Leipzig gehören ...“ Wir doofen Osis lachten auch – ungläubig.

Genug geschwätzt.

Unleugbare Tatsache ist: Der deutsche Immobilienmarkt boomt und Finanzinvestoren von überall her konnten schon ihre überschüssigen Milliarden in deutschen Wohn- und Gewerbeimmobilien anlegen. Auf diesen Ausverkaufszug sind auch solche ursprünglich ausschließlich dem gemeinen Volk verbundene Institutionen wie der DBG aufgesprungen. Erinnerung sei nur an die 20 000 Wohnungen der gewerkschaftseigenen Baubeton, die im vergangenen Jahr für eine Milliarde Euro an eine US-Beteiligungsgesellschaft gingen.

Bestürzende Tatsache ist, dass ein neues Riesengeschäft in Sack und Tüten ist. Während ich diese Beitrag schrieb, erreichte mich die Nachricht: Der DGB verkaufte die traditionsreichen Gewerkschaftshäuser in Dresden, Leipzig, Chemnitz, Magdeburg, Rostock, Zwickau, Bautzen, Jena, Suhl und Cottbus, sowie ein westdeutsches Gewerkschaftshaus in Hannover – insgesamt 37 Immobilien – an die Cerberus-Gruppe. Namen sind Zeichen: Cerberus,

Teuflicher geht es nicht!

Drehen wir die Zeit einige Wochen zurück: Hanjo Lucassen, DGB-Vorsitzender in Sachsen, äußerte sich in einem Interview besorgt: „Ich halte es für absolut falsch, dass man fast nur Häuser im Osten verkauft. Ich plädiere nicht dafür, Traditionshäuser im Westen zu veräußern. Aber es gibt Gebäude, die in den 50er und 60er Jahren erbaut wurden und reine Bürogebäude ohne Traditionen sind. Dazu ge-

alles tun, um die Häuser im Besitz des DGB zu halten, denn es gehe „nicht nur um die Tradition, sondern auch um die Zukunft und Heimat der Gewerkschaftsbewegung“. Sollte die DGB-Führung nicht einlenken, würden die Leipziger Gewerkschafter mit Unterschriftenlisten und Mahnwachen gegen den Verkauf protestieren, denn „jede Trutzburg hat Mittel, sich zu wehren“.

Das trutzige Wehren musste schon weni-

Eiskalte Tatsachen und ein heißer Rat

DGB verrät für einen dicken Scheck Mitgliederforderungen

hören die frühere DGB-Zentrale mitten im Zentrum von Düsseldorf oder ein Haus, das in feinsten Lage am KaDeWe in Westberlin steht. Wenn also die Notwendigkeit besteht, Häuser zu verkaufen – was man uns bisher im Übrigen nicht schlüssig begründet hat –, dann sollte man über solche Lösungen nachdenken, bevor man die Traditionshäuser veräußert.“ Zumal diese Häuser, wie er einräumte, vor allem im Osten tief im Herzen der Mitglieder verankert seien, weil „der FDGB als mehr empfunden wurde als reine Interessenvertretung bei Lohnverhandlungen. Die Häuser sind ein Mittelpunkt in den Städten. Dort haben Gewerkschafter Heimat gefunden und Widerstand geleistet, dort waren kulturelle Zentren der Arbeiterbewegung.“

Solche Argumente konnte Gewerkschaftsboss Michael Sommer nicht gänzlich ignorieren. Als die ersten Verkaufsbekundungen auch in Leipzig wie eine Bombe einschlugen, war ein Treffen mit ostdeutschen Gewerkschaftsfunktionären geboten. Sommer versprach, prüfen zu lassen, ob sich die ostdeutschen Häuser aus dem zum Verkauf stehenden Immobilienpaketen herauslösen lassen.

Der Leipziger DGB-Vorsitzende Bernd Günther war dann auch zuversichtlich, dass klug entschieden werde. Man wolle

ge Tage später eingeläutet werden. LN berichtete über die Besetzung des 100-jährigen Volkshauses, über Demonstrationen und die außerordentliche Regionalversammlung des DBG am 11. November. Dieser war der eingeladene Michael Sommer – beinahe verständlicherweise – ferngeblieben. Also fuhren 50 sächsische Gewerkschafter zehn Tage später unangemeldet zum DGB-Bundesvorstand nach Berlin, um klarzumachen: „Wir lassen uns unsere Geschichte nicht verhökern“. Ferner überbrachten sie den Beschluss der Regionalversammlung über eine Satzungsänderung des DGB, denn es könne „nicht zugelassen werden, dass fernab einer lokalen oder regionalen Verbindung und Identifizierung mit Gewerkschaftseigentum Entscheidungen über den Umgang damit durch Gremien getroffen werden können, ohne die Kolleginnen und Kollegen vor Ort zu beteiligen ...“

Das geschäftsführende Vorstandsmitglied Claus Matecki sowie Norbert Haak, Bereich Finanzen, versprachen nach einer kontroversen Diskussion, das Anliegen der Mitglieder erneut mit „zuständigen Kollegen zeitnah zu besprechen“. Diese Ergebnisse würden dann schnellstmöglich übermittelt. Bla bla bla. Dennoch, auch die Berlinfahrer waren optimistisch und freuten sich über einem „Teilerfolg“.

Unumstößliche Tatsache aber war da längst: Die geschichtsvergessenen Privatisierer lassen sich nicht beirren. Jegliche Proteste, jegliche Argumente einer erzürnten Gewerkschaftsbasis, von Parteilippigkeiten und selbst von Kirchen gingen den Gewerkschaftsbossen und den Aufsichtsräten der Gewerkschafts-Holding BGAG sonst wo vorbei.

Die Leipziger hatten im November in Berlin allerdings angekündigt: „Eines muss euch klar sein, wir werden weiter für den Erhalt des Volkshauses kämpfen.“

Gut gebrüllt! Allein – der DGB hat seine Mitglieder an Cerberus verraten.

Bleibt ein einziger Rat an die Betrogenen. Ich leihe ihn mir von B. Traven. In seinem Buch „Regierung“ schilderte er die Hauptlingswahl eines mexikanischen Indianerstammes und schlussfolgerte: „Es wäre den Proletariern wohl ernsthaft zu raten, jene gut ausgeprobten indianischen Wahlmethoden anzuwenden, insbesondere gegenüber den Beamten ihrer gewerkschaftlichen und ihrer politischen Organisationen.“

Und was machten die Indianer? – Jährlich wird ein neuer Häuptling bestimmt. Er muss sich mit entblößtem Allerwertesten auf einen sehr, sehr niedrigen Stuhl setzen, unter den ein Tontopf mit vielen Zuglöchern geschoben wird, damit die Holzkohle darin auch tüchtig am Glühen bleibt. Das Feuer unter seinem Hintern, so wird jedem neuen Häuptling in blumigen Reden klargemacht, möge ihn – nicht zuletzt der zurückbleibenden Schwielen wegen – immer daran erinnern, „dass er nicht auf diesem Stuhl sitze, um sich auszuruhen, sondern um für das Volk zu arbeiten, und dass er sein Amt aufzugeben habe, wenn seine Zeit um sei. Sollte er sich dennoch anders verhalten, würde man ihm ein Feuer unter dem Hintern entfachen, groß genug und lange genug, dass weder von ihm noch vom Sessel etwas übrig bleibe.“ Wohlgesprochen, die Indianer. Darum wurden sie ja auch fast ausgerottet von einer zivilisierten Welt.

• MAXI WARTELSTEINER

Unter der Überschrift *Eine merkwürdige Stadt* druckte die *Leipziger Volkszeitung* in ihrer Wochenendausgabe vom 9. Dezember in der Reihe *Nachdenken über Leipzig* einen Text des „Literaturforschers und Lene-Voigt-Intimus Wolfgang U. Schütte“. *Argus* war aufgefallen, dass – im Vergleich mit vorhergehenden Veröffentlichungen anderer Autoren zum gleichen Thema – der Text recht kurz, das Bild hingegen erstaunlich groß war. Nun besagt die Länge eines Artikels nichts über die Qualität seines Inhalts, doch beim Lesen dessen, was da gedruckt in dem Blatt stand, kamen *Argus* Zweifel, ob das wirklich von Wolfgang Schütte, den *Argus* recht gut kennt, stamme. Zum Beispiel diese Zeilen:

Überlassen wir es den Baudekern und Statistikern, festzustellen, daß es in Leipzig ein Gewandhaus, ein Reichsgericht und so und soviel Zigarrenläden gibt. Man kann für Geld manches, für Geld, mit ein bisschen Kultur amalgamiert, alles haben. In Berlin wie in Paris mag es brausendes Leben die Hülle und Fülle geben. Das klassische Weimar war ein krummes Nest mit holprigem Pflaster und war doch Deutschlands geistiger Vorort. Im alten Berlin liebte sich die kaiserliche Familie von einem Hotel einmal wöchentlich eine hölzerne Badewanne, die über den Schloßplatz gerollt wurde. Und doch war Berlin Deutschlands pflichtmäßiger, kategorischer Mentor. Der Stern Weimars ist erloschen. Das alte Berlin im Piratentum des weltstädtischen up to date am Untergehen. München haut sich, mit bajuwarischer Beharrlichkeit, rastlos mit reaktionären Holzhämmern selbst vor den Schädel, erstickt im ewigen Hulladiridoriöh vom Märzenbock bis zum Oktoberkult.

Des Rätsels Lösung folgte am Sonntag, dem 10. November, als ein gutes Dutzend Leute – darunter auch *Argus* – eine E-Mail von Wolfgang Schütte folgenden Inhalts erhielten: „In der LVZ vom 9. 12. 06 stand unter der Rubrik ‚Nachdenken über Leipzig‘ ein von mir gezeichneter Text, den ich in dieser Form der LVZ, Lokalteil Leipzig, nicht zur Verfügung stellte, es wurde eine stark kastierte Fassung – mit einer Ausnahme: nicht vorhandene Medienvielfalt – ins Blatt gehoben, ohne Rücksprache mit dem Autor. Ich bitte um freundliche Kenntnisnahme.“

Argus verglich, was Wolfgang U. Schütte wirklich schrieb mit jenem Text, den die LVZ mit seinem Namen schmückte. Zum Beispiel die obigen Sätze. Sie sind natürlich nicht vom Autor, vielmehr handelt es sich dabei um ein von ihm gebrauchtes Zitat aus einem Artikel Walter Frankes, den der 1922 im *Leipziger Tageblatt* publizierte. Doch seien wir großzügig und billigen den bearbeitenden Redakteur zu, dass er nur vergessen hat, die Anführungsstriche zu setzen. Aber das nun Folgende hat mit schlampigem Redigieren nichts mehr zu tun – das ist Zensur. Gestrichen wurden – wie gesagt, ohne den Autor davon zu informieren – folgende Textstellen:

Wollten wir wirklich, dass vielen Beamten aus den uns damals noch fremden Bundesländern ihr Karriereknick mit neuen Posten im Osten versüßt wurde? Zu selten trifft man einen sächsischen Landsmann an oberster Stelle der Hierarchie. A propos Chef. Wussten Sie, dass sich zwei des Größenwahnsinns verdächtige LVB-Manager mit ihren Fuß-Abdrücken auf der Haltestelle Hauptbahnhof verewigten? Der vom abgewählten westdeutschen Gewerkschafter zum LVB-Chef Emporgestiegene ist jetzt ungekrönter Dienststreikönig, intimer Kenner eines bescheidenen Hotels im Emirat Dubai sowie des Billigfliegers Concorde. Kurioserweise ist

Kastriert bis zur Unkenntlichkeit

Was in der LVZ von einem unbequemen Text eines Querdenkers übrig blieb

sein Abdruck nicht der kleinste. Der dritte stammt vom ersten Bürger Leipzigs. Was ihm nicht vorzuwerfen ist. Doch dass er sich von seinen in Verruf geratenen Managern auf dem Kopf herumtanzen lässt und ihnen dann den Freikauf erlaubt, das wäre schon ein längeres Nachdenken über die verfallenden Sitten in Leipzig wert.

Gestrichen wurde nach dem Satz in der



LVZ „Selbst wenn die ‚Pfeffermühle‘ erneuert (bei Schütte „wieder einmal“) auf der Suche nach einem neuen Domizil ist“ die Zeilen und hoffentlich bald an anderer Stelle im Zentrum etwas Neues findet. Allerdings ist es kein feiner Zug der Stadtoberen, vorsichtig formuliert, lieblos mit diesem Kabarett umzugehen. Über die „Lachmesse“ darf man sich freuen – uneingeschränkt. Arnulf Eichhorn und seinen Mitstreitern sind auch im nächsten Jahr viele Besucher und schöne Programme zu wünschen.

Der Absatz in der LVZ, der mit dem Satz beginnt „Buchstadt wären wir auch gern, sind wir heute aber nicht mehr“ lautet bei Wolfgang U. Schütte so: *Buchstadt wären wir gern, heute ist Leipzig höchstens Buchdorf. Selbst wenn wir einen Verlag wie das erfolgreich arbeitende Unternehmen Faber & Faber in unseren Mauern wissen.*

Herzliche Gratulation zum genialen Coup der überfülligen Neuauflage zahlreicher DDR-Kinderbuch-Klassiker. Demgegenüber steht die Geschichte des „Börsenblatts für den Deutschen Buchhandel“. Das war die in Leipzig gegründete älteste deutsche Fachzeitschrift, zu deren Redakteuren zeitweise der heutige Bestsellerautor Bernd-Lutz Lange und der Autor gehörten. Wo ist das „Börsenblatt“ geblieben? An seinem Gründungsort jedenfalls nicht. Wie auch die ruhmreichen Verlage Kiepenheuer und Insel. Doch alles übertrifft den Untergang des Ur-Leipziger Reclam-Verlages. Die Besitzer und ihre Gesellschafter entpuppten sich als Nasehochträger, begriffen nichts von der grandiosen Leistung dieses Verlages unter der Leitung des charismatischen und manchmal auch choleri-

schen Hans Marquardt. Welch tolles Programm hatte der Leipziger Verlag Philipp Reclam jun., der sogar von BRD-Verlagen darum beneidet wurde. Da ich drei Jahre als Werberedakteur und Pressereferent bei Reclam gearbeitet habe, weiß ich, wovon ich rede. Wie soll man angesichts solcher Negativereignisse die Wende gut finden? Kastriert wurde jene Textstelle, die in der LVZ mit dem Satz beginnt „Lange vor dem Reclam-Aus ...“ Im Original lautet sie:

Lange vor diesem Tiefschlag, aufgemerkt, jetzt kommt etwas Positives, wurde eine Publikation ins Leben gerufen, die es in keiner anderen deutschen Großstadt gibt: die „Leipziger Blätter“. Keine Gründung von oben, die „Blätter“ konnten nur entstehen, weil Helmut Richter, damals Vorsitzender des Leipziger Schriftstellerverbandes und noch nicht mit dem Titel Professor geehrt, alle Künstlerverbände an einen Tisch brachte, den Verlag E. A. Seemann und Interdruck ebenso gewann wie die Kulturfunktionäre in SED-Bezirksleitung und Rat des Bezirkes. Bis 1989 von Berliner Holzköpfen kritisch beäugt, heute dank Kulturstiftung und Passage Verlag ein glanzvolles publizistisches Aushängeschild dieser Stadt. Einer der Mitgründer gewesen zu sein, macht mich stolz, auch wenn ich einen anderen Titel favorisierte und, aus heutiger Sicht, daneben lag.

Selbst die Passage über die Lene-Voigt-Gesellschaft und die Connewitzer Verlagsbuchhandlung fiel weitgehend dem redaktionellen Rotstift zum Opfer. Gestrichen wurde nach dem Satz „Womit ich beim 16 Jahre jungen und diesem nicht eben auf Rosen gebetteten Verlag bin, der sich mutig dem Gesamtwerk der Lene Voigt annahm.“ *Dafür sind ihm viele*

Leser und die Herausgeber ihrer Werke dankbar. Das bereits einige Jahre (ab Band I) währende Sponsoring der Kultur- und Umweltstiftung Leipziger Land der Sparkasse Leipzig ist eine große Hilfe. Es war kein Zufall, dass der in Connewitz gegründete Verlag 2005 die Nr. 1 aller „Schönsten Bücher“ herausbrachte: „Mit einem Reh kommt Ilka ins Merkur: Leipziger Gedichte“ herausgegeben von Frauke Hampel und Peter Hinke, versehen mit bezaubernden Illustrationen von Thomas M. Müller, einer einfühlsamen Gestaltung von André Göhlich und einem klugen Essay des großen, nun 60-jährigen Andreas Reimann. Unverzeihlich, dass im verdienstvollen „Stadtlexikon Leipzig von A bis Z“ sein Name fehlt. Schön aber, dass „Ilka“, edel gedruckt von der in Leipzig-Mölkau ansässigen Druckerei Pöge, in keiner anderen Stadt als Leipzig erschien.

Lassen wir kleinere Streichungen beiseite, bliebe noch die Antwort auf die Frage, was hatte Wolfgang U. Schütte denn zur Leipziger Medienvielfalt geschrieben, das der LVZ nicht gefiel und das mit seiner Zustimmung gestrichen wurde? Hier die anstößige Textstelle:

Damals [in Leipzig zur DDR-Zeit] gab es Pressevielfalt, auch wenn sich manche Zeitungsseiten zum Verwechseln ähnlich sahen. Doch Kultur, Lokales und Sport lasen sich im „Sächsischen Tageblatt“, der „Union“, den „Mitteldeutschen Neuesten Nachrichten“ anders als im Organ der SED-Bezirksleitung. Wo ist die Vielfalt geblieben? Mit einer Tages-, einer Zweiwochen-Zeitung, einem Boulevardblatt und Anzeigen-Zeitungen sind wir weder heimliche noch unheimliche Hauptstadt. Das ist ein trauriges Ergebnis der irrigerweise Wende genannten gesellschaftlichen Umwälzung, die wir mit unseren montäglichen Demonstrationen um den Ring, immer fein ordentlich nach Feierabend, erreicht.

Argus erspart sich jedes weiteren Kommentars zu dieser Rotstiftattacke der LVZ-Kollegen auf den bestellten Beitrag eines renommierten Leipziger Literaturforschers. Sie spricht für sich – oder anders gesagt, für den Geist, der in diesem Blatt Platz gegriffen hat.

Anzeige

Unseren Mandanten und Freunden ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2007.

Rechtsanwalt Dr. Roland Wötzel

Tätigkeitsschwerpunkte:

privates Baurecht
Architektenrecht
Immobilienrecht

Interessenschwerpunkte:

Bankrecht
Gesellschaftsrecht

Rechtsanwältin Mareike Bauer

Tätigkeitsschwerpunkte:

Arbeitsrecht
Architektenrecht
Mietrecht

Interessenschwerpunkte:

Insolvenzrecht
Tierarzt- und Tierhalterrecht

Rechtsanwalt Michael Franz

Tätigkeitsschwerpunkte:

privates Baurecht
Architektenrecht
Wohnungseigentumsrecht

Interessenschwerpunkte:

öffentliches Baurecht
Kommunalrecht

Rechtsanwältin Kristina Mehl,

LL. M.oec. (in freier Mitarbeit)

Tätigkeitsschwerpunkte:

Mietrecht
Verkehrsrecht
Familienrecht

Interessenschwerpunkte:

Gesellschaftsrecht
Wettbewerbsrecht

Anwälte Dr. Wötzel, Bauer und Franz Otto-Schmiedt-Straße 26, 04179 Leipzig Tel.: 0341/4512014

Lange Zeit dachte ich wie viele andere auch, dass eine Flagge nur die vornehmere oder offizielle Bezeichnung für die Fahne eines Staates sei. Was für ein Irrtum! Aus der Fachliteratur weiß ich nun endlich, dass Fahne und Flagge nicht dasselbe sind. Der Unterschied zwischen beiden ist beträchtlich. Bei einer Fahne ist nämlich das Fahnentuch mit einer Fahnenstange oder einem Fahnenstock fest verbunden, während die Flagge mittels Flaggleine gehisst, also aufgezogen wird. Das Fahnentuch selbst kann

Von ERICH WEGENER

jedoch in beiden Fällen identisch sein. Der Unterschied besteht in der Art und Weise der Benutzung und Handhabung des Fahnentuches. Aber immerhin. Und dann gibt es noch eine dritte Variante: das Banner (abgeleitet vom französischen Panier). So wurden schon im Mittelalter die Feldzeichen benannt, unter denen sich das Landsknechtsaufgebot der Bannerherren sammelte. Im Unterschied zur Fahne und Flagge ist das Banner an einer mit dem Schaft locker verbundenen Querstange befestigt.

Diese vielleicht etwas lange theoretische Einleitung war schon nötig, um das folgende besser verstehen zu können. Es muss etwa im Jahre 1930 gewesen sein. Mit meinem Freund Haase Martin – wir waren damals 7 bis 8 Jahre alt – stocherten wir auf Haases „Oberboden“ herum. Das war abenteuerlich. Denn dort standen alte Truhen und Kisten mit allerlei vergilbten Zeitschriften und ausrangierten Haus- und Küchengeräten, alles „von früher“. Am schönsten waren die alten Anzihsachen, dunkle Gehröcke und Weiberhüte mit bunten Wachsblumen verziert. Wir putzten uns damit an und freuten uns, wie wir aussahen. Als wir in der Ecke noch eine etwas verstaubte eingerollte Fahne stehen sahen, schnappten wir uns die und stürmten mit Hallo und Gejohle runter auf den Hof und raus auf die Straße, und die Fahne flatterte im Winde. Doch im letzten Augenblick erschien Papa Richard, fuchtelte mit den Armen: Wo habt ihr denn die Fahne her? Die ist verboten!

Wir kriegten einen Schreck und waren in unserem lustigen Aufputz plötzlich völlig ernüchtert. Die „Foahne“ war verboten, weil sie halt auch „von früher“ war. Sie war weiß und wurde durch ein schmales schwarzes Kreuz in vier Felder geteilt. In dem linken oberen Feld waren klein die Farben schwarz-weiß-rot eingefügt mit dem Eisernen Kreuz darauf. Außerdem befand sich in der Mitte des Kreuzes noch ein schwarzer Adler. Wie ich später erfuhr: der preußische Adler.

Inzwischen weiß ich natürlich, dass es sich bei unserer Fahne damals um die Kriegsflagge des Deutschen Kaiserreiches handelte, das ja 1918 infolge des „verlorenen“ Krieges und der Novemberrevolution zugrunde gegangen war. – Der Kaiser ging, die Generale blieben! Eine ziemlich gerade Linie bis zur Machtergreifung Hitlers am 30. Januar 1933. Unser Fahnenlebnis hatten wir ja schon 1930. Da waren die Nazis noch lange nicht an der Macht. Aber Reichspräsident war damals bereits der Generalfeldmarschall des vergangenen Kaiserreiches Paul von Hindenburg ...

Ein anderes Fahnenlebnis hatte ich etwa zwei Jahre später, 1932. Ich war gerade zehn Jahre alt und in der Schule in die obere Klasse versetzt worden „zu den Großen, beim Kanter!“

Die Sommerferien dauerten nur vier Wochen und Anfang August begann schon wieder der Unterricht. Aber wir hatten ziemlich bald einen Feiertag, eigentlich nur eine Feierstunde zum Reichsverfassungstag, zur Erinnerung an die am 11. August 1919 von der Nationalversammlung beschlossene neue Verfassung. Als wir an diesem Tag in die Schule kamen, war schon geflaggt. Wir hatten zwei Fahnenmasten: An dem einen war die schwarz-rot-goldene Fahne (Flagge!) der Weimarer Republik aufgezogen und am anderen Mast die schwarz-weiße, die Preußenfahne.

Mein Heimatort gehörte ja zum Kreis Bunzlau, der zum Regierungsbezirk Liegnitz und der wiederum zur Provinz Nieder-Schlesien. Und Schlesien war Teil von Preußen. Da bis 1918 der preußische König zugleich deutscher Kaiser war (oder umgekehrt), so waren auch nach Krieg und Revolution alle Preußen

gar keine Fahne, das ging auch nicht. Wie zum Beispiel der Hoke. Er war eigentlich kein Nazi, aber Gemeindevorsteher. Und da hat er dann das Flaggengesetz auf seine Weise ausgelegt. Anscheinend hatte er „von früher“ noch eine schwarz-weiß-rote Fahne und darauf haben seine Frauen womöglich eigenhändig einfach ein schwarzes Hakenkreuz genäht. Ich hab diese Kompromiss-Fahne jedenfalls mehrmals aus Hokes Giebelfenster hängen sehen. Später hatte der Gemeindevorsteher dann aber auch wie viele eine „richtige“ Hakenkreuz-Fahne, Am Volkstraustag, dem späteren „Heldengedenktag“, wurde (jedenfalls vor den öffentlichen Gebäuden) halbmast geflaggt. Während der Nazi-Zeit gab es viele Gedenktage und andere erhebende Anlässe zum Flaggen: Der 30. Januar



noch stolz darauf, eben Preußen zu sein. Nach einer kurzen Ansprache des Lehrers, worin er die Novemberrevolution ignorierte, den Schandvertrag von Versailles anprangerte und die Weimarer Verfassung würdigte, wurden ein paar Gedichte vorgetragen. Und dann wurde gesungen. Nicht die Nationalhymne, das Deutschlandlied. Wir sangen laut und heftig: Ich bin ein Preuße, kennt ihr meine Farben? Die Fahne weht mir schwarz und weiß voran ...

Ein knappes Jahr später – 1933, als das Dritte Reich begann – sah man, soviel ich weiß, die preußische Fahne dann nicht mehr. Aber die schwarz-rot-goldene Fahne auch nicht. Verhohnepipelt wurde sie ja von den Nazis lange zuvor. Man sagte: schwarz-rot-mostrich oder schwarz-rot-Kacke oder Schlimmeres.

Die Hitler-Regierung hat dann auch bald ein neues Flaggengesetz verabschiedet: Die Reichsfarben sind schwarz-weiß-rot. Die Reichsflagge ist die Hakenkreuz-Flagge. Gemeint war damit: das schwarze Hakenkreuz im weißen Kreis auf dem roten Fahnentuch.

Wir hatten ja in Rückenwaldau auch einige Bauern und andere Leute, die deutschnational oder auch gar nichts Derartiges waren. Die schwarz-rot-goldene Fahne durften sie nicht mehr rausstecken, die Hakenkreuzfahne wollten sie nicht, aber

nach Salzwedel transportiert. Unterwegs wies uns der wohlgenährte gummikauende Ami-Krauffahrer beständig auf den uns völlig neuartigen „Fahnschmuck“ der Häuser und murmelte wie im Selbstgespräch wieder und wieder: Germany now with flagg, no Hakenkreuz!

Am 8. Mai 1945 dann die Kapitulation Hitlerdeutschlands. Im Sommer wurde ich aus dem Lazarett Salzwedel entlassen. Schlesien war polnisch geworden, von zuhause kein Lebenszeichen. Aber in Töplitz, wo ich geboren bin, lebten unsere Verwandten. Und bei Tante Gertrud fand ich ein vorübergehendes Zuhause. An der Dorfstraße, wo die sowjetische Kommandantur einquartiert war, wehte die rote Fahne mit Hammer und Sichel. Als dann die ersten Parteien zugelassen wurden, sah man hier und da eine rote Fahne der KPD oder SPD. Aber auch die Kirche zeigte ihre Fahne mit dem blauen Kreuz.

1949, als am 7. Oktober die DDR gegründet wurde, war ich schon in Potsdam bei der damaligen Landesregierung Brandenburg. Der DDR-Gründung war die Schaffung der Nationalen Front vorausgegangen, mit der ursprünglich (und noch bis zum Eintritt der BRD in die NATO 1955) die Einheit Deutschlands erkämpft werden sollte. Zugleich wurde die neue (eigentlich alte) Flagge Schwarz-Rot-Gold wieder eingeführt, die dann ab 7. 10. 1949 als Staatsflagge der DDR verfassungsrechtlich verbindlich war.

Ich sang damals in einen kleinen Chor beim Gesundheitsministerium der Landesregierung. Zwei Kollegen hatten spontan ein neues Fahnenlied komponiert. Es ging etwa so: *Wir haben der Fronten viel gesehen im letzten blutigen Kriege. Die Front, die in Zukunft wird erstehen, führt den Frieden zum Siege. Nationale Front! Das Banner entrollt! ... Wir haben der Fronten viel gesehen, wir wollen sie niemals wieder. Die Front, die in Zukunft wird erstehen, umschließt uns Deutsche als Brüder usw.* Dieses Lied, das insgesamt gewiss kein Kunstwerk war, nahm der Landessender Potsdam auf. Wir trugen es auch auf Kundgebungen und verschiedenen anderen Veranstaltungen vor, so dass es in Potsdam und auch darüber hinaus recht bekannt wurde. Bald darauf luden namhafte Vertreter der Nationalen Front einige von uns zu einer Diskussion oder Aussprache über unser Lied ein. Die gut singbare Melodie fand allgemein Anerkennung. Der Komponist Hanns Eisler äußerte sich sogar sehr lobend darüber. Auch beim Text wurde die gute Absicht gelobt. Aber einige Gedanken und Passagen darin seien falsch, hieß es. Besonders die Zeilen: *Wir haben der Fronten viel gesehen, wir wollen sie niemals wieder!* Der mit anwesende damalige Erste Sekretär des FDJ-Zentralrats Erich Honecker erklärte, dass wir Deutschen die Fronten des letzten Krieges freudig begrüßt hatten, weil sie uns die Befreiung vom Hitlerfaschismus gebracht haben. Wir stimmten dem einerseits zu, betonten aber andererseits, dass wir trotzdem keine Kriegsfronten, sondern nur noch Frieden haben wollen. Trotzdem: öffentlich konnten wir unser schwarz-rot-goldenes Bannerlied, auf das wir so stolz waren, nicht mehr vortragen. Schließlich resignierten wir und der Chor fiel auch bald auseinander. 1952 wurden dann bekanntlich die Landesregierungen aufgelöst und ich wechselte nach Leipzig.

Fortsetzung Seite 13

Leipziger Stadtwerke greifen an

Frevel an 160jährigen Laubbäumen der Dübener Heide

Beschönigend heißt das Ganze Biomassekraftwerk

LN 17, 19 und 21'06

Eine unendliche Geschichte

Sie hatte einen traurigen Höhepunkt, als am 27. September der Wittenberger Stadtrat gegen enorme Bürgerproteste ein sogenanntes Biomassekraftwerk in Piesteritz genehmigte. Das dafür benötigte Laubstammholz soll aus den ohnehin laubholzarmen Naturparks Dübener Heide und Fläming kommen. Investor sind die Leipziger Stadtwerke, die sich für das 20-MW-Kraftwerk (5 MW werden am Standort höchstens gebraucht) dank einer sehr überholungsbedürftigen bundesdeutschen Gesetzgebung fette Fördermittel versprechen. Und was noch? Bei dem, was in den Leipziger kommunalen Betrieben (einschließlich aller Privatisierungsbestrebungen) vor sich geht, sollte man vorsichtig sein. Und dreimal bei allem nachfragen, was dort angezettelt wird. Dennoch hat sich kein einziger Leipziger Stadtrat hinter die Wittenberger Linksparteifraktion gestellt, die energisch gegen diesen Wald- und Umweltfrevel ankämpfte. Energisch unterstützt von Wissenschaftlern und Naturschützern, die hieb- und stichfest nachwiesen, dass das benötigte Laubstammholz – also 150- bis 160-jährige Eichen und Buchen, die das vorsintflutliche Kraftwerk mit einer energetischen Effizienz von etwa 35 Prozent durch den Schornstein jagen will – überhaupt nicht vorhanden ist.

Leipzigs Neue hat über Monate ausführlich zur Sache berichtet. Unsere Leser waren es auch, die mit zahlreichen

Protestbriefen an den Vorsitzenden des Wittenberger Stadtrates einen Gegenwind mitentfachten, wie ihn die dortigen Stadtchefs nach eigenem Bekunden noch nicht erlebt hatten. (Eine Umfrage einer örtlichen Zeitung zu diesem Kraftwerksprojekt ergab zudem eine 96-prozentige Ablehnung!)

Aber wie in der bundesdeutschen Scheindemokratie so üblich, die von der Straße haben nichts zu melden. Die waren bloß gut, als sie die DDR hinwegfegten. Nun herrscht wieder Ordnung im Staate. Darum ließen sich Wittenbergs OB Naumann und viele seiner Stadträte auch willig vom scheuen Reh namens Investor anlügen; sogar das Amtsblatt durfte verbreiten, dass das geplante biomassebefeuerte Kraftwerk elektrische Energie *CO₂-neutral* aus der *erneuerbaren* Energiequelle Holz erzeugt.

Erstens: Solche Kraftwerke wie das von den Leipziger Stadtwerken geplante sind giftige *CO₂*-Schleudern und zu kaum

diesem Umweg zu erhalten.“

Eine taufische Meldung aus Magdeburg setzt diesen Zuständen nur noch ein i-Punktchen auf. Man weiß nicht, soll man lachen oder weinen. Angesichts des zunehmenden Holzmangels in Sachsen-Anhalts Industriebetrieben bereitet das Land eine Aktion zur „Holzmobilisierung“ vor, wie eine Sprecherin des Agrarministeriums kundtat. Neben der zunehmenden Holzverfeuerung in privaten Kaminen sei die Ursache des Holzmangels – Achtung! – in den staatlich geförderten Biomassekraftwerken zu sehen. Gleichzeitig erfährt man, dass das größte Zellstoffwerk Mitteleuropas bei Stendal seine Produktion vorübergehend unterbrechen musste. Auch die Plattenwerke in Magdeburg und Nettgau seien von der Verknappung und Verteuerung des Rohstoffes Holz betroffen.

Noch einmal deutlich die Frage, für die sich endlich auch Leipziger Stadträte interessieren sollten:

Was soll durch die Esse?

Geplante und genehmigte Giftscheuler der Leipziger Stadtwerke darf nicht ans Netz

etwas anderem nütze, als unser Treibhaus weiter anzuheizen. Gar nicht zu sprechen vom umweltverpestandenden LKW-Transport der geplanten 160 000 Tonnen Baumstämme pro Jahr durch die geschützte Heide.

Zweitens: Dreist schreiben die Stadtwerke-Verantwortlichen von der „erneuerbaren Energiequelle Holz“.

Tatsache ist ja nicht nur, dass der Rohstoff Holz allmählich knapp (und damit auch teuer) wird. Die Leipziger Kraftwerksmanager ignorieren einfach, was sogar Lieschen Müller in diversen Zeitungen nachlesen konnte, dass zum Beispiel das Holzkraftwerk in Brand-Erbisdorf (einer ziemlich walddreichen Gegend) mangels Holznachschub nach nur zwei Jahren pleite war.

Oder ignorieren sie es gar nicht? Ich zitiere, was wir schon am 20. Oktober in LN schrieben: „Da aber in der Kiefern-Heide der Laubholzbedarf nie gedeckt werden kann, sei eine Spekulation erlaubt: Wenn das Kraftwerk erst steht und dann das Holz fehlt, wird es dann auf Müllverbrennung umgerüstet? Wäre ein raffinierter Schachzug, um so ein gefährdetes, aber auch lukratives Ding auf

Was wollen die Leipziger Stadtwerke in ihrem künftigen Kraftwerk im sachsen-anhaltischen Piesteritz wirklich verbrennen?

Der Protest geht weiter

Ein mündiger Bürger, wie er sich betont selbst nennt, der Wittenberger Drogerist Träger, sammelt derzeit Unterschriften gegen das Holzkraftwerk, den großen Bluff, und hält dazu auch für Nichtkunden sein Geschäft zusätzlich zu den sonstigen Zeiten durchgehend geöffnet. Im Text, den er dazu ausgelegt hat, rechnet er vor: Für den Betrieb des Kraftwerkes werden 160 000 Tonnen naturbelassenes Stammholz benötigt, das sind nach forstwirtschaftlichem Mengenmaß stündlich 14,5 Festmeter. Eine Buche – die vom Investor bevorzugte Holzart – braucht 150 Jahre, um ganze fünf Festmeter Holz heranwachsen zu lassen (einschließlich der Krone, auf die Hälfte der Menge entfällt, die die Stadtwerke aber nicht verwenden können oder wollen). Also müssen sechs Buchen 150 Jahre heranwachsen, um dann in einer Stunde im Holzheizkraftwerk verbrannt zu werden. 150 Jahre, das sind mehr als 1,3 Millionen Stunden, die

in einer Stunde ausgelöscht werden – was heißt da „erneuerbarer“ Rohstoff? Von dem Kohlendioxyd, unter dem unsere Erde jetzt schon abstirbt, gar nicht zu reden. Eine ausgewachsene Buche produziert schließlich nicht nur jährlich 4500 Kilogramm Sauerstoff, sie entzieht der Luft auch noch 6000 Kilogramm *CO₂*, jedenfalls solange sie lebt. Aber für solche Gedanken ist in des Investors profitgierigen Plänen ohnehin kein Raum.

Alternativen

Dabei, und deshalb hört der Kampf gegen dieses Kraftwerk auch nicht auf, gäbe es genug Alternativen. Ein wirkliches Biomassekraftwerk auf der Basis von (reichlich vorhandenem) Rapschrot, umweltsauber und energetisch effektiv, dazu von örtlichen Anbietern entwickelt, hat LN schon vorgestellt.

Inzwischen haben sich 21 Wittenberger – vom örtlichen Netzwerk „Innogas“, Vertreter der Dessauer Stadtwerke und ein Mitglied des Bauausschusses Wittenberg – im europäischen Zentrum für Bioenergie Güssingen von einer weiteren umwelt- und dazu noch tatsächlich arbeitskräftefreundlichen Variante überzeugt (denn ein fadenscheiniges, eher ein Totschlag-Argument

„Arbeitsplätze“ – ganze 20 – musste beim Stadtwerkeplan ja auch herhalten). Was die Wittenberger dort in Österreich sahen, war ein Energiekonzept mit Holzvergasungsanlage, Biogasanlage und Photovoltaik mit einem energetischen Wirkungsgrad von über 85 Prozent. Zusammen mit einem Forschungszentrum sorgte das für 40 direkte Arbeitsplätze und die Ansiedlung weiterer 50 Unternehmen – alles in allem über 1000 neue Arbeitsplätze. 2007 sollen weitere 500 dazukommen. Beeindruckend für die Gäste (monatlich bis zu 6000 Besucher sind auch kein schlechter Wirtschaftsfaktor) aus Sachsen-Anhalt vor allem, dass die Holzverbrennungsanlage jährlich nur 20 000 Tonnen Holz benötigt. Außerdem, ein Holzkraftwerk mit nur 35 Prozent Wirkungsgrad zu bauen, das konnte den Güssingern nur ein mitleidiges Lächeln abringen.

„Innogas“ hat entschieden, solche Anlagen, die schonend mit unseren Ressourcen umgehen, soll es auch in ihrer Region geben. Theoretisch also Grund genug für den Wittenberger Stadtrat, seine unmündige Entscheidung für die Leipziger Stadtwerke zurückzunehmen.

• MAXI WARTELSTEINER

Fortsetzung von Seite 12

Als die BRD im Jahre 1955 der NATO beitrug und die Gegensätze sich verschärfen, kam es zur krassen Abgrenzung, der Traum von der Einheit Deutschlands war für unabsehbare Zeit ausgeträumt. Als äußeres Zeichen der Abgrenzung wurde der schwarz-rot-goldene Staatsflagge der DDR das neue Staatswappen eingefügt: Hammer und Zirkel im Ährenkranz. Die drei Symbole sollten formal das Bündnis zwischen Arbeitern, Intelligenz und Bauern symbolisieren.

35 Jahre lang, bis 1990, wurde diese DDR-Flagge zu allen Staatsfeiertagen und anderen Ereignissen aufgezogen, gewöhnlich zusammen mit der roten Arbeiterfahne. Auch wir hier in Leipzig haben, wie allgemein üblich, beide Fahnen herausgesteckt. Letztmalig allerdings am 7. Oktober 1989. Zu dieser Zeit begannen die großen Demonstrationen in Leipzig und anderen Städten der DDR. Am Anfang ging es ja eindeutig um mehr Demokratie und „verbesserten Sozialis-

mus“. DDR-Fahnen wurden geschwenkt und tausendfach ertönt Rufe „Wir sind das Volk“. Später, im November, begann schon die Wende. Andere (rechte) Kräfte setzten sich an die Spitze und ernteten, was sie nicht gesät hatten. Bundeskanzler Kohl trat in Dresden auf, versprach jedem die reiche D-Mark, großen Wohlstand und sonnige Reisen nach Mallorca. Und viele brüllten „Wir sind ein Volk!“ und schwenkten schwarz-rot-goldene Fahnen. Aber die hatten in der Mitte, wo einstmal das Staatswappen saß, ein großes rundes Loch. Mehr noch aber sah man nagelneue BRD-Fahnen. Sie war ebenso frisch importiert wie die dazugehörigen zahlreichen Mitglieder der Jungen Union, die als Animatoren der Jubelstimmung jedesmal mit Dutzenden Bussen eingereist wurden. Unser Sohn hatte noch im Sommer 1990 gefragt, ob wir ihm hier in Leipzig noch eine echte neue DDR-Fahne mit Emblem besorgen könnten. Vielleicht wäre es damals noch möglich gewesen. Aber ich fühlte mich jetzt ähnlich unsicher wie Herr

Haase, als wir – Martin und ich – vor 1933 die alte Reichskriegsflagge wehen ließen. Wobei, die Angst war unbegründet ... Die DDR-Fahne heute öffentlich zu zeigen, wäre ja wirklich riskant.

Aber Fahnen gibt es natürlich im vereinigten Deutschland und auch in den Neuen Bundesländern nach wie vor jede Menge: Natürlich weht am „Tag der Einheit“ und an manchen anderen „Tagen“ die alte Staatsflagge Schwarz-Rot-Gold (allerdings ohne Emblem). Aber man sieht sie eigentlich nur vereinzelt und vorwiegend an den amtlichen Gebäuden.

Doch massenweise wehen andere bunte Fahnen tagtäglich an vielen Ecken und Enden in Städten und Dörfern. Vor Kaufhäusern und Supermärkten, an Tankstellen, bei Gebrauchtwagen-Händlern und anderen merkantilen Einrichtungen flatern sie heiter, optimistisch und lockend im Winde und künden mit vielen Farben und Firmenzeichen von der üppig „boomenden“ Marktwirtschaft hierzulande.

Und man kann auch schon wieder längst überwunden geglaubte andere Fahnen sehen. Solche, wie sie vor 60 Jahren als die Weimarer Republik in den letzten Zügen lag, bereits im Schwange waren, öffentlich geduldet und polizeilich geschützt.

Nein, Hakenkreuzfahnen waren bis jetzt noch nicht öffentlich zu sehen. Aber die Reichskriegsflagge mit Balkenkreuz und Schwarzem Adler darin (die den Vater meines Freundes damals so beunruhigte) wird bei Neo-Nazi-Aufmärschen geschwungen und besungen. Und alles schon wieder wie damals: ohne wesentliche offizielle Einschränkung und sogar unter Polizeischutz. Diese Zeichen und Spuren schrecken wahrhaftig. Und damit schließt sich nun der Kreis meiner bisherigen Erinnerungen und Lebenserfahrungen mit Flaggen und Fahnen. Was kann nun noch

Dr. Erich Wegener hat diesen Beitrag 1991 verfasst und mir, seinem „Doktorvater“, geschenkt. Er verstarb 2002 im Alter von 80 Jahren.
Kurt Schneider

KLEINE CHRONIK

Leipziger Skandale 2006

Januar

Die Stadt Leipzig verteuert zahlreiche kommunale Dienstleistungen: Müllgebühren steigen um durchschnittlich 30 Prozent, Strom um fünf Prozent, Fernwärme um 17,9 Prozent. Angehoben werden die Gebühren für Gartenabfall und den Friedhof. Die Hundesteuer steigt, und eine Zweitwohnungssteuer wird eingeführt. Auf der Tagesordnung steht auch die Erhöhung der Eintrittspreise für Museen und den Zoo. Die Leistungen nach dem Leipzig-Pass verringern sich, der Familienpass fällt ersatzlos weg.

Die Stadtwerke Leipzig wollen die abgehalften Kommunalbeamten Kaminski und Tschense, gegen die noch Ermittlungen laufen, als Berater anstellen. Stadträte werten diese Absicht als politische Instinklosigkeit.

Das Landgericht sieht sich veranlasst, den von LVB-Chef Hanns im Aufsichtsrat ohne Ausschreibung durchgepeitschten Verkauf der Tochterfirma VCL vorläufig zu untersagen.

Oberbürgermeister-Kandidat Burkhard Jung kündigt an, im Falle seiner Wahl Markkleeberg, Markranstädt, Schkeuditz und Taucha nach Leipzig eingemeinden zu wollen, und stößt damit auf eine allseitige gut begründete Ablehnung der Betroffenen.

Ex-Oberbürgermeister Lehmann-Grube ruft die städtischen Unternehmen zu Wahlkampfspenden für Burkhard Jung auf und verstößt damit gegen Vorschriften des sächsischen Innenministeriums.

Die Händler am Leipziger Markt, deren Umsätze durch die Großbaustelle City-Tunnel existenzbedrohend zurückgegangen sind, erhalten von der Stadt keine Entschädigung.

Der Einstellungsbeschluss der

Staatsanwaltschaft Dresden im Fall des Umbaus im Alten Rathaus lässt die Verstrickungen des Kulturamtes und des Hochbauamtes unter den Tisch fallen. Ex-Kämmerer Kaminski muss mit einer Anklage rechnen.

Februar

Stadträte bringen zutage, dass der geplante Verkauf von Flächen rund um das Bildermuseum nicht möglich ist, weil ein großer Teil Eigentum des Bundes ist. Die Fläche, auf der der Erweiterungsbau des Stadtgeschichtlichen Museums steht, muss nun dem Bund für 625 Millionen Euro abgekauft werden – ein Erbe von Tiefensee, Lütke-Daldrup und Kaminski, die die Abgeordneten hinter Licht führten.

Wie das Leipziger Amtsgericht mitteilt, gingen bei ihm im Jahre 2005 für 2161 Immobilien Anträge von Gläubigern auf Zwangsversteigerung ein.

Das Sozialamt will die Zuschüsse für Frauenhäuser kürzen, die damit ihre Existenz bedroht sehen. Bereits in diesem Jahr stehen dem Amt für Vereine 158 000 Euro weniger als 2005 zur Verfügung.

Die Wahl des Oberbürgermeisters findet im zweiten Wahlgang mit einer Beteiligung von knapp 32 Prozent der Wahlberechtigten statt. Nur 16 Prozent der Wahlberechtigten schenken Burkhard Jung ihr Vertrauen.

März

Das sächsische Kultusministerium verlangt von Leipzig – vorbei an Oberbürgermeister, Beigeordneten und Stadträten –, die Festlegung für zwei Mittelschulen sofort zu vollziehen, wonach keine Schüler in künftige 5. Klassen aufgenommen werden sollen. Das bedeutet praktisch das Aus für diese Schulen.

Nachdem bisher in Leipzig vor

keiten für eine Pressekonferenz bereitzustellen, deren Gegenstand dieser völkerrechtswidrige Ausbau des Airports zum Drehkreuz für NATO-Transportflugzeuge sein sollte.

April

In der Zerbster Straße (Eutritzsches) will die LWB eine architektonisch wertvolle Wohnanlage abreißen, die sie selbst verfallen ließ.

Eine Schlägerei zwischen Fußballfans am „Adler“ und Randalen nach einem Fußballspiel in Probstheida, bei der eine Straßenbahn demoliert wird, erfordern massive Polizeieinsätze.

Der erste Sozialreport der Stadt weist aus, dass der Anteil derer, die in relativer Armut leben (Einkommen weniger als 50

Mai

Während die Wasserwerke für 2005 einen Rekordgewinn verbuchen können, liegt der durchschnittliche Wasserverbrauch pro Kopf bei nur 89,9 Litern, weil die Preise wesentlich höher sind als in vergleichbaren westdeutschen Städten. Dort beträgt der Verbrauch 120 bis 150 Liter.

Die Arbeitsgemeinschaft Befreiungskriege 1813, die von der Stadt das Torhaus Dölitz in Erbbaupacht übernommen hat, ist in finanziellen Nöten, weil die Stadt den ursprünglichen jährlichen Zuschuss von 30 000 DM auf 10 500 Euro gekürzt hat und sich die Betriebskosten seit der Übernahme verdoppelt haben.

Unbekannte schänden auf dem Ostfriedhof 187 Gräber, darunter Grabsteine zum Gedenken an sowjetische Soldaten des Zweiten Weltkrieges.

Erwachsene müssen für eine Fahrt im „Gläsernen Leipziger“ künftig 13 statt bisher 11 Euro zahlen, Ermäßigungsberechtigte 11 statt 9 Euro.

Ein Trupp brutaler Schläger fällt im Rosental über 60 Gymnasiasten her, die dort feierten. Untersuchungen ergeben, dass die Clique seit langem Schüler in Gohlis bedroht und ihnen Geld und Handys abnimmt. Knapp zwei Wochen später werden am gleichen Ort fünf Väter und acht ihrer Söhne von Jugendlichen tätlich angegriffen und zum Teil schwer verletzt.

Nach einem Fußballspiel in Leutzsch knüppeln Polizisten grundlos auf Zuschauer ein, die friedlich das Stadion verlassen. Polizeipräsident Müller sieht sich veranlasst, polizeiinterne Ermittlungen einzuleiten.

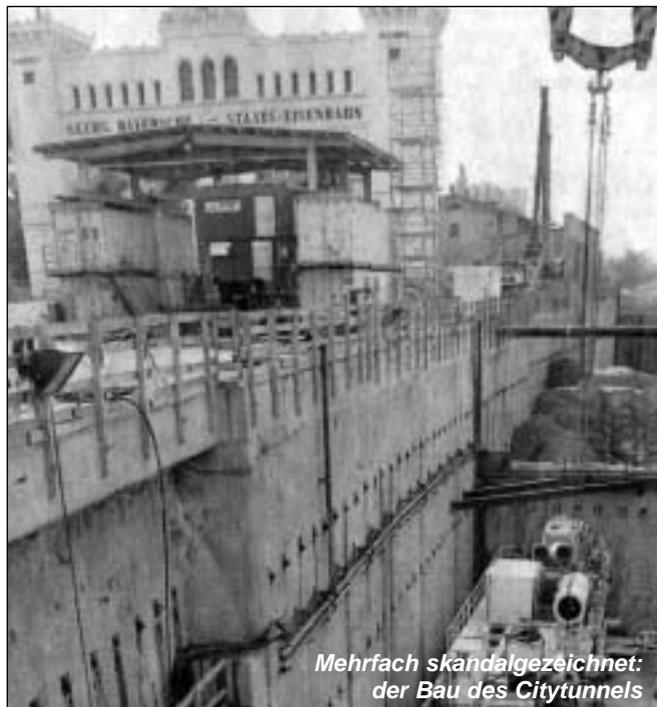
Sparkassenchef Krakow wird beschuldigt, einen zweistelligen Millionenkredit rechtswidrig trotz fehlenden Verwendungszwecks und ablehnender Haltung der Kreditkontrolle an eine Privatperson vergeben zu haben.

Die überarbeitete Schulnetzplanung sieht vor, in den nächsten vier Jahren 14 Bildungseinrichtungen zu schließen, darunter fünf von zwölf Berufsschulen.

Für die 3500 Stellen am künftigen DHL-Kreuz auf dem Flughafen Halle-Leipzig sind 34 000 Bewerbungen eingegangen.

Juni

In Altenheimen, die von der Unternehmensgruppe Marseille-Kliniken betrieben werden, findet angestauter Unmut über den autoritären Leitungsstil und Rechtsverletzungen des Geschäftsführers in massiven Beschwerden von Heimbewohnern und Mitarbeitern sowie der richterlich verfügten Wahl eines Betriebsrates seinen Ausdruck.



Mehrfach skandalgezeichnet: der Bau des Citytunnels

allem verfallene Gründerzeithäuser und Plattenbauten abgerissen wurden, wollen Rathaus und LWB nun auch 2500 Wohnungen in unsanierten Häusern aus den Jahren zwischen 1920 und 1960 vor allem in Mockau, Eutritzsches und Löbnitz verschwinden lassen.

Die Bahn AG kündigt fünf Familien ihre Kleingartenparzellen in der Anlage „Reichsbahn Kleingärten Engelsdorf“, um dort eine Lagerhalle zu errichten. Sie hat die Fläche an einen Investor verkauft, ohne den Vorstand der Anlage und den Stadtverband der Kleingärtner zu informieren. Bauordnungsamt und Denkmalschützer erteilen die Baugenehmigung, obwohl die Gartenanlage im Flächennutzungsplan ausgewiesen ist.

Bundesverteidigungsminister Jung stellt am Flughafen Halle-Leipzig die NATO/EU-Initiative SALIS (Strategic Airlift Interim Solution) in Dienst. Die Geschäftsführung des Flugplatzes Halle-Leipzig lehnt es mit fadenscheiniger Begründung ab, der Linkspartei Räumlich-

Prozent des Durchschnittseinkommens), sich bis 2003 auf zehn Prozent erhöht hat. Die Anzahl der versicherungspflichtig Beschäftigten ist von 2001 bis 2004 um 13 000 Personen auf 179 000 gesunken. Die Anzahl geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitsloser hat stark zugenommen. 68 von 1000 Menschen beziehen Sozialhilfe (1995: 21,5). 2004 gab es 44 500 Wohngeldempfänger, 13 500 mehr als 1998.

Zur Entlastung des Leipziger Haushalts um 170 000 Euro jährlich will das Kulturdezernat die Eintrittspreise für das Stadtgeschichtliche Museum im Alten Rathaus von drei auf vier Euro und für das Schillerhaus von zwei auf drei Euro für Erwachsene erhöhen. Deutlich teurer werden auch Führungen. Im Museum der Bildenden Künste kostet das Einzelticket künftig sieben statt bisher fünf Euro.

Untreue gegenüber der Stadt beim Stadionbau und Steuerhinterziehung führen zur Anklage des ehemaligen Kämmers Peter Kaminski beim Landgericht.

Amtsträger im Rathaus erwägen die Umbenennung des nach dem hingerichteten Antifaschisten und Sozialdemokraten Wilhelm Leuschner benannten Platzes in Königsplatz.

Der Leipziger Gedenkstätte für Zwangsarbeiter, der einzigen ihrer Art in Deutschland, droht wegen fehlender finanzieller Förderung das Aus.

Die überarbeitete Gebührenordnung der Musikschule sieht eine Erhöhung der Gebühren von neun Prozent, für Erwachsene sogar um 50 Prozent vor.

Für den City-Tunnel werden statt der geplanten 11,2 Millionen Zugkilometer jährlich nur etwa fünf Millionen vergeben, womit seine Wirtschaftlichkeit gefährdet ist. Der Freistaat Sachsen hat rechtzeitige Vertragsverhandlungen mit Sachsen-Anhalt und Thüringen versäumt. Ihm droht nun auch die Rückzahlung von Fördermitteln.

Ein Bildertausch zwischen dem Museum der Bildenden Künste und einem Südtiroler Geschäftsmann platzt, weil der Stadtrat dem Tausch nur unter dem Vorbehalt eines neuen Gutachtens zugestimmt hat, das dann aber einen deutlich höheren Wert der Gemälde auswies.

Die Stadtverwaltung stellt fest: Der Wegfall geplanter Hauhaaleinnahmen, die Steigerung der Ausgaben, besonders durch die wachsende Anzahl Langzeitarbeitsloser, und die Kürzung der Landeszuschüsse führen zu einer absehbaren Erhöhung des Haushaltsdefizits der Stadt von 22 auf 32,5 Millionen Euro in diesem Jahr und gefährden die langfristigen Haushalts sicherungskonzepte.

Die Wohnungsbaugesellschaft Leipzig-West ist zahlungsunfähig. 44 000 Zeichner einer Schuldverschreibung müssen um ihre Einlagen fürchten. Nachforschungen offenbaren eine Geldwäsche großen Stils. Mehrere hundert Millionen Euro sind in internationalen Kanälen verschwunden.

Juli

Ab 1. Juli dient der Flughafen Halle-Leipzig auch als Zwischenlandeplatz der NATO, vor allem der USA, beim Transport von Truppen und Waffen nach Afghanistan, dem Irak und anderen Kriegsgebieten, was gegen den 2+4-Vertrag von 1990 verstößt.

Die Beratungsfirma BBVL, von Oberbürgermeister Jung mit der Analyse des Kulturretats der Stadt beauftragt, sieht Einsparmöglichkeiten in den seit langem gebeutelten Kultureinrichtungen bis 2009 in Höhe von 6,5 Millionen Euro.

Der Oberbürgermeister plant



Da gammeln, auf einem Betriebshof der Leipziger Universität, die Teile des Marx-Reliefs vor sich hin ...

Foto: Märker

die Veräußerung eines 49,9-Prozent-Anteils der Stadtwerke. Nach dem Urteil von Stadträten käme damit das gesamte städtische Firmengeflecht ins Wanken, da die Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (LVV) die Gewinne von Stadtwerken und Wasserwerken mit den Verlusten der Verkehrsbetriebe verrechnet. OBM Jung hat sein Konzept ohne Konsultation mit Stadtpolitikern und Stadtwerkern ausgearbeitet.

Volkshochschule und Stadtbibliothek sind aufgefordert, zur Sanierung des Stadthaushalts ihre Einnahmen zu erhöhen und dazu neue Entgeltverordnungen zu erarbeiten. Von den durch Bildermuseum und Stadtgeschichtliches Museum zu erbringenden 700 000 Euro Mehreinnahmen bis 2007 werden voraussichtlich nur 235 000 realisiert.

August

Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund und damit die LVB erhöhen mit Monatsbeginn zum wiederholten Male ihre Tarife. Sie steigen um durchschnittlich fünf Prozent.

Wie die Stadtratsfraktion der Linkspartei enthüllt, wird der City-Tunnel 73,3 Millionen Euro (13 Prozent) teurer als geplant – durch höhere Baukosten (50,9) und zusätzliche Planungsleistungen (22,4). Die geplante Fertigstellung des Tunnels verschiebt sich von 2009 auf 2011/12. Verkehrsminister und Ex-Oberbürgermeister Tiefensee schweigt.

Die Leipziger Stadtwerke wollen bei Wittenberg ein sogenanntes Biomassekraftwerk bauen, das jährlich mindestens 135 Festmeter Holz verschlingen würde, was zu großen Kahlschlägen im Fläming und in der Dübener Heide führen würde.

Zugunsten des Baus eines Einkaufszentrums soll in der Schiefelstraße ein historisch wertvolles, erst vor wenigen Jahren rekonstruiertes Jugendstilhaus abgerissen werden.

Wegen der Erhöhung der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften nach Arbeitsmarktgesetz Hartz IV von 45 500 auf 49 000 muss die Stadt 18 Millionen Mark mehr für deren Unterkunft erbringen.

Laut Tiefbauamt befindet sich ein Großteil der 50 000 Gullys in

der Stadt in einem schlechten Zustand, weil im Vergleich zu 1994 nur 15 Prozent der Mittel für Reparatur und Reinigung zur Verfügung stehen.

Aufgrund eines seit Jahren andauernden Streits zwischen einem Hausbesitzer und einer Energiehandelsfirma verfügt das Landgericht die Sperrung der Fernwärmeversorgung für 4000 Haushalte in Leipzig-Grünau.

Das Marx-Relief am abzureißenden Universitätsgebäude am Augustusplatz wird entfernt, ohne dass über seine künftige Platzierung entschieden wurde.

Das Bildermuseum verstößt gegen Jugendschutzvorschriften, indem es eine Installation Schlingensiefs, die als gewaltverherrlichend, obszön und pornografisch beurteilt wird, ohne Zugangsbeschränkung präsentiert.

In Leipzig-Lindenthal wird eine Straße nach dem Flugpionier und Konstrukteur Hermann Dörner benannt, der hier im ersten Weltkrieg Militärflugzeuge baute.

Nach Ankündigung des Oberbürgermeisters soll die Oper in den Jahren 2007/08 4,9 Millionen Euro weniger Haushaltsmittel erhalten. Vorgesehen ist der Abbau von mindestens 100 Stellen.

September

LVB-Chef Wilhelm Georg Hanns gerät in Verdacht, beim Abschluss eines Cross-Boarder-Vertrages in den USA von einer USA-Beratungsfirma Luxus-Geschenke und einen fünftägigen Urlaub in Dubai erhalten zu haben, und hüllt sich gegenüber der Öffentlichkeit in Schweigen. Auch ähnliche Vorwürfe gegen Klaus Heininger, Manager der Wasserwerke, bleiben weitgehend unbeantwortet. Die Ergebnisse nachfolgender interner Untersuchungen bleiben unter Verschluss. Die Beschuldigten verweigern eidesstattliche Aussagen.

Bei der geplanten Privatisierung der kommunalen Stadtreinigung drohen den Beschäftigten laut der Gutachterfirma BBVL Lohn einbußen bis zu 40 Prozent.

Der Etatentwurf der Stadtverwaltung für 2007 sieht ungeachtet einer Reihe von Sparmaßnahmen ein Defizit von 45,55 Euro vor. Die Mehrbelastung

durch Hartz IV beträgt 28,1 Millionen Euro. Die städtischen Investmittel für Straßen, Kindergärten und Schulen sollen von bisher etwa 100 auf 71,5 Millionen Euro reduziert werden.

Zu den Immobilien, die die Gewerkschaftsholding BGAG des DGB verkaufen will, gehört auch das traditionsreiche, weitgehend mit Arbeitergroschen finanzierte Leipziger Volkshaus. Die Entscheidung erfolgt trotz der Proteste von Mitgliedern.

Oktober

Rechtsextreme, von Worch angeführte Demonstranten marschieren erneut mit staatlicher Genehmigung durch die Stadt, diesmal vom Hauptbahnhof zum Ostplatz. Die Polizei behindert Gegendemonstranten.

Eine Studie der Stadtverwaltung prognostiziert bis 2020 einen weiteren drastischen Bevölkerungsrückgang im Stadtteil Grünau. Die Wohnungsgenossenschaften zweifeln die Prognose an und wehren sich gegen geplante massive Abrisse in den Wohnkomplexen 5.1, 7 und 8.

Die LVB verleasen rechtswidrig mit staatlichen Fördermitteln erworbene Busse und müssen nun 620 000 Euro zurückzahlen.

November

In 159 Sporthallen der Kommune werden Sicherheitsmängel festgestellt, die Nutzungseinschränkungen erfordern.

Aus der Antwort von Sachsens Innenminister Buttolo auf eine Abgeordnetenfrage geht hervor, dass im Jahre 2005 die Anzahl rechtsextremer Straftaten im Schulbereich auf 151 angestiegen ist (Vorjahr 100) und Leipzig mit 17 Delikten daran einen wesentlichen Anteil hat.

Eine Studie des Sozialamtes über die Lebensverhältnisse von Langzeitarbeitslosen weist eine hohe Kinderarmut in Leipzig aus. Die Eltern von 35 Prozent der Kinder bis 15 Jahre erhalten ALG II oder Sozialgeld.

Experten der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft stellen fest, dass in der Stadt rund 2500 denkmalgeschützte Häuser zunehmend verfallen und etwa 400 davon akut einsturzgefährdet sind.

Eine knappe Mehrheit von CDU- und SPD-Stadträten gibt 49,9 Prozent der Anteile an den Leipziger Stadtwerken zum Verkauf frei und ignoriert damit die Warnungen von Experten und die Proteste einer breiten Öffentlichkeit. Beschäftigte der Unternehmen befürchten drastische Lohneinbußen. Zugleich gibt das Unternehmen bekannt, dass es ab Januar 2007 die Preise für Strom um 10, für Fernwärme um 11 und für Gas um 8,5 Prozent erhöhen wird.

Einem Häftling der Justizvollzugsanstalt Torgau gelingt nach einer Behandlung in der Universitäts-Zahnklinik die Flucht.

Dezember

Die Stadt Leipzig hat nahezu eine Milliarde Euro Schulden. Der Jahresetat weist ein Minus von rund 80 Millionen Euro auf. Das leistet der Privatisierung kommunaler Unternehmen Vorschub. Regierungspräsident Steinbach fordert, mehr als die Hälfte der Stadtwerke und auch die Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft zu veräußern.

Die Planungen für die Neugestaltung des Areals am ehemaligen Konsument-Warenhaus verlaufen chaotisch. Während die „Blechbüchse“ bereits verkauft wurde, Gestaltungsvorschläge für vorgesehene Neubauten am Brühl erarbeitet wurden und der LWB-Aufsichtsrat einen Investor auswählte, wird ein Gutachten zur Auswirkung neuer Handelseinrichtungen auf den Einzelhandel in der Innenstadt erst im Januar erwartet. Viele Einzelhändler bangen um ihre Existenz.

Die jahrelangen Verhandlungen zur Neugestaltung des ehemaligen Feinkostgeländes an der Karl-Liebknecht-Straße sind gescheitert. Die beiden Bewerber konnten sich nicht auf ein gemeinsames Konzept einigen.

Um jährlich 72 000 Euro einzusparen, lässt die Stadt rund 300 öffentliche Papierkörbe, besonders an Haltestellen der LVB, entfernen.

Den Stadträten wurden bis jetzt schwerwiegende Rechtsverstöße in den Finanzbeziehungen zwischen Stadt und Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft in den vergangenen Jahren verheimlicht.

CDU und SPD lehnen den von Linkspartei und Grünen beantragten Volksentscheid zum Stadtwerkeverkauf strikt ab.

Die Arbeitsagentur Leipzig gibt von verfügbaren 65 Millionen Euro Arbeitsförderungs Mitteln für Langzeitarbeitslose 15 Millionen an den Bund zurück und gehört damit zu den schlechtesten Agenturen in Sachsen.

Und das Jahr ist noch nicht zu Ende ...

Gerechtigkeit zu schaffen, braucht einen langen Atem“ – diese universal auslegbaren Worte schrieb der Bundespräsident Horst Köhler am 14. November dieses Jahres nach dem Besuch der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS in Berlin-Hohenschönhausen, die heute als sogenannte Gedenkstätte unseriöse Aufarbeitung von DDR-Geschichte betreibt, in das Gästebuch der Einrichtung. Köhler hat sein Orakel natürlich in einer ganz bestimmten Richtung gemeint, nämlich „Opfern“ des DDR-Regimes Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und die „Täter“ zu bestrafen. Als wenn in den vergangenen 16 Jahren nichts geschehen wäre. Mit dem Begriff „Täter“ ist es allerdings so eine Sache.

Es sind Straftäter gemeint, und Straftäter sind Personen, die einen im Gesetz festgelegten Straftatbestand erfüllen. Und da liegt der Hase im Pfeffer. Die Ermittlungsorgane der Bundesrepublik haben keine Mühe gescheut, um Straftäter innerhalb des MfS ausfindig zu machen. 30 000 Ermittlungsverfahren wurden eingeleitet. Daraus entstanden 143 Anklagen, die mit zwölf Geld- und acht Haftstrafen endeten. Und diese wurden bis auf eine auch noch zur Bewährung ausgesetzt. Personal und Verantwortliche der Untersuchungshaftanstalt Hohenschönhausen waren nicht darunter.

Laut Bild hat sich der 1,78 Meter große Köhler bei seinem Besuch in eine 1,62 Meter hohe „Beugehaft-Zelle“ gezwängt. Dort hätten Häftlinge Höllenqualen gelitten. „Stasi-Opfer“ Dieter von Wichmann, der den Bundespräsidenten führte, wäre dort vier Monate eingekerkert gewesen. Wolfgang Schmidt, Sprecher des „Insiderkomitees zur kritischen Aneignung der Geschichte des MfS“ erklärte dazu schriftlich: „Die Vernehmungprotokolle im Fall Wichmann

Berliner Regierungsstellen bestätigen den zunehmenden Bruch des Brief- und Postgeheimnisses zur Überwachung und Ausforschung potentieller Kritiker, wie www.foreign-policy mitteilt:

Laut Bundesinnenministerium wurde die Zusammenarbeit zwischen den Zollbehörden und dem deutschen Inlandsgeheimdienst zum Zweck der Postkontrolle „intensiviert“. Völlig „rechts“ – erst vor fünf Jahren bestätigte der Bundestag das „Verbringungsverbotsgesetz“, ergänzt durch die künftige „vorsorgliche Speicherung“ der Verbindungsdaten aller Telefon- und Internetnutzer. Außerdem stehen ab März 2007 mit der sogenannten Anti-Terror-Datei sowohl Angaben über „Terrorverdächtige“ als auch über deren Kontaktpersonen Polizeibehörden sowie Geheimdiensten uneingeschränkt zur Verfügung. Bürgerrechtsaktivisten befürchten einen weitreichenden Staatsumbau nach autoritärem Muster. Ihre gegen die „Vorratsdatenspeicherung“ gerichtete Sammelklage vor dem Bundesverfassungsgericht wird

„Gerechtigkeit zu schaffen, braucht einen langen Atem“

sind in der BIRTHLER-Behörde einsehbar. Glaubwürdigen Hinweisen zufolge geht aus ihnen hervor, dass Herr Wichmann vom ersten Tag seiner Untersuchungshaft an voll geständig war. Damit hätte es keinerlei Grund gegeben, ihn in eine ‚Beugehaft-Zelle‘ einzusperren.

ist es so eine Sache. Der bei den Wahlen in Berlin gescheiterte CDU-Kandidat Pflüger behauptete jedenfalls unter dem Beifall der Bürgerrechtler, „Täter“ seien keine Zeitzeugen.

Für ehemalige Mitarbeiter des MfS, die u. a. damit gemeint sind, gilt für diese Leute das

Die Ermittlungsorgane der Bundesrepublik haben keine Mühe gescheut, um Straftäter innerhalb des MfS ausfindig zu machen. 30 000 Ermittlungsverfahren wurden eingeleitet. Daraus entstanden 143 Anklagen, die mit zwölf Geld- und acht Haftstrafen endeten. Und diese wurden bis auf eine auch noch zur Bewährung ausgesetzt.

Es gab dazu allerdings auch keine Möglichkeit, da diese Zelle zum Zeitpunkt der Haft von Herrn Wichmann (1963) ein Lagerraum war, der erst nach 1990 wie auch andere Grusel-Attraktionen der ‚Gedenkstätte‘ (z. B. die sogenannte Wasserfolterzellen) ‚rekonstruiert‘ wurde.“ Der Dresdner Historiker Horst Schneider hat bereits 2005 in seiner Broschüre *Das Gruselkabinett des Dr. Hubertus Knabe(lari)* (Spotless-Verlag, Berlin) die Manipulationen in der „Gedenkstätte“ entlarvt, und kürzlich erschien im Eulenspiegelverlag zum Thema das Buch eines Zeitzeugen *Besuchszeit. Westdiplomaten in besonderer Mission*. Peter Pfütze, von 1974 bis 1989 als Mitarbeiter des MfS verantwortlich für die Organisation und Betreuung von Diplomatenbesuchen in Haftanstalten der DDR, bietet darin Einblicke in die Tätigkeit der Untersuchungsabteilung des MfS und die Praxis der Strafverfolgung in der DDR im Spannungsfeld deutsch-deutscher Beziehungen. Aber auch mit den Zeitzeugen

Grundgesetz nicht. Erst verteuflert, dann mit Berufung auf die dadurch geschaffenen Unterstellungen entrechtet. Ob die Mitarbeiter im Rückblick auf die DDR und die Einschätzung der Tätigkeit der Sicherheit auch selbstkritisch und kritisch urteilen, wird negiert.

Als frühere Mitarbeiter des MfS am 14. März 2006 in einer Podiumsdiskussion über die „Gedenkstätte“ in Hohenschönhausen gegen die Verfälschung der Geschichte protestierten, war nämlich Schluss mit lustig gewesen.

Sie wurden durch Medien und Politiker als *Stasi-Pöbel*, *Stasi-Horden*, *unbelehrbare Ewiggestrige*, *Menschen „ohne Unrechtsbewusstsein“*, *straff organisierte „Stasi-Schergen“*, *Mörder*, *Folterknechte* beschimpft und mit *Holocaust-Leugnern* oder *KZ-Aufsehern* verglichen. Selbst Theo Koll, Moderator der ZDF-Sendung *Frontal*, ließ sich vor der Kamera zu der hasserfüllten Bemerkung hinreißen: „Sie sitzen auf ihren fetten Renten!“ Was nun angesichts der

staatlich verhängten, erheblichen Kürzung der Altersbezüge für ehemalige Angehörigen des MfS (siehe auch LN 1/06) wie eine Verhöhnung klingt.

Die ganze Kampagne, Ellen Brombacher von der PDS sprach mit Recht vom Entfachen einer Pogromstimmung, hängt natürlich, genauso wie der Köhlerbesuch, mit der heftigen öffentlichen Diskussion darüber zusammen, ob die Praxis der Überprüfung von Bewerbern und Mitarbeitern im Öffentlichen Dienst auf Tätigkeit für das MfS, die am 31. 12. 2006 nach Gesetz enden sollte, weitergeführt wird. Auf Entscheidungsträger und Abgeordnete wurde Druck im Sinne der Fortsetzung der Überprüfungspraxis ausgeübt.

Das Gesetz wurde dann auch in etwas veränderter Form am 30. 11. 06 durch den Bundestag für fünf Jahre verlängert. Am gleichen Tag wurde übrigens, welches ein Zufall, die „empörende“

Als frühere Mitarbeiter des MfS am 14. März 2006 in einer Podiumsdiskussion über die „Gedenkstätte“ in Hohenschönhausen gegen die Verfälschung der Geschichte protestierten, war nämlich Schluss mit lustig gewesen.

Entdeckung gemacht, dass in der BIRTHLER-Behörde mit Duldung der Leitung noch zirka 50 Personen arbeiten, die „stasibelastet“ sind. Donnerwetter!

Die Sache ist natürlich etwas komplexer. Die Bewertung der DDR stützt sich seit langem hauptsächlich auf die verleumderische Darstellung der Tätigkeit des MfS. Mit dem Begriff Spitzeltätigkeit läßt sich Hass am besten ankurbeln. Generell

ist es gelungen, alle Angehörigen des ehemaligen MfS unterschiedslos gesellschaftlich auszugrenzen und zu Prügelknaben der Nation zu machen. Gerechtigkeit, die im Grunde genommen beinhaltet, jedermann fair und moralisch angemessen zu behandeln, wird es auch in dieser Ordnung, die von sich realitätswidrig behauptet, sie sei ein Rechtsstaat, für diese Personengruppe nicht geben. Es ist dieses ein besonders markanter Ausdruck des Hasses der Herrschenden und der ihnen dienenden Schreibhalse auf den Sozialismus. Insofern ist es wichtig, dass Zeitzeugen aus dem MfS diesen nicht das Feld überlassen. Nach den Protesten ehemaliger MfS-Mitarbeiter hat das Thema „Stasi“ in Presse und vor allem im Fernsehen wieder rasant an Fahrt gewonnen. Der Frust der Menschen soll auf den seit Jahren auserkorenen Sündenbock abgeladen werden. Doch die Ablenkung von den wahren Problemen kann ebenso wie die Überzeichnung des Terrorismus nicht verdecken, dass sich im kapitalistischen Deutschland einiges zusammenbraut.

Bestimmte Kräfte sähen Horst Köhler übrigens auch gern als „Opfer“. Der *Spiegel* meldete

am 27. 11. 06, dass der „heutige Bundespräsident“, als er noch im Bonner Finanzministerium tätig war, „jahrelang“ vom – man beachte die korrekte Namensnennung – Ministerium für Staatssicherheit „bespitzelt“ worden wäre. Das stellte sich zwar später als Ente heraus, aber dementiert wurde es durch das Magazin nicht. Gerechtigkeit zu schaffen, braucht eben einen langen Atem.

• MANFRED BOLS

Überwachungsstaat mit Tradition Seinerzeit Millionen Postsendungen aus der DDR bespitzelt

seither von mehr als 6000 Bundesbürgern unterstützt, unter ihnen der Bielefelder Rechtsprofessor Christoph Gusy, der Präsident der Internationalen Liga für Menschenrechte, Rolf Gössner, der Europaabgeordnete Tobias Pflüger, die Bundestagsabgeordnete Silke Stokar und die Bremer Strafrechtsprofessorin Edda Weßlau. Das Bundesjustizministerium fordert Telekommunikationsanbieter auf, demnächst monatelang zu speichern, wer mit wem per Telefon, Handy oder E-Mail in Verbindung stand. Bei Handy-Telefonaten und SMS soll zudem der Standort des Benutzers festgehalten werden; anonyme E-Mail-Konten und Anonymisierungsdienste sollen verboten werden. Wie die Beschwerdeführer erklären, können so Bewegungsprofile erstellt, geschäftliche Kontakte rekonstruiert und Freundschaftsbeziehungen identifi-

ziert werden. Rückschlüsse auf den Inhalt der Kommunikation, auf persönliche Interessen und die Lebenssituation der Kommunizierenden seien möglich. Die Folge: Informanten, Ratsuchende oder Hilfsbedürftige könnten nunmehr davor zurückschrecken, sich an Journalisten, Anwälte oder Beratungsstellen zu wenden. Wesentliche Grund- und Bürgerrechte wie der Informantenschutz, das Anwalts- und Arztgeheimnis würden also unterlaufen. Bereits jetzt wird der Postverkehr der Bundesbürger flächendeckend kontrolliert. Das „Gesetz zur Überwachung strafrechtlicher und anderer Verbringungsverbote“ vom 24. Mai 1961 schränkt das von der deutschen Verfassung garantierte Brief- und Postgeheimnis ein. Die Gültigkeit des Gesetzes wurde vom deutschen Parlament im Dezember 2001 einstimmig bestätigt –

aber schon viel früher zu reicher Spitzeltätigkeit genutzt

Bekannt sind Zahlen aus den 1960er Jahren, die das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil zur Postkontrolle 1969 veröffentlichte. Damals richtete sich die Überwachungsmaßnahme vornehmlich gegen die Deutsche Demokratische Republik: „Es sind Millionen von Schriften eingezogen worden, deren größerer Teil in der DDR hergestellt wurde, neben Broschüren und Zeitschriften auch Zeitungen. Im Januar 1966 wurden von etwa 548 000 untersuchten Schriften etwa 538 000 zurückgehalten. Im Januar 1967 waren es von etwa 402 000 untersuchten Briefen etwa 392 000 Briefe, die zurückgehalten wurden.“ An der Postkontrolle beteiligt waren zu dieser Zeit neben Zollämtern und Staatsanwaltschaften auch die von der Bundeswehr aufgestellten Einheiten für „Psychologische Kampfführung“ (PSK), wie der ehemalige PSK-Offizier Thomas Mielke dem RBB mitteilte. Nach wie vor in die Postkontrolle involviert ist das Bundesamt für Verfassungsschutz.

„Ich war ein Nichts ...“

Lebensbekenntnisse vor 13 Jahren bei viel Kaffee und nicht verspeistem Kuchen

Am 30. Juni 1993 klingelte ich pünktlich 15.00 Uhr unweit des Alexanderplatzes bei einem Mann, vor dem ich als Kind Angst hatte: Erwin Geschonneck. Gleich würde mir der „Holländer-Michel“ die Tür öffnen. Es erschien aber der „Lord vom Alexanderplatz“, und der lächelte so freundlich, als würden wir uns schon sehr lange kennen. „Komm`se rein junger Mann!“ Zwei Stunden hatte „Karbid-Kalle“ Zeit für ein umfängliches Radio-Interview. Wie bereitet man sich auf ein Gespräch mit einem berühmten Schauspieler vor, der noch dazu fast doppelt so alt ist, wie man selbst? Seine Filme nahezu alle gesehen, und die frisch gedruckten Memoiren „Meine unruhigen Jahre“ gerade gelesen. Und trotzdem kam alles zunächst ein wenig anders, denn Erwin Geschonneck war damals wütend. Die abfällige Äußerung von Volker Schlöndorff, „dass der Name DEFA nicht gut riecht“, traf den Mann, der zwischen 1948 und 1990 dort Filmgeschichte mitgeschrieben hatte ins Mark. Geschonneck machte diese Arroganz wütend, mit der platt und mies abgeurteilt wurde. „Das wird sich in puncto DEFA wieder ändern“, mutmaßte der lebenserfahrende Mann.

Ich stellte mein Tonbandgerät an, trank den vom „Oberst Ebershagen“ gebrauten Kaffee und tastete mich zu den Lebensdaten vor: „Ich war ein Nichts und kam aus dem ersten Lebensjahre. Aufgewachsen in der Ackerstraße, einem alten Berliner Elendsviertel. Der Sohn des Flickschusters aus der Nummer 6/7 wurde Bankbote, Liftboy und Hilfsarbeiter; er



Eine Filmlegende wird am 27. Dezember 100 Jahre

betonierte Straßen und schleppte Steine. „Und ich sagte mitunter sehr laut, was ich dachte und landete bald in der Agitationsgruppe meiner Partei, der KPD.“ 1932 drehte Slatan Dudow den berühmten Proletarier-Film „Kuhle Wampe“. Geschonneck sang damals im Massenorchester der Fichtesportler mit und kam so auch vor die Filmkamera Dudows. Ein Jahr später fahndeten SA-Schlägertrupps nach dem „roten Agitator.“ Der emigrierte quer durch Europa über Polen und die Sowjetunion in die Tschechoslowakei. Im März 1939 verhaftete ihn dort die Gestapo. Internierungen in Sachsenhausen, Dachau und Neuengamme folgten.

Im Sommer 1943 spielen im Konzentrationslager Dachau Häftlinge vor ihren Kameraden

und der Lager-SS Theater. „Die Blutnacht auf dem Schreckenstein oder Ritter Adolars Brautfahrt und ihr grausiges Ende“ ist eine Parodie auf Ritter- und Gespensterstücke, die das Genre als Tarnung verwendet. Die es spielen und die Häftlinge, die es sehen, lachen über die Geschehnisse auf der primitiven Bretterbühne. Und der „Regisseur“ Geschonneck wagte sogar eine lebensgefährliche Hitler-Verulung. „Lachen im KZ?“, frage ich etwas verunsichert. „Na, klar! Lachen hilft beim Überleben!“ Vor den anrückenden Briten wird der Häftling Geschonneck aus Hamburg-Neuengamme durch die SS auf das Häftlingsschiff „Cap Arkona“ verschleppt. Das Bombardement am 3. Mai 1945 überlebt er nur knapp. Dann holte ihn die Hamburger Theaterleiterin Ida Ehre

an ihr Haus, und es gibt erste Filmnebenrollen: „In jenen Tagen“, „Liebe 47“ und „Hafemelodie“. „Und keine Schauspielschule?“ werfe ich ein. „Ich habe keine Schauspielschule besucht und halte auch nicht allzu viel davon“. Den Satz lässt er so aber nicht stehen, korrigiert sich etwas und meint: „Für meine Wege zum Theater zu kommen, hat es sich nicht ergeben und dann war ich ja auch nicht mehr der Allerjüngste.“ Auch ohne Schule engagiert ihn Bertolt Brecht für das Berliner Ensemble.

Geschonneck war, nein, bleibt eines der prägendsten und bekanntesten Gesichter der DEFA und des DDR-Fernsehens. Wer da ein wenig Nachhilfe braucht, schaue in diversen Lexika nach und die zahlreichen Filmtitel werden zu Bildern, Szenen und vertrauten Erinnerungen. Kein Künstler kann wirken ohne Publikum. Auch als 90-Jähriger trat er noch vor die Kamera und würde gern weiter spielen, wenn die Gesundheit es zuließe. Und als er vor einigen Jahren aus der Hand des CDU-Innenministers den deutschen Filmpreis für sein Lebenswerk erhielt prägte sich der damalige „Unbekannte aus dem Osten“ – das war er tatsächlich immer noch für einige – mit seiner kurzen Rede nachhaltig ein. Er bedankte sich als Künstler und als Kommunist. Ein scheinbar völlig unzeitgemäßes Bekenntnis?

Als ich damals 1993 von Berlin nach Leipzig zurückfuhr, knurrte mir der Magen. Das angeregte Gespräch hatte mich den bereitgestellten Kuchen zum Kaffee völlig übersehen lassen.

• MICHAEL ZOCK

Der Mensch wird nicht als Held geboren.

Manchmal weiß er nicht weiter, rafft sich auf, strauchelt erneut, glaubt, es geht nicht weiter, verzweifelt. Und es geht doch weiter. Indem er Widerstände körperlich und geistig überwindet, wird er stärker.

Erwin Geschonneck in „Meine unruhigen Jahre“



„Wen tsui“ – wünschen die alten Chinesen bei solchen Gelegenheiten: „Zehntausend Jahre.“

Einer von vielen Glückwünschen zum 80. in der Zeitschrift: FILM UND FERNSEHEN (1986)

Erwin Geschonneck, der Publikum und Kritik schon oft zu Lobeshymnen hinriss, hat in der Rolle des Friseurs Kowalski seine Laufbahn gekrönt.

KINO-EULE zu

„Jakob der Lügner“ (1975)

Als gewitzter und listenreicher Karbid-Kalle absolvierte er in „Karbid und Sauerampfer“ die turbulenten und komischen Abenteuer eines modernen Odysseus ...

Wolfgang Carle in dem Buch SCHAUSPIELER (1970)

Du hast darüber gewacht – mit Bruno Apitz gemeinsam – dass wir Jungen, die den Faschismus nur als Kinder erlebt hatten, keine Sentimentalität in den Stoff hineinbrachten.

Erinnerungen des Regisseurs Frank Beyer an die gemeinsamen Drehtage von „Nackt unter Wölfen“ (1963)

Für den weithin bekannten Geschonneck brachte die Rolle des Oberst Ebershagen einen besonderen Erfolg. Durch seine Darstellung eines Wehrmachtsoffiziers wurde vielen ihre eigene widerspruchsvolle Haltung während des Zweiten Weltkrieges bewusst.

Regisseur Günter Reisch über „Gewissen in Aufruhr“ (1962)

Die DEFA ordnete ihn jahrelang ins Fach der zwielichtigen Charaktere und negativen Helden ein. Das begann mit „Das kalte Herz“ sowie „Das Beil von Wandsbeck“ und endete mit dem „Hauptmann von Köln“.

UNSERE FILMSTERNE Magazin der Jugend (1959)

Lieber Geschi, dass Du als Puntila wunderbar bist, weißt du ja. Trotzdem bitte etwas mehr Tempo! Bertolt Brecht an seinen Hauptdarsteller (1952)

PS

Eine weitere Kino-Ikone des 20. Jahrhunderts wurde am 27. Dezember geboren, vor genau 105 Jahren in Berlin:

Marlene Dietrich

Sie starb 1992 in ihrer Pariser Wohnung.

1963 drehte sie ihren letzten großen Film: Das Urteil von Nürnberg.

Lebensgeschichten aus Russland und Deutschland, von Schülern berichtet

Wieder hat die Körber-Stiftung gemeinsam mit der russischen Menschenrechtsorganisation *Memorial* preisgekrönte Schülerarbeiten publiziert, 16 an der Zahl, die über russische und deutsche Einzelschicksale in historischen Konfliktsituationen berichten. Neu ist die Einbeziehung von deutschen Arbeiten aus dem Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten. Das Bemerkenswerte an diesem Vorhaben ist, wie schon bei der Besprechung des vorhergehenden Bandes „Russlands Gedächtnis“ dargestellt (2003, siehe LN vom 19. 3. 2003), dass Jugendliche das Leben einfacher Menschen an Knotenpunkten der Geschichte beider Länder erforschen: so das Schicksal der Deutschen in Russland in der Stalinzeit und danach, das Leben unter deutscher Okkupation, die Stellung der Bevölkerung zu den deutschen Kriegsgefangenen, das Schicksal der Ostarbeiter in Deutschland usw. Die meisten Berichte machen die emotionale Betroffenheit der Verfasser deutlich, zeigen aber auch, wie schwer es ihnen fällt, sich zunächst überhaupt ein allgemeines Bild über historische Zusammenhänge und die komplizierten deutsch-russischen Beziehungen zu machen. Hinter diesem Selbstverständigungsprozess tritt der unmittelbare

mündliche Bericht der Interviewten gelegentlich zurück. Noch immer fällt es den heutigen Großeltern offenbar schwer, sich über ihre Erlebnisse bis in alle, oft schrecklichen Einzelheiten zu offenbaren. Mit Interesse wird man eine Arbeit über die deutschen Offiziere in Jelabuga lesen (zumal ja seinerzeit Otto Rühle im Verlag der Nation mit „Genesung in Jelabuga“ ein viel gelesenes Buch verfasst hat)), auch über die Deutschen in Transkaukasien sowie über das Leben der deutschen Raketenpezialisten im nordrussischen Gorodomlja nach dem Zweiten Weltkrieg weiß man hierzulande wenig. Leider erklärt die Herausgeberin noch einmal in oberlehrerhafter Weise jeden einzelnen Beitrag. Und ob Wolfgang Büschers im Geleitwort geäußerte These vom permanenten „75-jährigen deutsch-russischen Krieg“, so griffig das klingen mag, wirklich stimmt, ist sehr zu bezweifeln, zumal für ihn die DDR nicht stattfindet.

• **E. HEXELSCHNEIDER**
Irina Scherbakowa (Hrsg.): Unruhige Zeiten. Lebensgeschichten aus Russland und Deutschland. Mit einem Vorwort von Wolfgang Büscher. edition Körber-Stiftung, Hamburg 2006. 319 S., 14,00 Euro.

Gisela Steineckerts Episodenroman enthält fast alles, was die aufgewühlte Seele gegenwärtig begehrt: jene postfeministischen Einsichten, die in ihrer Radikalität seit Judith Butler und deren deutscher Entgegnung, Alice Schwarzer, helfen können, weibliche Lebenswürfe leidlich umsetzbar erscheinen zu lassen. Was das Glück sei, was zu tun und besser zu ertragen und dem Chaos ein Sinn abzugewinnen sei. Von der Liebe, der Freundschaft, dem Trost noch so kleiner Alltagsbegebenheiten und dem Wissen um die Endlichkeit des Lebens.

Alles Kostbarkeiten – und in Steineckerts Schilderungen oft ironisch durchdrungen, da zugleich voller Verweise auf die Allgegenwärtigkeit einer entzauberten Welt. Doch ihre Absicht ist es nicht, jemanden auf literarischem Wege zur Verantwortung zu ziehen, und schon gar nicht sich selbst. Es genügt ihr, sich in einer ihrem Roman angemessenen Kurzweiligkeit als schuldbeladene und verlorene Seele erkennen zu

Wolfgang Schreyer, Jahrgang 1927, hat seit 1954 zeitgeschichtliche Romane geschrieben. Spannung pur ist sein Markenzeichen. Und da er seine Stoffe der Wirklichkeit entnimmt, sind auch seine Akteure nicht gepilchert oder nach dem Muster „Gut-Böse“ gestrickt, es sind echte Menschen in konkreter Situation unter Extrembedingungen. Womit er nachweist, dass die Wirklichkeit spannender und krimineller ist als jeder erdachte Krimi.

Nicht Sympathieträgerin - Identifikationsobjekt schon gar nicht

geben. Sie tut es mit den Mitteln der Einfühlung und einer detailversessenen Genauigkeit, die man nicht mit Selbstmitleid verwechseln sollte. „Damals war ich sehr jung und hatte mich in eine Ecke ohne Tür gebracht. Weder besaß ich ausreichend die Kraft des Verstandes, noch den Aberwitz spontanen Handelns, außerdem tat mir niemand Böses. Als säße ich im engen Käfig, so fühlte ich mich (...) und die Freunde standen alle auf der Seite dessen, der mir nichts Schlimmeres tat, als nicht geliebt zu werden.“

Damit ist sie kaum Sympathieträgerin und Identifikationsobjekt schon gar nicht. Sie ist ein Alltagsmensch, rückblickend auf ein Leben, in dem es Hass gegeben hat und vermutlich irgendwie auch Liebe. Es hat auch Freundschaft gegeben und Lust

am Schreiben, Auszeichnungen dafür. Doch davon erfahren wir nichts Genaues. Sie setzt ein mit: „So ein schöner, schlampiger Sommer“ und schließt mit „Wie ich ihn an die Oliven verlor“. Selbst der wohlmeinende Leser hat es an solchen Stellen schwer, ihren Erlebnissen eine andere als die offensichtliche Lesart abzugewinnen. Die Kunst der Verknappung beherrscht sie virtuos: Anstatt Geschichten zu erzählen, übermittelt sie Eindrücke, Gerüche, Anblicke, körperliche Empfindungen – und Gespräche. Des Volkes Stimme im so genannten deutschen Herbstklang dabei selten so grausam authentisch.

• **SYLVIA WOHLFELD**
Gisela Steineckert: Die blödesten Augenblicke meines Lebens. Verlag Neues Leben, Berlin 2006. 223 S., 19,90 Euro

Krimineller als jeder erdachte Krimi

Der Mitautor, mit dem er erstmalig mit diesem Buch in die Öffentlichkeit tritt, ist sein 50 Jahre jüngerer Sohn, dem das Verdienst zukommt, auf Grundlage eines mehrjährigen umfangreichen Literaturstudiums Hinter-

grundwissen und viele Details nicht nur zum 11. September, sondern zur US-Politik seit Pearl Harbour akribisch zusammengetragen zu haben. Das Ergebnis ist ein atemberaubendes Buch über die zahllosen Rätsel, die der 11. September aufgab.

• **H. SÄNGER**
Wolfgang & Paul Schreyer: Die Legende. Was am 11. September geschah. Roman. Das Neue Berlin 2006. 302 S., 14,90 Euro

Nunmehr zum vierten mal in Folge hat der Leipziger Lehmann-Verlag seinen historischen Kalender vorgelegt, der sowohl Taschenkalender als auch Stadtchronik, Lesebuch und Nachschlagewerk ist. Dazu tragen neben den rund 700 genannten runden bzw. halbrunden Jubiläen der Stadtgeschichte vor allem 26 essayartige Kalenderblätter bei.

Die personengeschichtlichen Beiträge behandeln den Musikverleger Friedrich Hofmeister, den Zeitschriftengründer und Philosoph Otto Menke, den Künstler von Weltruf Max Klinger, den namhaften Germanist Hans Mayer, den Nobelpreisträger Wilhelm Ostwald, den ver-

dienstvollen Stadtbaurat Hubert Ritter, den bekannten Verleger Anton Philipp Reclam, den Gewandhauskapellmeister Kurt Masur, den Begründer der Experimentalpsychologie Wilhelm Wundt, den Nestor der Herzchirurgie Martin Herbst, den Bildhauer Carl Seffner, den Märtyrer der deutschen Demokratie Robert Blum, den ev. Studentenfarrer Siegfried Schmutzler, den Physiker Robert Döpel,

den Markgraf Dietrich von Wettin und den Rauchwarenhändler und Stifter Chaim Eitingon.

An stadthistorische Ereignisse erinnern solche Essays, um nur einige zu nennen, wie: Die Eröffnung des Studentenclubs Moritzbastei am 2. Februar 1882, die des neuen Schauspielhauses am 1. März 1957, die der neuen Kleinmesse vor 100 Jahren am 7. April, die des gemein-

samen Flughafens von Halle und Leipzig in Schkeuditz am 27. April 1927, die Einweihung des Thüringer Bahnhofes vor 150 Jahren am 11. Juli und die Gründung des Edeka Waren-Einkaufvereins Leipziger Kaufleute vor 100 Jahren am 21. Oktober, Bewährte Autoren verbürgen für inhaltliche Solidität und sprachliche Gediegenheit. Der neue Kalender ist wiederum für Jung und Alt bestens zu empfehlen.

• **KURT SCHNEIDER**
Leipziger historischer Kalender 2007. Lehmann Verlag, Leipzig 2006. 224 Seiten, 50 Abb., Festeinband. 9,90 Euro

Leipziger historischer Kalender 2007

Es ist durchaus zukunftsbestimmt, wenn Erik Eberhard von der Wiener „Arbeitsgruppe Marxismus“ die Nachkriegsgeschichte Griechenlands vorrangig unter dem Gesichtspunkt der durch die Führung der Linken zu verantwortenden verpassten Chancen betrachtet. So hätte seinem Verständnis nach beispielsweise die nationale Konferenz vom 26. Dezember 1944 in Athen (die Stadt war bereits seit dem 14. Oktober befreit) eine Wende bringen können. Churchill, Eden, führende Militärs und Premierminister Papandreu tagten im Hotel Grande Bretagne, mitten im Zentrum der griechischen Hauptstadt. Eine radikale Gruppe der Volksbefreiungsarmee hatte das Gebäude untünnelt und mit soviel Dynamit vollgestopft, dass durch eine spektakuläre Aktion die geplante reaktionäre Nachkriegsordnung hätte abgewendet werden können. Aber: die KP-Führung habe die Durchführung der Aktion untersagt. Geschah das zu Unrecht? Zweifelloser wäre ja wohl Moskau als Verursacher dieses Coups ins Visier geraten zu einem Zeitpunkt, als Hitlerdeutschland noch nicht bezwungen und Atombomben – auf Japan – noch nicht gefallen waren. Somit bleibt vom Athener Dezember 1944 in belastender Erinnerung, dass kampferfahrene und gut ausgerüstete britische Soldaten (unterstützt von rechten griechischen Verbänden) unter Einsatz von Panzern und der Royal Air Force die

Über Griechenlands Linke

Massendemonstrationen zur Etablierung einer Volksregierung niederschlugen, weil stets – so E. Eberhard – „die Bourgeoisie alle Register zur Verteidigung ihrer Klassenherrschaft zieht und nur so lange demokratisch ist, wie die ‚Demokratie‘ ihre Herrschaft sichert“.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass in Griechenland nach dem Krieg an sich günstige Bedingungen für eine freie demokratische Entwicklung bestanden haben. Und dennoch sei in diesem Zusammenhang auf Mikis Theodorakis verwiesen, der (in einem Gespräch mit dem früheren Leipziger Germanistikstu-

denten Asteris Kutulas im Januar 1990) illusionslos feststellt: „Das Tragische ist, dass wir unterm Strich eigentlich froh sein müssen, den Bürgerkrieg verloren zu haben. Denn stell dir vor, was unsere ‚Genossen‘ aus Griechenland gemacht hätten! Wir hätten womöglich das ‚bulgarische Modell‘ oder gar ‚rumänische Verhältnisse‘ gehabt.“ Ein unendlicher, deprimierender Diskussionsstoff. Aber wenn das Buch gelesen wird, um über alten Streit und anhaltende Zerstrittenheit hinweg heute zu konstruktivem Miteinander unter Gutwilligen zu finden, erfüllt es eine wichtige Aufgabe.

• **HORST MÖLLER**

Erik Eberhard: Revolution und Konterrevolution in Griechenland. Wien 2005. 590 S., 18 Euro

Brechts Kinderbuch

Es ist schon einige Zeit her, da wurde doch in einer hiesigen Tageszeitung tatsächlich ein Mann regelrecht gefeiert, weil er für seine Kinder in der DDR eigene Kinderbücher schrieb, die nun, in der Freiheit, endlich verlegt werden konnten. Schön. Wäre da nur nicht der Grund für seine Schreibe: *In der DDR gab es ja nichts, was man Kindern anbieten konnte.*

Man würde sich auf das Niveau dieses Mannes begeben, käme man ihm jetzt mit ganz anderen verlegerischen Tatsachen. Und, wahrscheinlich verbohrt, wie er ist, wäre Brechts Kinderbuch – erstmals erschienen 1965 beim Kinderbuchverlag der DDR – für ihn wirklich ein Greuel: so viel Politik; allein diese Kinderhymne „Anmut sparet nicht



noch Mühe/Leidenschaft nicht noch Verstand/Daß ein gutes Deutschland blühe/wie ein andres gutes Land ...“ Oder gar das „Lob des Kommunismus“. Armer Mann.

Aber zum Glück gibt es auch aufgeschlosseneren Eltern. Und die dürfen sich freuen, dass dieses Lesebuch dem Vergessen entrissen wurde und beim Aufbau-Verlag neu herausgekommen ist. Wieder wunderbar phantasievoll illustriert von Elizabeth Shaw.

Diese Textauswahl mit absurden Geschichten, frechen Liedern, Gedichten, Erzählungsausschnitten ist einfach fabelhaft und ein Schatz für jedes Kinderzimmer. Wobei Eltern und Großeltern sich ebenso festlesen werden. Allein diese Geschichte vom Herrn K, dessen Wirtintochter ihn fragte „Wenn die Haifische Menschen wären, wären sie dann netter zu den kleinen Fischen?“ ersetzt ganze Lehrbücher. • M. W.

Bertolt Brecht. Ein Kinderbuch. Aufbau Verlag, 2006. 237 S., 16,90 Euro



Anzeige

Abgehoben, realitätsfremd

Eindrücke beim Lesen der Schröderschen Erinnerungen

Gegenwärtig scheint es für manche deutsche Medien nichts Aufregenderes zu geben als Schröders Erinnerungen. *Bild* und *Spiegel* veröffentlichten Vorabdrucke, der Ex-Kanzler ist auf großer Tournee, kaum eine Talk-Show, die ihn nicht einlädt. Das erste Buchexemplar erhielt Kai Dieckmann, der *Bild*-Chefredakteur. Eine renommierte Zeitung lobte: „Die beste PR-Kampagne seit Harry Potter“. Das alles ist bemerkenswert genug, um zu fragen: Warum diese organisierte Aufmerksamkeit?

Dazu gesellen sich Fakten: Kein früherer Kanzler hat seine Memoiren so schnell geschrieben. Keiner hat schon vorher verkündet, dass er beim Verkauf Rekordzahlen brechen will. (Lafontaines 310 000 für „Das Herz schlägt links“ sind zu übertreffen.) Einen Historiker reizen Vergleiche, zuerst mit dem Eisernen Kanzler. Nachdem Otto von Bismarck Anfang 1890 vom jungen Kaiser Wilhelm II. in Ungnade entlassen worden war, begann er im Oktober 1890 Lothar Bucher, einem 48er und späteren Diplomaten, seine Erinnerungen zu diktieren. Bucher vermerkte über Bismarcks Erinnerungen: „Bei nichts, was misslungen ist, will er beteiligt gewesen sein, und niemand lässt er neben sich gelten.“

Bismarck hat bis zu seinem Tode am Text gefeilt, der literarisch eine Meisterleistung ist.

Der erste der drei Bände erschien im November 1898, der dritte – die Abrechnung mit dem Kaiser – gar erst 1921, als Wilhelm II. schon im holländischen Exil lebte. Bismarcks Memoiren waren (wie die Churchills) anspruchsvolle Literatur.

Konrad Adenauer hat Jahre, viele Mitarbeiter und acht Bände gebraucht, um seine Sicht auf die Geschichte darzustellen.

Erst 2005 veröffentlichte der Vorgänger Schröders, Helmut Kohl, den zweiten Band seiner Erinnerungen, die die Jahre 1982-1990 umfassen.

Den meisten Memoiren von Politikern ist gemeinsam, dass sie ihre Politik nachträglich glorifizieren und die Gelegenheit nutzen, um mit den Gegnern abzurechnen. Was die Gegner anbetrifft, sind es bei Schröder vor allem Lafontaine und Gewerkschaftsführer. Was seine Glanztat betrifft, sieht er sich selbst als deutscher Friedensbewahrer im Irakkrieg. Seine persönliche Schuld als Kanzler der rotgrünen Koalition an der Aggression gegen Jugoslawien vernebelt er hinter Triaden gegen Milosewitz.

Einen Sachsen interessiert natürlich, wie er den „Aufschwung Ost“ wertet und auf die DDR-Geschichte blickt. Prüfe jeder Dresdner und Leipziger selbst, wie kläglich das Ergebnis ist. Dresden nennt er im Zusam-

menhang mit dem Wahlkampf 2002, wo er vor 8000 Dresdnern sprach. Von den DDR-Politikern nennt er Walter Ulbricht, weil der ein freies Aufmarschgelände in Berlin gebraucht habe. Der Palast der Republik sei ein „architektonischer Fehltritt“ gewesen, ein „Koloss“, für Schröder „unziemlich und grob“. Schröder hat in Warschau einen Kranz niedergelegt und an die berühmte Geste Willy Brandts erinnert, er war auf dem Soldatenfriedhof in St. Petersburg. Er schwärmt von Putin. Aber weiß er etwas über die Vorleistungen der DDR für die Versöhnung mit den osteuropäischen Nachbarn? Wer findet eine Bemerkung über negative Folgen der „Wiedervereinigung“ in Ostdeutschland, z. B. über das verhängnisvolle Wirken der Gauck-Behörde?

Die Ostdeutschen existieren für Schröder nur in einer Episode, beim Elbehochwasser im August 2002, das Schröder im Wahlkampf nutzte (ein Foto zeigt ihn mit Milbradt).

Ein abgehobener Politiker, realitätsfremd, der bekundet: „Aufgeschrieben habe ich, was mir für wichtig schien“.

• HORST SCHNEIDER, DRESDEN

Gerhard Schröder: Entscheidungen. Mein Leben in der Politik. Hoffmann und Campe. Hamburg 2006, 512 Seiten, 25 Euro



WOLFGANG BITTNER, gelegentlich auch Autor für LN, ist ein passionierter Weltanschauer und ein unermüdlich Lesender. Und an beidem lässt uns der promovierte Jurist auch mit seinem neuesten Essay- und Vortragsband teilhaben. Weil er auf den Widerhall in der Erfahrung seiner Leser setzt, weil das Buch Menschen miteinander verbindet – weil er eine gerechtere Welt will. So entführt er den Leser in seine Kanada-Abenteuer ebenso wie in die Welt der Abenteuerliteratur, sinniert er über Lesekultur und hat eine schlesische Botschaft parat. Ein schmaler Band, der reich macht. • MX

Wolfgang Bittner. Schreiben, Lesen, Reisen. Essays und Vorträge. Athena-Verlag, Oberhausen 2006. brosch. 113 S.

Rosa Luxemburg

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG
SACHSEN e.V.

Seminarangebot

Parteibildungsprozesse in der deutschen Arbeiterbewegung

Ein neuer Parteibildungsprozess befindet sich in Deutschland auf dem Weg

Die aktuellen Prozesse der Entwicklung der Linken in Deutschland drängen zu Fragen an die Geschichte. Die Herausbildung und Entwicklung der Arbeiterbewegung, der deutschen wie der internationalen, war immer ein Prozess der Formierung, der Brüche und Spaltungen, der Neukonstituierung.

Es war immer ein mühsamer und widerspruchsvoller Prozess. Es ist nützlich, einen Blick auf die Geschichte dieses Prozesses zu werfen und dabei nicht nur das 20. und 21. Jahrhundert ins Auge zu fassen.

Das einzig sichere Wissen über die Zukunft ist unsere Kenntnis der Vergangenheit, so relativ sie sein mag.

Die Seminare finden in Leipzig statt und dauern jeweils von 10 bis 14 Uhr. Selbstverständlich ist auch die Teilnahme an einzelnen Seminaren möglich. Wegen der Begrenzung der Teilnehmerzahl auf 20 ist eine Anmeldung erforderlich (die Reihenfolge des Eingangs der Anmeldung entscheidet über die Berücksichtigung).

THEMEN UND TERMINE

I Auf der Suche nach einer effektiven Organisationsform · PROF. DR. WOLFGANG SCHRÖDER · 20. Januar 2007

II Einheit und Vielfalt der proletarisch-sozialistischen Parteibildung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts · PROF. DR. JUTTA SEIDEL · 10. Februar 2007

III Der politisch-ideologische Differenzierungsprozess in der deutschen Arbeiterbewegung während des Ersten Weltkrieges und seine organisatorischen Auswirkungen. PROF. DR. KURT SCHNEIDER · 17. März 2007

IV Der deutsche Parteikommunismus – Konstituierung, Brüche, Spaltungen im Parteibildungsprozess · PROF. DR. KLAUS KINNER · 28. April 2007

V Die Gründung der SED. Ein Fazit mit dem Abstand von sechs Jahrzehnten · PROF. DR. GÜNTER BENSER · 19. Mai 2007

VI Schon wieder eine Einheit, aber anders?

60 Jahre nach der letzten Einheitspartei · DR. STEFAN BOLLINGER · 9. Juni 2007

Tagungsort

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.
Harkortstraße 10 · 04103 Leipzig

Tagungsbeitrag

Pro Seminar wird ein Teilnehmerbeitrag von 5 € erhoben.

Teilnahmebestätigung

Die angemeldeten Teilnehmer erhalten eine Bestätigung und weitere Informationen.

Seminargrundlage ist die Publikation: Parteibildungsprozesse in der deutschen Arbeiterbewegung. Hrsg. von Klaus Kinner. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2006 (Texte zur politischen Bildung. H. 36). 123 S.

Kostenbeitrag: 7 Euro, Mitglieder der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 5 Euro. Nach Eingang Ihrer Teilnahmebestätigung senden wir sie Ihnen zu (Preis 5 Euro, mit Rechnung). Sollten Sie bereits im Besitz der Broschüre sein, vermerken Sie dies bitte auf der Teilnahmebestätigung.

Anmeldung (jeweils einen Monat vor dem Seminartermin) unter

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.
Harkortstraße 10 · 04107 Leipzig

Tel: 0341 9608531

Fax: 0341 2125877

Rosa-Luxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de

Es war ein Jahr der Gedenktage für drei überragende Komponisten: für Wolfgang Amadeus Mozart (250. Geburtstag), Robert Schumann (150. Todestag) und Dmitri Schostakowitsch (100. Geburtstag). Der Kalender legte nahe, die konzertanten Würdigungen Mozarts im ersten Halbjahr, die für die anderen Meister im zweiten zu gestalten.

Von **WERNER WOLF**

Für den Abschluss der Schumann-Ehrungen hatte das Gewandhaus Philippe Herreweghe mit seinem Orchester des Champs-Élysées eingeladen. Nach den von Riccardo Chailly mit dem Gewandhausorchester gespielten, für das heutige Instrumentarium durchaus im Sinne Schumanns geschaffenen Einrichtungen von Gustav verdeutlichte dieses Konzert mit Instrumenten der Schumann-Zeit, welche verschiedene Interpretationen möglich sind. Fraglos hat der Klang der Originalinstrumente, wenn er ihnen von Spezialisten wie Herreweghe entlockt wird, seinen besonderen Reiz. So gestaltete der Dirigent nach „Ouvverture, Scher-

zo und Finale“ und der „Frühlingsinfonie“ die oft unterschätzte „Rheinische“ besonders eindringlich und nachhaltig. Der Blechbläserklang dieser Instrumente

Ein denkwürdiges Musikjahr

und die Art, wie ihn Herreweghe modellierte, gab dem von Schumann als „feierlich“ bezeichneten vierten Satz einen bislang kaum so gehörten ergreifenden Ausdruck. Das lebenssprühende Finale erklang da-gegen mit beglückender Leichtigkeit.

Für das die Schostakowitsch-Ehrung beschließende Konzert verpflichtete das Gewandhaus den temperamentgeladenen dänischen Dirigenten Thomas Dausgaard. (Merkwürdig, dass Riccardo Chailly vom russischen Meister nur das erste Klavierkonzert und die zweite Jazz-Suite, aber keine Sinfonie dirigierte.) Dausgaard begann den Abend mit der ersten Sinfonie. Seine spürbare Freude an diesem Geniestreich des 19-jährigen Komponisten übertrug er mit herausfordernder Gestik auf das glänzend aufspielende Orchester.

Der noch junge Dirigent zeigte sich aber

auch der von Todesgedanken durchdrungenen letzten, der fünfzehnten Sinfonie gewachsen. Beim leichtfüßigen, wohl von Jugenderinnerungen geprägten ersten

Satz ließ er Beziehungen zur ersten Sinfonie aufblitzen, vermittelte aber auch, dass ernste Gedanken dahinter stecken. Dieses Schweben zwischen gelöstem und ernstem Musizieren kennzeichnete auch die Gestaltung des knappen dritten Satzes. Doch das tragische Geschehen im von schmerzlicher Klage erfüllten zweiten Satz und der sich erschütternd aufbauenden Passacaglia im Finale bestimmte letztlich dieses sinfonische Vermächtnis und wurde von Dausgaard und dem Orchester mit bezwingender Kraft erfüllt.

Wenige Tage vorher beendete das Gewandhaus-Quartett den Zyklus mit allen 15 Streichquartetten Schostakowitschs, an dem mehrere Ensembles des Hauses beteiligt waren. Wie die 15. Sinfonie erweist sich auch das letzte Streichquartett als ein Werk des Abschieds. Selbst die an zweiter Stelle stehende Serenade und das ihr folgende Intermez-

zo sind von ernsten Gedanken durchdrungen. In so konzentrierter Abfolge wurde zum Ereignis, welchen Reichtum der Komponist auch auf diesem Gebiet schuf. Während die Sinfonien einen musikalischen Makrokosmos bilden, sind die Streichquartette als kammermusikalischer Mikrokosmos zu verstehen.

Karl Amadeus Hartmann, der bedeutendste deutsche sinfonische Zeitgenosse Schostakowitschs, wird leider in Leipzig noch immer zu wenig beachtet. Im Vorjahr war zum 100. Geburtstag dieses großen Meisters keine einzige Sinfonie in Leipzig zu hören. Und die für das jüngste Rundfunkkonzert angekündigte „Zweite“ fiel der Erkrankung Fabio Luisis zum Opfer. Hartmann gehört unbedingt in ein Entdeckerkonzert. Immerhin war in besagtem Rundfunkkonzert wenigstens das ergreifende Concerto funebre mit der vorzüglichen Geigerin Arabella Steinbacher unter Leitung des kurzfristig gewonnenen, überlegen dirigierenden Spaniers Miguel Gomez Martinez zu erleben.

Jetzt bestimmen gut besuchte oder ausverkaufte Aufführungen des Bachschen Weihnachtsoratoriums das Leipziger Musikleben.

Kurz vor Schließung des Zuschauerraumes im Opernhaus wurde noch rasch Franz Lehárs unverwüstliche „Lustige Witwe“ mit der Hoffnung auf klingende Kassen in den Vorweihnachts- und ihm folgenden Silvestertrubel gehievt. Uneingeschränkt für diese Aufführung werben kann man dank der für die Titelpartie gewonnenen großartigen Gabriele Fontana, weiterer guter gesanglicher Leistungen und des unter Frank Beermann beschwingt musizierenden Gewandhausorchesters. Nicht nur das Lied vom Waldmägdelein singt die Fontana bezaubernd, vom Orchester ebenso bezaubernd begleitet. Sie lässt auch die Entwicklung dieser Frau erleben. Neben ihr überzeugen Robin Adams als Danilo, Ainhoa Garmendia als Valencienne, Tomasz Zagorski als Camille de Rossillon und Artur Korn als Mirko Zeta und weitere Sänger.

Doch die Regie Francisco Negrins sowie die Bühnengestaltung Rifail Ajdarpsics und Ariane Isabell Unfrieds fördern die Anziehungskraft des Stückes leider weniger. Da geht es nicht nur in den Dialogen holprig zu, die Negrin als Ausländer Torsten Duit überließ. Der wusste nämlich damit auch nicht viel anzufangen und hat wohl auch die für das gesprochene Wort

heikle Akustik des Opernhauses nicht bedacht. Zudem bekommt die streckenweise hektische Betriebsamkeit in Spiel und Tanz dem Stück nicht sonderlich und widerspricht der höchst einfallsreichen, walzseligen Musik Lehárs. Die Verlegung der Handlung von Paris in das pseudoparisische Hotel Paris mit nachge-

gehend von der szenischen und musikalischen Gestaltung ab. Und für die sind Künstler am Werk, die genau wissen, wie Lehár-Operetten gespielt werden müssen: der Regisseur Wolfgang Lachnitsch, der Dirigent Roland Seyffarth wie auch der die hier besprochene Aufführung leitende Co-Dirigent Stefan Diederich.

Wo die Geschichte ins Sentimentale umkippen könnte, schafft leichte Ironie Distanz. Dabei finden Mehrzad Montazeri als Paganini und Marion Costa als Anna Elisa auch im

Gesang stets den richtigen Tonfall, ebenfalls Kathrin Göring als Bella Giretti. Und immer wieder sorgen Paganinis kauziger Impassario (Karl Zugowski) oder der täppisch werbende Marchese Pimpinelli (Andreas Rainer) mit ihren echt komödiantischen Auftritten für Aufhellung. Der spielfreudige Chor (Einstudierung Wolfgang Horn) und das Ballett (Choreographie Mirko Mahr) tragen das Ihre zu diesem erheiternenden Theaterabend mit den Atmosphäre schaffenden Bühnenbildern von Bernd Franke und Kostümen von Imme Kachel bei. So wirkt die um gut 20 Minuten längere Aufführung des „Paganini“ kürzer als die der „Lustigen Witwe“.

• W. W.

Lehár doppelt gehört

stelltem Eiffelturm in Las Vegas bringt inhaltlich nichts Schlüssigeres als das Original. Schließlich wissen die Theaterbesucher von heute eh schon, dass es vor hundert Jahren in Paris genauso um die Millionen dieser famosen Witwe ging wie es nun in amerikanischen Las Vegas überzogen vorgeführt wird.

Zwei Wochen vor dieser amerikanisierten „Lustigen Witwe“ kehrte nach langer Pause eine andere Lehár-Operette in das Haus Dreilinden zurück: „Paganini“. Der Hauptlibrettist Paul Knepler stützte sich für diese empfindungsreiche Künstler- und Liebesgeschichte am Hofe der Fürstin Anna Elisa Bacciocchi zu Lucca durchaus auf manche Fakten. Ob das ins Rührselige abgeleitet, hängt weit-

Hilfe, die Globalinks!

ALS WEIHNACHTSÜBERRASCHUNG bescherte die Mendelssohn-Hochschule für Musik und Theater im Hause am Dittrichring eine quicklebendige Studio-Aufführung von Gian Carlo Menottis Oper für Kinder und Leute, die Kinder mögen, „Hilfe, Hilfe, die Globalinks!“.

Das einstündige Werkchen nimmt die Angst vor gefährlichen außerirdischen Wesen, die Teile Amerikas besetzt haben sollen, gehörig auf die Schippe. Nur durch Musik können diese seltsamen Wesen vertrieben werden. Zuerst hilft einer auf dem Weg befindlichen Schulklasse die singende und Geige spielende Emily (Katharina Schrade). Dann mobilisiert die Musiklehrerin Madame Euterpova (Nadja Mchantaf alternierend mit Sandra Hrabluik) das Lehrerkollegium der Schule und rettet musizierend und marschierend die bedrohte Klasse. Der Chemnitzer Sänger und Regisseur Matthias Winter setzte diesen Spaß mit wenig Mitteln in Szene und führte die beeindruckenden Sänger zu mitreißender Spiellaune. An Hoon Song leitete das musikalische Geschehen sicher.

• - LF

Da es uns an Glauben fehlt, mangelt es uns an Vertrauen. Wir unterwerfen uns dem Konsum und huldigen einer exhibitionistischen Prominenz. Im Detail wissen wir alles, im großen Ganzen nichts. Wir sind wie zu schnell groß gewordene Kinder, die sich vor der Erfahrung klug wähnen. Indem wir dem rattenfängerischen Fortschritt hinterherlaufen, entgehen wir der Klärung des Augenblicks und versäumen die Lust uns selbst zu begegnen. Es ist ein weitgehend sinnentleertes Leben, das unsere Wurzeln in unserer Geschichte, Kultur und Religion verkümmern und uns in Umtriebigkeit und Spaßsucht zu Marionetten werden lässt. In atemberaubender Geschwindigkeit katapultieren wir uns selbst ins Aus.

GUNTER PREUß

Aus „Clownstränen“ (Sinn- und Unsinnssprüche), erscheint 2007 im „Plöttner-Verlag“, Leipzig.)

Sein zehnjähriges Bestehen feierte am 1. Advent der Gebärdenschor des Berufsbildungswerkes für Hör- und Sprachgeschädigte.

Die jungen Leute trafen sich zu ihrem Geburtstag im Leipziger Ring-Cafe. Beheimatet ist der Chor in Leipzig-Knauthain. Bei einem ersten Auftritt in Dresden, das war 1996, wurden junge Gehörlose und Schwerhörige aus Leipzig ermutigt, zu Hause Ähnliches zu beginnen.

Ramona Trapp und Claudia Winkler, zwei pädagogische Mitarbeiterinnen und Gebärdendolmetscherinnen, ergriffen die Initiative, um auch in ihrer Heimatstadt das in Dresden Er-

probte umzusetzen und auszuprobieren. 1991 gegründet zog das Berufsbildungswerk nach Knauthain, an die westliche Peripherie der Messestadt. Zu den

Musik ohne Töne

Unentwegten gehören heute acht bis zehn junge Leute. Weit aus mehr waren im Ring-Cafe bei dem „Chor-Auftritt“ dabei und waren begeistert.

Das Programm bestimmen die Sänger selbst. Dabei werden unterschiedlichste Musikszenen beachtet und vorgestellt. Quer durch die Jahrhunderte und es gibt keine Grenzen im Genre. Rhythmusbetonte, zeitgemäße Melodien, Kirchenlieder und

Spirituals „erklingen“. Ganz oben in der Hitliste findet sich das weltbekannte „Happy Day“ (Oh, glücklicher Tag). Durch die wunderbare, einmalige Art ihrer

Interpretation von Tönen mit Hilfe von Gebärden bekommen Menschen, denen sonst die Musik versagt ist, sinnliche Eindrücke, die in ihren Alltag bereichern. Auch eine neue und intensive Art von Kulturerfahrung. Es erfordert viel Übung und Sensibilität dieses gestische Gestalten zu erlernen. Inzwischen entwickelten sich auch die Leipziger „Sänger“ zu Könnern. Das Singen mittels Gebärden bereitet ihnen selbst und anderen auch viel Muße und Muse.

• H. G.

Die schweren Glastüren des eckigen Kunstkolosses – auch bekannt als Museum der bildenden Künste Leipzig – hinter mir gingen zu. Der Handlauf im Treppenhaus berührte meine Finger. Mit dem Fahrstuhl ging es nach oben. Zur Kunst des neunzehnten Jahrhunderts. Mich schien jemand am Ärmel zu zupfen. Ich drehte mich um. Niemand! „Hallo?“, rief ich. Wieder spürte ich einen Ruck und spähte in die andere Richtung. Dort sah ich sie! Ein schöne, junge Dame. Ihr braunes Haar mit einem güldenem Diadem geschmückt. Sie trug ein weißes, transparentes Gewand mit Gürtel, dazu zwei Engelsflügel. In der Hand eine Laute. „Kennst du mich nicht?“ Vor Schreck konnte ich nichts erwidern. „Gestatte, dass ich mich vorstelle: Mein Name ist Mignon.“ Ich sah auf das Schild neben dem Bilderrahmen, dem sie entstieg war, und fasste mich. „Dein Vater ist Friedrich Wilhelm von Schadow.“ „Das ist wahr. Geboren bin ich 1828.“ Gut gehalten – aber das sagte ich ihr nicht. Sie begann mit der Laute zu spielen. In feinstem Tone sang sie: „Kennst du das Land, wo die Zitronen blühn, im dunkeln Laub die Goldorangen glühn, ein sanfter Wind vom blauen Himmel weht, die Myrte still und hoch der Lorbeer steht, kennst du es wohl?“ Ich konnte es nicht glauben und doch war sie zum Greifen nah. „Und nun?“ „Ich werde dir mein Reich zeigen.“ „Als Jahreskartenbesitzer kenne ich mich aus.“



Lenbach „Bildnis Fritz von Harck“ (1879), der Portraitierte war ein Onkel von Karl-Eduard von Schnitzler. Wir träumten uns hinein in den „Schmadribachfall im Lauterbrunner Tal“ (Joseph Anton Koch, 1811), schwelgten im türkisfarbenen „Mühlental bei Amalfi“ (Karl Blechen, 1831), waren betroffen, ewig gemahnt und gewarnt von „Opfer des Faschismus I“ (Hans Grundig, 1946), glaubten mit „Frucht der Liebe“ (Will Semmi) an das Leben. Vor Werner Tübkes „Erinnerung an Sizilien“ (1974) quollen Tränen aus Mignons hell schimmerndem Gesicht. Ich reichte ihr mein Taschentuch. Heimweh schmerzte. Wir schmunzelten bei der „Allegorie der Malerei“ (unbekannter Künstler, 18. Jahrhundert) über die Besessenheit und Schönheit und Hässlichkeit. Mignons Blicke fochten gleich darauf einen Eifersuchtskampf mit einer attraktiven Blondine im himmelblauen Gewand aus: „Die hl. Maria Aegyptiaca“ (Francesco Trevisani). „Komm, lass uns mal ausruhen“, beschwor ich Mignon. „Kunst braucht Muße und Muse. Auch die Kunstbetrachtung. Zum Verweilen schön sind die Lichthöfe, die hellen Terrassen mit den Ausblicken auf das alte Leipzig.“ Wir setzten uns an die Brühl-Seite. Mignons Blick fiel auf die bunten Stoffbahnen von Fischer-Art. „Weißt du, mir gefällt das überhaupt nicht. Was sind das für Zeiten. Kommerz-Comics werden



Weihnachtsengel Mignon

Ein wahrlich traumhafter Museumsrundgang



Sie schien beleidigt. „Du verschmähst mich?“, flüsterte sie. Ich schüttelte den Kopf. „Dann komm!“ Wir eilten durch die Säle und Höfe und die Galerien. Vor einem Bild blieben wir stehen. „Ist das nicht wie in Fausts Studierzimmer?“ („Alchimist mit seiner Frau im Laboratorium“, David Ryckaert, 1648). Mignon liebte die Holländer und Flamen offenbar genauso wie ich. Diese Meisterwerke mit den tausend Geschichten und dem Odem vergangener Zeiten.

Mignon schwieg, blickte nach unten. „In diesem Jahr blieben weniger Besucher vor den Schätzen stehen.“ „Ich habe davon gelesen. Es war Fußball-Weltmeisterschaft und die Sommersonne glühte.“ „Die Fußball-Ausstellung schreckte doch mehr ab, genau wie der Schlingensiefel. Es war so leer, dass ich durch das Museum rasen konnte, ohne aufzupassen.“ „Gleichwohl, die Tischbein- und Tübke-Ausstellungen waren sehenswert.“ „Da stimme ich dir zu, Jüngling. Es reicht aber nicht. Viele Besucher wollen mehr DDR-Kunst sehen und haben Pech. Die Abteilung zur verflossenen Republik war viele Monate geschlossen.“ „Ach Mignon, wenn es nur das ist. Wenn sie zu sehen ist, dann im Keller neben den Toiletten. Komm, jetzt zeige ich dir Bilder, die mir am Herzen liegen, in die ich versinken kann.“ Ich führte Mignon zu einer anderen Dame. „Susanna und die beiden Alten“ von Nicolaes de Helt-Stocade, weniger lüstern die Alten, weniger pikiert die Susanna.

Wir streiften durch das Haus: Johann Peter Hasenclever mit seiner ironischen Trilogie rund um Hieronymus Jobs, Franz von Stuck „Kreuzigung Christi“ (1913), in der derben düsteren Art weit ins 20. Jahrhundert blickend, Franz von



für Kunst gehalten. Wenn ich an meine Freunde Corinth, Blechen und Koch denke – was waren das für Maler.“ „Ich hätte Lust auf einen Kaffee oder eine heiße Schokolade. Darf ich meine holde Begleiterin einladen? Du bist so blass, dass dir eine Stärkung nicht schaden könnte.“

„Zu viel der Aufmerksamkeit. Ich labe mich an den Früchten, die Michael Wentzel 1829 gemalt hat, Weintrauben, Ananas, Äpfel, nett angerichtet mit Blumen.“ Ich wollte aufstehen. „Soll ich allein ins Museumscafé gehen?“ Mignon atmete tief: „Allein ja, aber das hiesige Café empfehle ich dir nicht. Freundlichkeit und Service lassen zu wünschen übrig. Gehe doch in die Buchhandlung ein paar Straßen weiter, dort gibt es Heißgetränke umsonst. Studenten schwärmen davon.“ So stürmte ich los und traf dort einen Kumpel wieder, dem ich unbedingt meine neue Museumsbekanntschaft vorstellen wollte. Wir entronnen dem Weihnachtstrubel, den leuchtenden Bäumen, den zuckrigen Buden. Hinein in das Paralleluniversum der Bilder und Plastiken. Wo war Mignon? Ich stürmte die Holztreppe nach oben. Ich zeigte auf das Bild von Schadow. „Hier ist sie. Sie hat mit mir gesprochen. Mein Gegenüber hielt mich gerade noch rechtzeitig zurück, den Rahmen anzufassen.“ „Mensch, ich glaube du brauchst Urlaub!“, herrschte er mich an. Er schob mich davon, ich blickte voller Sehnsucht über meine Schulter. Zwickerte mir Mignon nicht zu? Und dieser zarte Gesang? „So lasst mich scheinen, bis ich werde, zieht mir das weiße Kleid nicht aus! Ich eile von der schönen Erde hinab in jenes feste Haus.“ Ach Mignon!

• TEXT UND FOTOS D. M.

Das erste Jahr nach den Kriegsjahren war besonders schwer. Fritz Selbmann, damals Vizepräsident der Landesverwaltung Sachsen, stellte im Rückblick fest, dass sich in ihm alle Sorgen um die nackte Existenz der Menschen, um ihre Ernährung und Unterkunft, um die Wiedererrichtung von Betrieben und Hunderttausenden zerstörten Wohnungen, die Bekämpfung von Schwarzhandel und grassierenden Volkskrankheiten, aber auch das Ringen um die Überwindung der

Von **KURT SCHNEIDER**

geistigen Zerrüttung in den Köpfen der Menschen zusammendrängten. „Was in diesem Jahr getan wurde“, notierte er, „das wurde Geschichte, was versäumt wurde, war unwiederbringbar verloren.“

Vierzig Prozent des Wohnraums in Leipzig waren im Bombenregen vernichtet worden. Die Wirtschaft lag ein Jahr nach dem Ende des Krieges noch immer zu großen Teilen am Boden. Dennoch hatte im Mai 1946 die erste *Leipziger Frühjahrmesse* stattgefunden. Die Zahl der Aussteller betrug 2 746, die der Besucher 172 000 davon aus den Westzonen 13 000 – ein bemerkenswertes und weit beachtetes Ereignis.

Zum 100. Todestag von *Friedrich List*, dem bedeutenden Wirtschaftstheoretiker und -praktiker, fand eine Gedenkfeier in der Kongresshalle statt, musikalisch gestaltet vom Gewandhausorchester. Am 1. Dezember wurde im Alten Rathaus eine *Friedrich-List Gedenkausstellung* eröffnet.

Schutt, Schutt und nochmals Schutt

Ende 1946 hatte Leipzig 627 161 Einwohner, darunter zahlreiche Neu-Leipziger: Umsiedler. Die Gleislänge der Trümmerbahn in der vom Krieg zerstörten Stadt betrug 29,7 km gegenüber 20,5 km am Anfang des Jahres. 28 Loks und 552 Loren beförderten 1946 rund 252 834 m³ Trümmerschrott zum neuen *Scherbelberg*, ins *Johannistal* und in das *Dölitz-Grubenfeld*. Noch waren etwa 177 970 m³ Trümmersmassen auf den Straßen und Plätzen der Stadt wegzuräumen. Der abzutragende Schutt der zahlreichen Ruinen betrug immer noch ca. 4 600 000 m³.

An einen Wohnungsneubau war noch nicht zu denken. Die Instandsetzungsarbeiten an Wohn- und Krankenhäusern, an Industriebetrieben, Schulen und dgl. erforderten die gesamte Baukapazität. 1946 leisteten im Rahmen der *Volkssolidarität* 228 000 Personen – darunter sehr viele Frauen – 1 140 000 unbezahlte freiwillige Aufbaustunden.

Am 29. Oktober 1946 hatte der Oberbürgermeister *Dr. Erich Zeigner* rechtzeitig vor Winterbeginn eine Anordnung über

Leipzig vor 60 Jahren:

Nüchterne Zahlen, die lebendige Geschichte schrieben



Aufbauarbeiten am Querbahnsteig des Hauptbahnhofes (1946)

Foto unten: zeitgenössisches Plakat

weitere Maßnahmen zur Betreuung der Umsiedler erlassen. In der Stadt gab es zu diesem Zeitpunkt 13 sogenannte Auffanglager – fast ausschließlich in Gasthöfen – für Umsiedler und Heimkehrer, die etwa 6000 Personen aufnehmen konnten und der Umsiedlerstelle des Sozialamtes der Stadt unterstanden. In diesen Lagern wurden von Januar bis Dezember 1946 insgesamt 69 968 Umsiedler und 39 877 Heimkehrer betreut.

Millionenfaches Kulturerlebnis

In dieser sorgenvollen Zeit kam der weiteren Ingangsetzung des geistig-kulturellen Lebens in der

Stadt große Bedeutung zu. Die *Leipziger Theater* und die Konzerte des *Gewandhauses* hatten im Jahre 1946 über 1,7 Millionen Besucher. Die im Sommer wiedereröffnete Parkbühne des Gohliser Schlößchens zählte in 47 Veranstaltungen von „Iphigenie auf Tauris“ und „Spiel im Schloß“ über 20 000 Besucher. Der *Thomanerchor* bestritt 212 Veranstaltungen. Höhepunkte waren die Mitwirkung bei der *Bach-Feier* der FDJ im März und die zyklische Aufführung der großen Chorwerke von Johann Sebastian Bach.

35 637 Jugendliche besuchten 27 Opern- und Schauspielaufführungen zum verbilligten

Preis von 2 RM. Die Zahl der Jugendheime erhöhte sich im Verlauf des Jahres von 14 auf 28, von denen 20 mit einem Aufwand von 120 000 RM vollkommen instandgesetzt werden konnten. Die am Jahresende in Leipzig bestehenden 274 Stadt-, Betriebs-, Land- und Schuljugendgruppen der *FDJ* hatten 51 Arbeits- und Interessengemeinschaften gebildet, die sich mit Politik, Geschichte, Kultur, Kunst, Musik u. a. m. beschäftigten. Vom 1. bis 8. Dezember veranstaltete die *FDJ* mit jungen Künstlern im Petershof eine Ausstellung von neuen Werken der Malerei, Grafik und Plastik, die *Prof. Max Schwimmer* würdigte.

Anfang Dezember feierte die *Comeniusbücherei*, die mit 380 000 Bänden einst größte Fachbücherei Deutschlands, ihr 75-jähriges Bestehen. Die Gewerkschaften spenden der durch Bombenangriffe am 4. Dezember 1943 schwer geschädigten Einrichtung 25 000 RM. Das Bibliographische Institut beschäftigte im Dezember 1946 bereits in drei Schichten 420 Männer und Frauen.

Den Leipziger Zoo hatten über eine halbe Million Menschen besucht, den Tierkindergarten annähernd 170 000. Ein Teil des zerstörten *Aquariums* konnte instandgesetzt und der Öffentlichkeit übergeben werden.

Gesellschaftliches Leben wieder intakt

Die Leipziger *Kommunalen Frauenausschüsse* führten 129 Bildungs- und Kulturveranstaltungen durch, an denen 17 384 Personen teilnahmen. Während des Sommers 1946 sammelten die Frauenausschüsse Obst und Gemüse für Kinder- und Altersheime sowie für Krankenhäuser. Zur Unterstützung bedürftiger Bürger stellten Mitglieder der Frauenausschüsse aus zumeist altem Material in ehrenamtli-

cher Arbeit 892 Paar Filzstiefel, 645 Stricksachen, 8975 Kleidungsstücke und 15 306 Wäschestücke her.

Wesentliche Veränderungen der Eigentumsverhältnisse in der Stadt waren erfolgt. Im Ergebnis des Volksentscheides über die Enteignung der Betriebe der Nazi- und Kriegsverbrecher waren 104 Leipziger Betriebe mit 10 991 Beschäftigten in das Eigentum des Volkes überführt worden. 57 beschlagnahmte Betriebe mit 16 763 Beschäftigten blieben vorläufig unter sowjetischer Verwaltung. Wichtig war nach wie vor die notwendige Veränderung des Produktionsprofils der Betriebe, das den Erfordernissen des wirtschaftlichen Neuaufbaus entsprechen musste.

Schritt für Schritt zur Normalität

Die Kriminalität in der Stadt, begünstigt durch mangelhafte Straßenbeleuchtung und stark zerstörte Straßenzüge, zeigt eine fallende Tendenz. Gab es im Januar 5897 und im August 7053 Fälle, so sind es im Dezember 5036 Fälle. Die Zahl der schweren Verbrechen ging um 58 Prozent zurück. 220 Sondereinsätze wurden gegen den Schwarzen Markt und weit über 10 000 Kontrollen in Fahrzeugen durchgeführt. Um die Kriminalität, insbesondere die Wirtschaftsverbrechen, wirksamer bekämpfen zu können, erfolgte eine Reorganisation der Polizei. Ende 1946 versahen in Leipziger Betrieben 380 Betriebschutzleute ihren Dienst.

So wie in Leipzig ging es 1946 auch in ganz Sachsen voran. Die Zahl der Arbeitslosen ging von 204 000 auf 37 000 zurück, die der berufstätigen Menschen stieg von 1,98 auf mehr als 2,4 Millionen. Mehr als 700 000 Umsiedler Männer, Frauen und Kinder erhielten Unterkunft und Brot, die im Arbeitsalter stehenden Männer und Frauen eine Arbeit.

Die Neunte beschloss das 1. Friedensjahr

Oberbürgermeister *Dr. Erich Zeigner* würdigte am Abend des 31. Dezember 1946 im *Capitol* vor Werktätigen und Persönlichkeiten der antifaschistisch-demokratischen Verwaltung und des Kulturlebens die Aufbauleistungen im ersten vollständigen Friedensjahr. Er nennt Beethovens Neunte Sinfonie, die – einer Leipziger Tradition folgend – nun wieder an jedem Jahresende erklingt, den in geistiger und sittlicher Größe geeigneten festlichen Abschluss eines Jahres und zugleich den hoffnungsfrohen Beginn des nächsten.

Das Gewandhausorchester, der Gewandhauschor, verstärkt durch Mitglieder des Opern- und des Riedelchores, interpretieren anschließend zusammen mit einem Solistenquartett Beethovens Werk unter der Leitung des Generalmusikdirektors *Herbert Albert*.



Am 21. Dezember 1936 erließ das in Paris tätige „Komitee zur Vorbereitung der deutschen Volksfront“ den bedeutsamen Aufruf „Bildet die deutsche Volksfront! Für Frieden, Freiheit und Brot!“. Betont wurde, dass die Volksfront keine neue Partei sein will, sondern ein Bund aller derer, die entschlossen sind, ihre Kraft für die Vernichtung der braunen Zwangsherrschaft einzusetzen. „Erst der Sturz der nationalsozialistischen Machthaber“, hieß es, „wird jeder politischen, geistigen und religiösen Strömung die Möglichkeit geben, für ihre Ansichten, Ziele und Ideale in freier Gleichberechtigung einzutreten.“ Die Geschichte der Nachkriegszeit habe gezeigt, „wie kleine Gruppen Bevorrechteter, die den Großgrundbesitz, die großen Industriekonzerne und die Banken beherrschen, zu Totengräbern der Freiheit wurden. Um die Freiheit zu sichern, wird das neue Deutschland die Volksfeinde ihrer Macht entkleiden. Es wird die Rüstungsindustrie und die Großbanken verstaatlichen, Es wird alle Sabotageversuche des Großkapitals unter Anwendung der schärfsten Mittel zu verhindern wissen.“ Diese Zielsetzung schloss ein, die Junker zu enteigenen und den Militarismus auszurotten.

In der festen Absicht, die Ziele und Ideale der angestrebten breiten Volksfront zu verwirklichen, betonte der Aufruf, dass sich alle Gegner des heutigen Regimes verpflichten, „geeint zu bleiben und in geschlossener Front zu streiten, bis der Gegner besiegt und ein freies Deutschland geschaffen ist“.

Der Aufruf verurteilte scharf die mörderische militärische Mitwirkung Deutschlands an der Niederschlagung des um seine Freiheit kämpfenden spanischen Volkes, der als Teil der rücksichtslosen „Vorbereitung eines neuen Krieges, der furchtbarer sein wird als alle bisherigen Kriege“, bezeichnet wurde. Dementsprechend verurteilte er den „Kreuzzug gegen die Sowjetunion“ und den „Ausrottungskampf gegen alle freiheitlichen Bewegungen in der Welt“. Für alle Opfer des Regimes, die in den Zuchthäusern, Gefängnissen und Konzentrationslagern schmachteten, wurde die Freiheit gefordert. Dazu hieß es: „Aufhebung aller Terrorgesetze und Ausnahme Gesetze! Keine Folter, keine Konzentrationslager mehr!“

Vor 70 Jahren:

Aufruf für eine deutsche antifaschistische Volksfront

Nicht gelöste Aufgaben sind bleibende Aufgaben

Der Aufruf trug die Unterschriften von 20 Sozialdemokraten, 40 Kommunisten und 10 Mitgliedern der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) sowie von 28 Schriftstellern, Künstlern, Wissenschaftlern und anderen Emigranten. Zu den Unterzeichnern gehörten von der SPD: S. Aufhäuser, M. Braun, A. Braunthal, R. Breitscheid, O. Friedländer, H. Hirschfeld, J. Lips und A. Meusel; von der KPD: A. Ackermann, F. Dahlem, W. Florin, W. Koenen, P. Merker, W. Münzenberg, W. Pieck, H. Wehner und W. Ulbricht; von der SAP: W. Brandt, H. Diesel, W. Fabian, R. Frey, P. Frölich, M. Koch, J. Schwab und J. Walcher. Als Vertreter der Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler u. a. hatten J. R. Becher, G. Bernhard, E. Bloch, F. Boehm, H. Budziszewski, L. Feuchtwanger, W. Herzfeld, E. E. Kisch, H. Mann, K. Mann, K. Rosenfeld, M. Seydewitz, E. Toller, B. Uhse, A. Zweig u. a. unterzeichnet.

Ebenfalls am 21. Dezember 1936 wurde in einer Berliner Widerstandsgruppe um die Sozialdemokraten O. Brass und H. Brill mit einem „Zehn-Punkte-Programm“ der Gedanke der antifaschistischen Volksfront unterstützt. Es enthielt die Mitteilung, dass sich, um „Deutschland von der Schmach und Schande der Diktatur zu befreien ... und die Gefahr eines neuen Krieges mit allen Mitteln zu bekämpfen, die demokratischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien und Gruppen Deutschlands zu einer Deutschen Volks-

front vereinigt“ haben. Im weiteren wurde über die programmatischen Forderungen informiert. Sie reichten vom „Sturz und Vernichtung der Hitlerdiktatur“ bis zur „Enteignung der Großgrundbesitzer“ und der „Verstaatlichung der Banken, der Schwerindustrie und Energiewirtschaft“. Die Gruppe sandte ihr Programm an den Prager Parteivorstand der Sozialdemokratie und an das ZK der KPD, um als Grundlage für das gemeinsame Handeln zu dienen.

Aufgrund ziemlicher Auseinandersetzungen scheiterte der hoffnungsvolle Beginn einer breiten antifaschistischen Volksfrontbewegung um die Jahreswende 1937/38. Was blieb, war ihre Idee.

Nach der Befreiung vom Faschismus wurden die 1936 als unausweichlich bezeichneten Maßnahmen für die Errichtung eines wahrhaft demokratischen Deutschland nur in der SBZ/DDR verwirklicht.

Indem nach der „Wende“ der Osten Westen wurde, wurden diese erkämpften Veränderungen, die ein antifaschistisches demokratisches Erbe Ostdeutschlands waren, wieder rückgängig bzw. anderweitig zunichte gemacht.

Nach 70 Jahren stellt sich die Frage, ob die damalige Erkenntnis und Programmatik nur noch für die Geschichte relevant ist, also keine aktuelle Bedeutung mehr hat?

Ich bin der Meinung, dass nicht gelöste Aufgaben der Geschichte, die die Zukunft eines Volkes betreffen, stets bleibende Aufgaben sind. Wenn Ort, Zeit und Bedingungen übereinstimmen, wird der uns von der Geschichte auferlegte Zwang zum Handlungsbedarf.

• KURT SCHNEIDER

Anzeige

Rosa Luxemburg

SEMINARANGEBOT

der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen
in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen

Was heißt Gerechtigkeit?

Die Programme ganz unterschiedlicher Parteien berufen sich auf „Gerechtigkeit“ als Grundwert. In einer Serie von Seminaren wird die neuere Philosophie zu diesem Thema befragt. Über das hinaus, was wir aus den Medien und von den Einzelwissenschaften erfahren, wollen wir zu einem möglichst umfassenden eigenen Urteil kommen. Wir werden unsere linke Identität nicht preisgeben, sondern stärken, indem wir uns auch mit Ideen auseinandersetzen, die aus einer anderen Haltung erwachsen sind. Es wird einführende Referate geben, aber auch genug Zeit zur Diskussion. Philosophische Grundkenntnisse sind nicht erforderlich, wohl aber die Lust, sich auf Philosophie einzulassen.

THEMEN UND TERMINE

- I Gerechte Regierung: Menschen- und Bürgerrechte · 13. Januar 2007
- II Soziale Gerechtigkeit: Verteilung von Gütern und Lasten · 3. März 2007
- III Gerechter Krieg? Probleme des Völkerrechts · 14. April 2007
- IV Gerechtigkeit angesichts der Globalisierung: Weltwirtschaftsordnung · 12. Mai 2007
- V Gerechtigkeit gegenüber künftigen Generationen und der Natur: Nachhaltigkeit · Herbst 2007
- VI Geschlechtergerechtigkeit · Herbst 2007
- VII Zusammenhänge und Widersprüche zwischen den verschiedenen Dimensionen von Gerechtigkeit · Herbst 2007

Die Seminare dauern jeweils von 10 bis 16 Uhr und werden von Dr. Edelbert Richter (Weimar) und Wolfram Tschiche (Klinke) geleitet.

Literaturhinweise

Dieter Birnbacher: Verantwortung für zukünftige Generationen. Stuttgart 1988.
Ernst Bloch: Naturrecht und menschliche Würde. Frankfurt am Main 1985 (zuerst 1961).
Stefan Gosepath, Georg Lohmann: Philosophie der Menschenrechte. Frankfurt am Main 1998.
Axel Honneth: Kampf um Anerkennung. Frankfurt am Main 1992.
John Rawls: Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main 1979.
Michael Walzer: Sphären der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main 1992.

Tagungsort / Tagungsbeitrag / Teilnahmebestätigung / Anmeldung – siehe Seminar-Anzeige Seite 19

Was sich hinter LEIPZIGER STRAßENNAMEN verbirgt (45)

Da wo heute das Neue Rathaus, das Stadthaus und die Deutsche Bank stehen und der Burgplatz liegt, stand bis 1895 die Pleißenburg. Darum auch heißt dieser Platz nach der einstigen Befestigungsanlage der Stadt. Doch das war nicht der erste Trutzbau an dieser Stelle. Nach einem Bürgeraufstand im Jahr 1215 hatte Markgraf Dietrich der Bedrängte die Leipziger Stadtmauern niederreißen lassen und drei Zwingburgen zur Einschüchterung der aufmüpfigen Leipziger bauen lassen. Übrig davon blieb nur die Pleißenburg. Es war ein festungsartiger Bau, der von den Leipziger als „Schloß“ bezeichnet wurde. Hier auch trug einst Luther seinen Disput mit Eck aus. Eine erfolgreiche Belagerung während des Schmalkaldischen Krieges führte im Jahr 1547 zur fast völligen Zerstörung der Pleißenburg.

Herzog Moritz ließ sie von 1549 bis 1569 vom Baumeister und Leipziger Bürgermeister Hyronimus Lotter nach dem Muster der Zitadelle von Mailand neu errichten. Sie war die erste Befestigungsanlage in Deutschland, die allein nach den Regeln der Kriegskunst angelegt wurde. Dabei vernachlässigten die Bauherren in starkem Maße den Bau von Wohnungen. Am Rande der Stadt, von dieser durch Befestigungsanlagen getrennt, sollte sie den Feind abschrecken und gleichzeitig die dem Markgrafen unsicheren Bürger warnen. Trotzdem wurde sie im 30jährigen Krieg zweimal fast kampfflos an die Belagerer übergeben, was dem Festungskommandanten schließlich den Kopf

kostete.

1706 öffneten sich die Tore der Festung den Schweden ebenso wie den Preußen im 1. Schlesischen und im Siebenjährigen Krieg.

Durch das schnelle Wachstum der Leipziger Vorstädte lag die Pleißenburg bald inmitten von Vorstadtbauten, was schließlich ebenso wie die Weiterentwicklung der Feuerwaffen zur Einsicht führte, daß Festungsanlagen ziemlich nutzlos geworden waren. 1764 wurde die Pleißenburg aus der Liste der Festungen gestrichen

Burgplatz

und eine vorwiegend zivile Nutzung begann. Neben der katholischen Kapelle, staatlichen Behörden und der Kunstakademie sowie Salz-, Mehl- und Weinlagern blieb jedoch auch die Unterkunft für Soldaten erhalten. Die Kasernenbesatzung schwankte sehr stark und war zeitweilig überhaupt nicht vorhanden. Die Pleißenburg wurde auch weiterhin als außerhalb der Stadt gerechnet, obwohl sie bereits seit Jahrzehnten inmitten dieser lag.

Erst nachdem 1830 zwei Schützenbataillone in die Pleißenburg verlegt worden waren, begann diese ihr Dasein als Truppenunterkunft. Für diese Bataillone wurde 1838 ein großes Kasernengebäude auf die ehemalige Bastei gesetzt. Dadurch erhielt der Gebäudekomplex ein völlig verändertes Aussehen. Der Anblick des einst schönen „Schlosses“ wurde arg

geschändet. Der Zustand der bereits fast 300 Jahre alten Gemäuer wurde immer desolater. Trotzdem zog 1867 das Schützenregiment 108 in die Pleißenburg ein und wurde im darauffolgenden Jahr durch das Infanterieregiment 107 abgelöst. Das Leben dürfte für die Soldaten nicht gerade angenehm gewesen sein. Die einzige offene Seite (am Promenadenring) wurde von einem tiefen feuchten Graben umzogen, dessen Entwässerung so mangelhaft war, daß die daraus aufsteigende Luft einen üblen Gestank verbreitete, der unter der Leipziger Bevölkerung sprichwörtlich war. In der Stadt ging sogar das Gerücht um, daß sie ein Herd der Choleraepidemie von 1866 gewesen sein soll. Hinzu kam, daß der einzige Weg aus dem Zentrum der Stadt zum Westen durch die Burg verlief. Beides wurde von den Bürgern der Stadt als Übel empfunden. Der Rat der Stadt war darum bemüht, die Nutzung der Pleißenburg als Kaserne zu beenden und sie anderen Zwecken zuzuführen. Eine Gelegenheit dazu bot sich, als Anfang der 70er Jahre das Reichsgericht in Leipzig aufgebaut werden sollte. Nach einem Riesen-Hickhack kaufte die Stadt schließlich das Gemäuer, ließ es abreißen und wollte das gute Bauland parzelliert verkaufen. Da kam man auf die geniale Idee, daß ja hier das neue Rathaus errichtet werden könnte. Und so geschah es dann auch.

Der freie Platz hinter dem Rathaus erhielt zur Erinnerung an die Pleißenburg 1911 seinen Namen Burgplatz.

• DIETER KÜRSCHNER

Weihnachten schaut die Welt nach Bethlehem, dem Ort, wo nach biblischer Überlieferung vor mehr als zweitausend Jahren Jesus Christus zur Welt gekommen war. Sechshundert Jahre später verkündete Mohammed mit dem Koran den Islam, der auch Jesus Christus als Propheten anerkennt. Der Nahe Osten ist der Ursprung dreier Weltreligionen: Judentum, Christentum und Islam.

Doch gerade das Heilige Land, wo nach dem Lukas-Evangelium in Bethlehem in der Geburtsnacht von Jesus die Botschaft vom „Frieden auf Erden“ verkündet wurde, ist Schauplatz eines nicht enden wollenden Konfliktes, der in diesem Jahr

Krieg, Politik und Religion im Heiligen Land

Von Heinz-Dieter Winter, Botschafter a. D.



Bethlehem und das Heilige Land zwischen Ideal und Wirklichkeit



zum sechsten Krieg seit 1945 führte. Wer heute den Weg von Maria und Josef vor zweitausend Jahren von Nazareth nach Bethlehem gehen will, wird den Geburtsort von Jesus nur unter größten Schwierigkeiten, als muslimischer oder christlicher Palästinenser vielleicht überhaupt nicht erreichen. Durch die von Israel errichtete Mauer, von Israel „Sicherheitszaun“ genannt, ist das zehn Kilometer von Jerusalem entfernte Bethlehem fast eingemauert. Der Besucher muss über Wälle steigen, die von der israelischen Armee aus Erde und Felsbrocken zusammengeschichtet wurden. Israeliische Kontrollposten und für ihn verbotene „strategische Straßen“ werden seine Wanderung immer wieder unterbrechen. Bethlehem selbst, vor zehn Jahren noch eine blühende Pilgerstätte, macht heute einen trostlosen und verwahrlosten Eindruck. Besucher sehen aufgerissene Gehsteige, von Schlaglöchern zerstörte Straßen und unfertige Häuser. Säcke mit Abfall türmen sich an der Straße zu stinkenden Bergen, man sieht kaum noch tätige Handwerker. Die Hotels haben keine Gäste.

Im Jahr 2002 wurde die Geburtskirche von der israelischen Armee belagert und beschossen, weil sich 40 junge Palästinenser, vor allem von der Al-Aqsa-Brigade, dort hinein geflüchtet hatten. In die Kirche einzudringen, in der auch Muslime beten dürfen, wagte die israelische Armee nicht. Diese Kirche wurde zwischen 326 und 335 vom römischen Kaiser Konstantin I. an der Stelle errichtet, wo gemäß der Überlieferung Jesus geboren wurde. Um eine Katastrophe zu verhindern, handelte der damalige amerikanische Außenminister Colin Powell nach etwa vier Wochen Belagerung zwischen dem israelischen Ministerpräsidenten Sharon und Arafat einen Kompromiss aus, der zur Deportation der 13 Palästinenser führte, die von Israel als „gefährliche und überführte Terroristen“ benannt wurden, die übrigen blieben in Freiheit in Palästina. Was hat der Palästinakonflikt mit Religion zu tun?

Konflikte und Kriege, so wichtig für

daran Beteiligte auch religiöse Motive, Überzeugungen und Emotionen gerade im Heiligen Land auch sein mögen, haben vor allem politische Ursachen und müssen durch politische Übereinkünfte geregelt werden. Im israelisch-palästinensischen Konflikt geht es um Territorium und eigene staatliche Existenz. Auf der Grundlage der UNO-Resolution 181 von 1947 sollte Israel als jüdischer Staat auf etwa 56 Prozent des Territoriums des ehemaligen britischen Mandatsgebietes Palästina gegründet werden. Dem bis heute nicht existierenden palästinensischen Staat waren damals etwa 44 Prozent zugeordnet. Im Ergebnis der Nahostkriege von 1948/49 und von 1967 eignete sich Israel über 78 Prozent des ehemaligen Mandatsgebietes an und strebt heute die Einverleibung weiterer großer Teile des Westjordanlandes an. Die Palästinenser kämpfen heute noch für den eigenen Staat und sind bereit, ihn in den Grenzen von 1967, d. h. auf den noch verbliebenen 22 Prozent zu errichten.

Eine unheilvolle Entwicklung setzte ein als, als radikal-religiöse Kräfte auf beiden Seiten die Religion für ihre politischen Ziele instrumentalisierten. Unter dem Eindruck des Wahlsieges der islamistischen Hamas empfand es der israelische Friedensaktivist Uri Avnery in einem Aufsatz im Februar 2006 als bedrückenden Albtraum, dass der Palästinakonflikt einen religiösen Charakter annimmt. Er, der wie kaum ein anderer in den letzten Jahrzehnten die brutale Unterdrückungspolitik Israels gegenüber den Palästinensern angeprangert hat, macht darauf aufmerksam, dass gegenüber der ursprünglich eher nichtreligiösen zionistischen Bewegung nach dem Sechstagekrieg 1967 orthodoxe religiöse Kräfte im wachsenden Maße die israelische Staatspolitik beeinflussen und die jüdische Religion ihrer universellen Werte berauben, so dass sie zu einem „engstirnigen, militanten, fremdenfeindlichen Stammesglauben, dem es um Eroberung und ethnische Säuberung“ geht, mutierte. Sie erheben Anspruch auf das ganze Heilige Land. Deshalb unterstützen und fördern

diese Kräfte, vor allem in der Nationalreligiösen Partei und im Gusch Emunim („Block der Getreuen“) konzentriert, die Siedlertätigkeit in den besetzten palästinensischen Gebieten. Diese wurde bisher von allen israelischen Regierungen unterstützt und droht, den Palästinensern

Konflikte und Kriege, so wichtig für daran Beteiligte auch religiöse Motive, Überzeugungen und Emotionen gerade im Heiligen Land auch sein mögen, haben vor allem politische Ursachen und müssen durch politische Übereinkünfte geregelt werden.

nochmals einen großen Teil des von ihnen beanspruchten nach 1967 verbliebenen Territoriums von 22 Prozent zu rauben.

Mit dem Beginn der ersten Intifada 1987 vollzog sich auch unter den Palästinensern eine Entwicklung, die religiösen Kräften, der aus den Moslembrüdern hervorgegangenen Hamas, einen zunehmenden Einfluss gab. Diese machte schließlich der säkulare PLO, der auch viele palästinensische Christen angehören, den führenden Rang streitig. Entsprechend ihrer Charta aus dem Jahre 1988 ist Hamas aber „davon überzeugt, dass das Land Palästinas ein islamisches Waqf-Land für die Generationen der Muslime bis zum Tag der Auferstehung ist“. Das bedeutet, dass unter religiöser Obhut befindlich kein Teil Palästinas an Nichtgläubige gegeben werden darf. Anspruch auf das Heilige Land als religiösen Besitz erhebt auch eine Gruppe evangelikanischer christlicher Fundamentalisten mit beträchtlichem Einfluss unter den Neokonservativen in den USA.

Nach ihrer Lehre sollen die Juden ins Heilige Land zurückkehren, um die Wiederkunft Christi zu ermöglichen. Die völkerrechtswidrige Siedlungspolitik wird von dieser Seite tatkräftig gefördert. Solche einander ausschließende Ansprüche auf Palästina erschweren eine politische Lösung in dem Maße, wie sie Einfluss auf die Politik erlangen.

Ist unter solchen Bedingungen ein Kompromiss überhaupt möglich?

Uri Avnery bejaht das. Aber es sei viel, viel schwerer. Einem frommen Muslim sei es erlaubt, einen Waffenstillstand über 100 Jahre und mehr auszurufen. Ariel Sharon, der seine Karriere als uneinge-

schränkter „Großisrael“-Vertreter begann, dann aber die Siedler aus dem Gazastreifen abzog, sprach über „langfristige Abmachungen“. In der Politik tendieren vorläufige Maßnahmen, dauerhaft zu werden. Es wären jedoch viel Weisheit, Raffinesse, Spitzfindigkeit und Geduld erforderlich, um unter diesen schwierigen Umständen eine Lösung zu erreichen, meint Uri Avnery.

Von Weisheit ließ sich die Politik der USA und der Europäischen Union mit ihrer Reaktion auf den Wahlsieg der palästinensischen Hamas nicht leiten. Denn diese ist zu einem langfristigen Waffenstillstand, zur sogenannten Hudna bereit. Und das Ende von Krieg und Gewalt wäre wohl zunächst das Allerwichtigste, um dem Heiligen Land dauerhaften Frieden für Muslime, Juden und Christen gleichermaßen zu ermöglichen.

Die weihnachtliche Friedensbotschaft im Lukas-Evangelium erinnert daran, dass die Weltreligionen Wwesentliches für den Frieden leisten können, wenn sie nicht fundamentalistisch für menschenfeindliche Ziele instrumentalisiert werden. Der katholische Religionswissenschaftler Hans Küng hat in seinen weltweit bekannten wegweisenden Büchern über Judentum, Christentum und Islam die unerschütterliche Hoffnung begründet, „dass alle drei Weltreligionen gemeinsam einen unverzichtbaren Beitrag zu einer friedlicheren und gerechteren Welt leisten werden“. So zeigt auch das von Hans Küng begründete Weltethos, gemeinsam getragen von religiösen und nicht religiösen Menschen, dass es Alternativen gibt zu der von Samuel P. Huntington vor zehn Jahren verkündeten Perspektive eines angeblich unvermeidlichen „Kampfes der Kulturen“ zwischen dem Islam und dem Westen im 21. Jahrhundert. Wenn Bethlehem, der Geburtsplatz Jesus, wieder eine blühende Pilgerstätte wird und Muslime, Christen und Juden im friedlichen Miteinander die heiligen Stätten der drei Weltreligionen in Jerusalem besuchen dürfen, dann wäre das eine inspirierende Vision für den „Frieden auf Erden“.



Deutscher jüdischer Vertreter geht auf Distanz zu Israels Besatzungspolitik

Online-Petition für den Frieden im Nahen Osten

Rolf Verleger, Mitglied im Direktorium des Zentralrats der Juden in Deutschland, appelliert mit der am 22. 11. 2006 veröffentlichten Berliner Erklärung „Schalom 5767“ an die Bundesregierung, endlich eine aktive Rolle zur friedlichen Lösung des Nahostkonflikts einzunehmen. Diese Erklärung steht als Online-Petition im Internet unter

www.schalom5767.de

zur Verfügung und kann dort auch von nichtjüdischen Bürgern unterzeichnet werden.

Mitarbeiter von LEIPZIGS NEUE haben bereits unterzeichnet.

Mehr als 60 jüdische Menschen aus Deutschland sind Erstunterzeichnende des Aufrufs. Sie stellen sich damit gegen die offizielle jüdische Meinung und fordern auf, sich für ein unabhängiges Palästina einzusetzen, als unabdingbare Voraussetzung für Frieden und Gerechtigkeit.

Ansprechpartner bei Rückfragen: Prof. Dr. Rolf Verleger, Schalom 5767, Postfach 110137, 23534 Lübeck
Fon/Fax : 0451 500 29 16
eMail: meinung@schalom5767.de

Aktuelle Frage

• Zum ersten Mal seit Monaten hat sich der israelische Ministerpräsident Olmert zu Kompromissen bereit gezeigt. Kann dadurch unsere Initiative schalom5767 überflüssig werden?

Sollte sich Olmert tatsächlich zu einer Wendung entschließen und eine Friedenspolitik in der Nachfolge von Jizchak Rabin machen, dann wird ihm genauso wie Rabin der geballte Widerstand der Anhänger von „Groß- Israel“ entgegenschlagen, innerhalb Israels und außerhalb Israels. Abwarten, ob Olmert diesen Weg wirklich wählt und ob er auf diesem Weg Erfolg haben wird, reicht daher nicht aus. Sondern es wird äußerst wichtig sein, unterstützende Stimmen für den gerechten Frieden laut, deutlich und vernehmlich hören zu lassen.

Seit Jahrzehnten leben das israelische und das palästinensische Volk als Nachbarn. Es gäbe viele Möglichkeiten zur Zusammenarbeit und zur gemeinsamen Entwicklung. Stattdessen wird ihr Leben vergiftet durch Krieg und Gewalt, durch Bedrohung und Terror, durch gegenseitigen Hass, Verachtung und Respektlosigkeit.

Das Grundübel ist die seit 1967 andauernde israelische Besetzung palästinensischen Gebiets. Die Besetzung bedeutet Entwürdigung und Entrechtung der Palästinenser. Sie lähmt ihr wirtschaftliches, politisches und soziales Leben. Darüber hinaus verhindert dieses täglich neu erlebte Unrecht einen friedlichen Ausgleich des alten Unrechts, das den Palästinensern mit der Vertreibung von 1948 angetan wurde. All dies treibt die Spirale der Gewalt an. Es ist an der Zeit, diese Spirale zu durchbrechen und einer dauerhaften Friedenslösung den Weg zu bereiten, die

- dem palästinensischen Volk ein selbstbestimmtes Leben in Würde ermöglicht
- beiden Nationen die Existenz in international anerkannten Grenzen sichert
- die gesamte Region befriedet und dadurch die ganze Erde friedlicher und sicherer werden lässt.

In beiden Gesellschaften, der israelischen wie der palästinensischen, gibt es seit langem Stimmen für Verständigung; die „Gemeiner Vereinbarung“ ist dafür wegweisend.

Jüdische Erstunterzeichnende der Berliner Erklärung Schalom5767

Vera Ansbach (Berlin)
Ursula Ansbach (Berlin)
John Attfield (Geschäftsführer, Buchholz)
Dr. Hanna Behrend (Historikerin, Berlin)
Dr. Friedel Beier (Rechtsanwältin, Berlin)
Edna Bejarano (Sängerin, Hamburg)
Esther Betarano (Sängerin, Hamburg)
Joram Bejarano (Musiker, Hamburg)
Susan Berger (Berlin)
Jutta Bergt (Rentnerin, Weil am Rhein)
Judith Bernstein (München)
Stacey Blatt (Duisburg)
Sharon Blumenthal (Juristin, Köln)
Prof. Dr. Y. Michal Bodemann (Soziologe, Berlin / Toronto)
Iris Borchardt-Hefets (Biologin, Berlin)
Marion Brasch (Journalistin, Berlin)
Prof. Dr. Almut Sh. Bruckstein (Philosophin, Berlin)
Tsalrir Cohen (Journalist, Berlin)
Gerty Colden (Rentnerin, Berlin)
Martin Colden (Maler, Berlin)
Hilary Coleman (Ärztin und Übersetzerin, Düsseldorf)
Buth Czichon (Berlin)
Marianne Degginger (Berlin)

Diese Stimmen brauchen Unterstützung. Nur wenig Unterstützung kommt jedoch aus Deutschland. Das hat seinen Grund: Vor 61 Jahren endete mit der Niederlage Nazi-Deutschlands der unter Führung von Deutschen begangene Massenmord an den Juden Europas. Scham und Trauer über dieses Verbrechen lässt viele Menschen zur Politik des jüdischen Staats Israel schweigen. Aber dieses Schweigen ermöglicht neues Unrecht.

Online-Petition „Schalom 5767“ (Berliner Erklärung)

Um in diese erstarrte Situation Bewegung zu bringen, haben wir, Jüdinnen und Juden aus Deutschland, als Erstunterzeichnende diese Erklärung auf den Weg gebracht. Denn wir sehen mit Entsetzen, wie der mit so großen Hoffnungen gegründete Staat Israel in einer Sackgasse der Gewalt feststeckt. Wir fordern die deutsche Regierung

Ursula Epstein (Musikpädagogin, Aachen)
Erica Fischer (Schrittstellerin, Berlin)
Alfred Fleischhacker (Journalist, Berlin)
Dr. Michael Fleischhacker (Biologe, Berlin)
Bettina Fraenkel (Behindertenpädagogin, Berlin)
Buth Fruchtman (Autorin, Berlin)
Kurt Goldstein (Ehrenvorsitzender Internationales Auschwitz-Komitee, Berlin)
Werner Goldstein (Journalist, Berlin)
Harri Grünberg (Politologe, Berlin)
Kurt Gutmann (Berlin)
Hella Händler (Berlin)
Werner Händler (Berlin)
Doreet Harten (Kuratorin, Berlin)
Michal Kaiser-Livneh (Psychotherapeutin, Berlin)
Schira Kaiser (Studentin, Berlin)
Dr. Inge Lammell (Autorin, Berlin)
Dr. Kate Leiterer (Biologin, Berlin)
Angelika Levi (Regisseurin, Berlin)
Gabriel Levy (Psychologe, München)
Dr. Oswald LeWinter (Autor, Seligenstadt)
Dr. Erika Lifsches (Ärztin, Mülheim/Ruhr)
Dr. Hanno Loewy (Direktor des Jüdischen Museums Hohenems)
Dr. Edith Lutz (Lehrerin, Köln)
Petra Mendelsohn (Bibliothekarin, Berlin)

auf, mit der Europäischen Union

- die israelische Besatzungspolitik nicht länger zu tolerieren
- kurzfristig den Boykott der Palästinensischen Autonomiebehörde zu beenden
- endlich die Verwirklichung eines lebensfähigen palästinensischen Staates ernsthaft anzustreben, in Gaza und dem gesamten 1967 besetzten Westjordanland einschließlich Ost-Jerusalem, mit voller Souveränität und freiem Verkehr.

Damit wird eine Sicherheitsregelung für die Staaten der Region zu verbinden sein, besonders für das sich bedroht fühlende Israel, ebenso wie für seine Nachbarstaaten. Fragen des Rückkehrrechts der von Israel 1948 vertriebenen Palästinenser können einvernehmlich gelöst werden, wenn Israel als Zeichen der Versöhnungsbereitschaft die Vertreibung als Unrecht benennt. Der Status Jerusalems als Doppelhauptstadt wird zu klären sein. Ein Vorschlag der Arabischen Liga zur Einigung mit Israel liegt vor. Der Frieden wäre greifbar nahe.

„Was Dir verhasst ist, tu Deinem Nächsten nicht an.“ So fasste vor zweitausend Jahren Rabbi Hillel das Wesen des Judentums zusammen. Das sollte auch heute der Leitfaden menschlichen Handelns sein – auch in der Politik.

Bitte unterstützen Sie mit Ihrer Unterschrift diese Erklärung:
www.schalom5767.de

Abraham Melzer (Verleger, Neu-Isenburg)
Gerhard Moss (St. Peter-Ording)
Deborah Philips (freie Künstlerin, Berlin)
Largalith Pozniak (Zahntechnikerin, Hamburg)
Sara Reifenberg (Rentnerin, Berlin)
Prof. Dr. Fanny-Michaela Reisin (Informatik, Berlin)
Michael Riese (Lehrer, Alsfeld)
Dr. Ruth Rosenberg (Tierärztin, München)
Rafi Rothenberg (Kameramann, Köln)
Ruth Rürup-Braun (Innenarchitektin, Karlsruhe)
Dr. Sonja Sager (Juristin, Berlin)
Shelly Steinberg (Studentin, München)
Dr. Klaus Sternberg (Lehrender, Berlin)
Dr. Maria Striwe (Ärztin, Neuss)
Richard Szklorz (Journalist, Berlin)
Prof. Dr. Jochanan Trilise-Finkelstein (Germanist, Berlin)
Prof. Dr. Ernst Tugendhat (Philosoph, Tübingen)
Nora van der Walde (Lehrerin, Buchholz)
Prof. Dr. Rolf Verleger (Psychologe, Lübeck)
Dr. Susan Winnett (Literaturwissenschaftlerin, Hamburg)
Dr. Andrea Zielinski (Anthropologin, Hamburg)

Wie kam es zu schalom5767.de?

Prof. Rolf Verleger ist Psychologe an der Universität Lübeck und Mitglied im Direktorium des Zentralrats der Juden in Deutschland.

Am 23. Juli 2006, als der Libanonkrieg tobte, schrieb er einen Brief an das Präsidium des Zentralrats. Darin kritisierte er Israels militärische Maßnahmen gegen den Libanon und plädierte für eine friedliche Lösung des Palästina-Konflikts.

Aufgrund dieses Briefs setzte

ihn am 9. August 2006 seine Jüdische Gemeinde Lübeck als Vorsitzenden des Landesverbands Jüdische Gemeinschaft Schleswig-Holstein ab.

Auf der anderen Seite erhielt Verleger auf die Veröffentlichung des Briefs eine überwältigende positive Resonanz. Es ist offensichtlich, dass die Mehrheit der Deutschen eine gerech-

te, friedliche Lösung im Palästina-Konflikt möchte und damit im Konflikt steht zur offiziellen Haltung dieser und früherer Bundesregierungen.

Daher: Wo ein Brief nicht weiterkommt, müssen viele Stimmen laut werden. Aus diesem Grund ist schalom5767.de gegründet worden. Jüdische Menschen aus Deutschland haben sich Ende

September 2006, zu Beginn des neuen jüdischen Jahrs 5767, in Berlin getroffen und diese Erklärung auf den Weg gebracht. Damit das Jahr 5767 ein Jahr des Friedens wird.

Informationsmaterial:
Rolf Verlegers Brief vom 23.07.06 (pdf)
Interview der „Zeitung gegen den Krieg 2“ mit Rolf Verleger (pdf)
Aktueller Bericht aus Gaza (.pdf /deutsch, englisch)

Gute Resonanzen auf LN

Meine Frau, Dr. Marie-Luise Otto, und ich sind seit Anbeginn Abonnenten von Leipzigs Neue und freuen uns mit jeder Ausgabe über das gestiegene journalistische Niveau, über die inhaltliche Tiefe und Breite der Publikationen. Stellvertretend für einige andere heben wir besonders heraus die Berichte von Sarkis Latchinian zu Israel, Libanon und Syrien, Werner Wolf und Michael Zock zu kulturellen Ereignissen, Edmund Schulz' Rezensionen zu neuen Büchern oder Klaus Huhns Sportbeiträge.

Mit meiner Zuschrift wende ich mich erstmals an die Redaktion und will Sie wissen lassen, dass wir aus unserem Freundes- und Bekanntenkreis einigen treu Gebliebenen, die außerhalb Leipzigs wohnen, je ein Exemplar von LN zusenden. Wir kaufen diese Zeitungen über unser Abo hinaus und erhalten dafür gute Resonanzen.

Stellvertretend für einige andere möchte das an einem Jugendfreund verdeutlichen, der in Worms lebt. Als er 1990 zum Bibliothekar-Kongress in Leipzig weilte, machte er mich wieder ausfindig. Seitdem besteht zwischen uns eine freundschaftliche briefliche Verbindung zu vielen aktuel-

len politischen und weltanschaulichen Fragen und Problemen. Er bezeichnet sich selbst als christlicher Sozialist und war u. a. der erste und bisher einzige Bibliotheksdirektor-West, der bereits vor 1990 eine Wanderausstellung „Antifa-Literatur“ veranstaltete, die 1990 auch in der Stadtbibliothek Leipzig gezeigt wurde. Neben dem *ND* liest er gründlich LN und wirbt auch für sie. In seinem Brief vom 4. November 2006 schrieb er mir: „Völlig neu war mir auch, was Werner Wolf in Leipzigs Neue über Schostakowitsch geschrieben hat ...“ Oder: „Auch der Artikel über das Alter (Gegenstand der 4. Seniorenpolitischen Konferenz der PDS in Leipzig) hat mir viel gegeben. Beachtlich die Aussagen „Das Alter hat seine Schönheit, keine von Leidenschaft, Gefühlsausbrüchen geprägte, sondern eine erlösende beruhigende Schönheit“ und „Solange ein Mensch noch ein Ziel vor den Augen hat, das er erreichen muss, noch eine Aufgabe vor sich sieht, so lange wird er nicht wirklich alt.“

PROF. DR. HELLMUT OTTO,
MARKRANSTÄDT

Klasse, Klaus. Getroffen!

Der nur dreieinviertel Zeilen-Schlusskommentar von Klaus Huhn zum Gerangel von Axel Schulz in einem profitonellen Boxring trifft den Akteur genau auf den Solar-

plexus. (Oder wie das heißt – knockout). Klasse, Klaus. Getroffen.

FRANZ-KARL HITZE
BERLIN

Zum Tag der Erinnerung an die Formierung der ersten Grenzpolizeieinheiten vor 60 Jahren in der sowjetisch besetzten Zone trafen sich kürzlich 110 Veteranen in der ehemaligen Garnisonsstadt Perleberg. Sie kamen aus allen Regionen der Westgrenze der DDR und Berlin. Die Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung e.V. Perleberg (GRH) als Organisator schätzte ein, dass diese Veranstaltung Ausdruck der Verbundenheit sei. Die meisten Teilnehmer hätten einen großen Teil ihres Lebens der militärischen Sicherung der Staatsgrenze der DDR gewidmet. Diese Erinnerungen könne ihnen niemand nehmen, hieß es. Auch in der Diskussion herrschte Einigkeit, dass es für die ehemaligen Angehörigen und Zivilbeschäftigten der Grenztruppen keinen Grund gibt, sich ihrer Pflichterfüllung zu schämen und ihre Biografie zu verleugnen. Der Vorsitzende der GRH Perleberg, Dietrich Flachs, stellte rückblickend fest, dass nach dem

Die immer wieder strapazierte hübsche Formulierung von der „kritischen Solidarität“ gegenüber Kuba, ist Anlass, eine kleine Jahresrückschau zu halten. Die Entschließung des Europaparlaments zu Menschenrechtsproblemen in Kuba vom 2. Februar 2006, durchgesetzt von einer starken antikubanischen Mehrheit unter Zustimmung von drei Abgeordneten der Linkspartei.PDS hat die Parteibasis verärgert. Sie führte zu besonders schweren innerparteilichen Auseinandersetzungen und setzte die Betroffenen unter hohen Rechtfertigungsdruck. Auch die *Cuba-Si-Gruppen* haben das Verhalten

Tag der Erinnerung in Perleberg

Krieg Reisen nur mit Erlaubnis der Alliierten zulässig waren. Die meisten Bewegungen in beiden Richtungen erfolgten jedoch illegal über die Demarkationslinie. Ab Herbst 1945 setzten Niedersachsen, Bayern und Hessen Grenzsicherungskräfte ein. Der Aufbau der Grenzpolizei in der SBZ erfolgte auf Befehl der SMAD am 1. Dezember 1946. Das Wiedersehen der Veteranen mit Freunden und Kameraden soll künftig regelmäßig stattfinden. Mit Achtung und Dankbarkeit wird man um den 1. Dezember an die 500 000 ehemaligen DDR-Bürger erinnern, die von 1946 bis 1990 die Pflichten zum Schutz ihres Landes und zur Erhaltung des Friedens erfüllt haben. Die Teilnehmer erneuerten ihr ehrendes Gedenken für die 25 im Grenzdienst ermordeten Sol-

daten. Sie bekundeten ebenfalls ihr aufrichtiges Mitgefühl den Menschen, die beim Versuch des illegalen Grenzübertritts tödliche Verletzungen oder Körperschäden erlitten haben.

In der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit habe nicht jede positive Erinnerung ausgelöscht werden können. Andererseits müsse man täglich das Argument zur Kenntnis nehmen, dass die DDR ein „Unrechtsstaat“ war.

Rechtsanwalt Dr. Friedrich Wolff stellte klar, dass „Unrechtsstaat“ ein politischer Begriff ist, ein Kampfbegriff und kein Rechtsbegriff: „In keinem bundesdeutschen Rechtslexikon findet sich das Stichwort Unrechtsstaat. Es wird von der Politik verliehen und von den Medien verbreitet.“

HELMUT KAHL,
PERLEBERG

Solidarität!

von A. Brie, G. Zimmer und H. Markov entschieden verurteilt, auch wir Leipziger.

Letztlich hat sich der Parteivorstand, von der Protestwelle überrollt, distanzierend durchgerungen, dies sei nicht „Position der Linkspartei.PDS“.

Wir von Cuba Si Leipzig weisen die akademisch verbrämten, aber inhaltlich fragwürdigen Argumente und das andauernde sture Beharren dieser drei auf ihrer Position zurück. Unter der illegalen Blockadepolitik, die in Kuba bisher 86 Milliarden Dollar Schaden verursacht hat, und angesichts

wiederholter schwerer Naturkatastrophen kämpft das Land um die tägliche Grundversorgung. Was die immer wieder zitierten Menschenrechtsverletzungen betrifft, so liegt Kuba nach Erkenntnissen internationaler Menschenrechtsorganisationen im positiven Sinn weit hinten. Deutschland, die Westeuropäer überhaupt und die USA aber haben über Jahrzehnte unangefochten profitträchtige Beziehungen zu tatsächlichen Verbrecherstaaten gehalten.

Die „kritische Solidarität“ ist, zumindest was die Solidarität betrifft, wohl nur ein Lippenbekenntnis.

J. SPITZNER, LEIPZIG

Wanderungen durch Neufünfland

ES GAB SCHON unwirtliche Tage und deshalb holte sich der Wanderer ein paar Pillen für Hals und Rachen, bevor er loszog. Fragen Sie nicht nach dem Preis, aber er will nicht meckern, denn er bekam eine Apotheken-Illustrierte mit auf den Weg. Kostenlos! Und was ich aus dem bunten Blatt alles erfuhr! Zum Beispiel hatten die Redakteure den Prof. Klaus Wahle aus Münster befragt, was er vom Impfbewusstsein der Deutschen hält, und weil die wohl mangelhaft ist, auch noch die tollkühne Frage gestellt: „Wäre die Impfpflicht wie ehemals in der DDR sinnvoll?“ Darauf der gelahrte Mann: „Zwar waren die Durchimpfungen in der DDR außerordentlich gut. Aber ich bin der Meinung, dass der mündige Bürger über seine Gesundheit frei entscheiden sollte.“

Als er damit die unfreie DDR gebührend abgetadelt hatte, müssen ihm wohl leise Zweifel gekommen sein, deshalb riet er hinterher: „Man könnte darüber nachdenken, dass nur geimpfte Kinder überhaupt in den Kindergarten oder in die Schule gehen dürfen.“ Der Wanderer wusste nun alles über die große Freiheit: Jeder darf selber entscheiden, ob seine Kinder geimpft werden sollen – und wenn er nicht will, dürfen sie nicht in die Schule! Immerhin: Ich hatte den richtigen Schwung für einen langen Marsch!

IM SCHÖNEN GREIFSWALD erfuhr ich noch, dass man dort nach alter Sitte einen riesigen Weihnachtsstollen gebacken und dann verkauft hatte. 417,95 Euro wurden dabei eingenommen. Und – erfuhr der Wanderer – einen „Teil dieser Summe“ würde der Oberbürgermeister dem Obdachlosenheim Eldena überreichen. Wir wetteten, wieviel da für die Obdachlosen übrig bleiben dürfte, und den Wettensatz bringen wir demnächst dort vorbei.

Das Impfen und die große Freiheit

EINEN SCHILDBÜRGERPROZESS FÜHRTEN sie in Bergen. Eines Tages fand eine Frau ein Knöllchen an ihrem Auto. TÜV und Abgassonderuntersuchung seien versäumt worden. Die Frau ging in die Werkstatt, wo sie das Auto gekauft hatte, und zwar mit der Überzeugung, TÜV und Gasprüfung seien erledigt. Die Werkstatt bestätigte ihr das. Am nächsten Tag tauschte jemand von der Zulassungsstelle heimlich die Plaketten aus. Also rief die Frau bei der Bußgeldstelle an und die riet ihr, dass sie flugs Widerspruch einlegen solle. So landete sie vor Gericht und die Richter legte den Fall kopfschüttelnd zu den Akten. Zwei Polizeiobermeister aus Rügen und Schwerin waren als, ich weiß nicht was, dazugeladen worden. Hätte man auf den Unfug verzichtet, wäre einiges für die Greifswalder Obdachlosen dazugekommen.

HÄUSER VERSCHENKEN spielen sie derzeit im Thüringer Land. Der Bürgermeisters von Schleusingen ließ die Stadtverordneten wissen, dass eine Unternehmensberatung Innenstadthäuser angeboten habe. Auch diese Geschichte hat Weihnachtsmärchenhaftes an sich: Eine Bamberger Gesellschaft hatte einst Großeinkäufe bei der Treuhand getätigt, die besten Lagen bebaut und abkassiert, mit den Innenstadthäusern aber nichts anfangen können und sie nun zurückgeschenkt. Inzwischen sind sie reif für den Abriss, aber die Denkmalschutzbehörde ist dagegen. Also wird man den Weihnachtsmann fragen müssen, was man tun soll?

NIEMANDEN GEFRAGT HATTEN Diebe im märkischen Prötzel. Als die Adventsfeier der Senioren zu Ende und die Kollektokassette voll war, droschen sie ein Fenster ein, und weil die Kassette an einem Tisch festgeschraubt

war – die Kirche scheint ihre Erfahrungen gesammelt zu haben – hieben sie auch den Tisch in Stücke und zogen mit der gesammelten Kollekte davon. Fröhliche Weihnachten!

IN BEESKOW RAUNT MAN SICH seit langem eine gute Adresse zu. Es handelt sich um einen Schreibwarenladen. Den hatte der jetzige Besitzer 1990 von der Treuhand übernommen und die hatte ihn verpflichtet, die Vorräte ins Angebot zu bringen. Dazu gehörten auch Kartons mit Ansichtskarten. Wer also dort des Weges kommt, kann seinen Lieben eine Karte mit einem knallroten Wartburg schicken, oder mit fröhlichen Urlaubern in der „Konsum-Gaststätte“. Das Geschäft blüht und der Händler fürchtet höchstens den Tag, an dem seine Vorräte erschöpft sind.

GAR NICHT LUSTIG ist die Geschichte, die man uns bei Genthin erzählte. Dort hatte ein wackerer Mann seine kranke Mutter bis zum letzten Tag umsorgt und gepflegt. Er hatte sogar seine Arbeit aufgeben müssen und war also der Mutter zuliebe zu den Hartz-IV-Empfängern hinabgestiegen. Als sie starb, hatte er nicht mal mehr die Mittel, um die Beerdigung bezahlen zu können. Also wandte er sich an das Sozialamt in Burg und das ließ ihn wissen, dass er die Rechnung einschicken solle und dann das Geld bekäme. Es handelte sich um 1800 Euro, von denen das Sozialamt 200 sofort strich, weil es sich um Blumen handelte und Blumen – wurde er beschieden – seien „Privatsache“. Ein halbes Jahr ging ins Land, das Sozialamt lud den Sohn zweimal zu einem Gespräch ein, sagte dann aber ab. Beim dritten Mal eröffnete man ihm, er solle der Mutter baufälliges Häuschen verkaufen und die Bestattung davon bezahlen. Einem Journalisten eröffnete er: „Bevor ich mein Elternhaus verkaufe, hänge ich mich auf!“ Das klang gar nicht nach Weihnachten ...

• KLAUS HUHN

Das hatten wir schon, das hatten wir schon!

Tucholsky schrieb 1919 in seinem Gedicht „Einkäufe“:

*Was schenke ich dem kleinen Michel
zu diesem kalten Weihnachtsfest?
Den Kullerball? Den Sabberpichel?
Ein Gummikissen, das nicht näßt?
Ein kleines Seifensiederlicht?
Das hat er noch nicht. Das hat
er noch nicht. ...*

Seit Jahren sind nun auch wir Ostdeutschen „vereinmichelt“ und von der Reaktion reich beschenkt. In Teilen der Welt stehen wieder deutsche Soldaten, das Groß- und Bankkapital agiert global und ungeniert, Sozialstaat steht im Lexikon, medial beherrscht das Volk.

Wir können uns nur wünschen, dass sich die Menschen „entmicheln“, die soziale Kälte der Solidarität weicht und uns angesichts des viel gepriesenen Aufschwungs weitere Kriege erspart bleiben, denn: Das hatten wir schon, das hatten wir schon!

RALF HUNSTOCK,
LEIPZIG

Haben Sie auch so kesse Fotos?



Schnappschüsse wie der von Gerd Eiltzer sind nicht nur die Würze fürs private Album, sondern durchaus auch für eine linke Zeitung wie LN. Unsere kleine Truppe kann nicht überall sein. Aber unsere Leser sind fast überall – da müsste doch manche Fotonachricht abfallen? Honorare zahlen wir leider prinzipiell nicht. Aber uns und damit anderen Lesern zu guten Fotoinformationen zu verhelfen, das ist doch auch kein schlechter Lohn – oder?

Staatsterrorist Nr. 1

Keine Terrorgruppe, kein einzelner Terrorist, kein „Schurkenstaat“ in der Welt ängstigt soviel wie die aggressive und unberechenbare Politik des Chefs im Weißen Haus. Mit seinen permanenten Drohgebärden und kriegerischen Handlungen gegenüber anderen Staaten sowie seinem überheblichen Weltherrschaftsanspruch, der durch nichts und niemanden legitimiert ist, hat er sich während seiner Amtszeit zum Staatsterroristen Nr. 1 in der Welt qualifiziert.

In seiner Politik liegen auch die Ursachen, warum sich kollektiver und individueller Terror in den letzten Jahren so stark ausbreiten konnten. Die bedrohten Völker und okkupierten Staaten sehen darin oft ihre einzige Chance (wenn auch mit untauglichen Mitteln und Methoden), sich gegen die USA und ihre Getreuen zur Wehr zu setzen. Im übrigen sollte niemand damit rechnen, dass sich mit den kürzlich stattgefundenen Kongresswahlen Wesentliches am militanten Kurs des Präsidenten ändert.

Eine Schande ist es deshalb, dass sich die BRD, die sich nach außen in der Rolle des Rechtsstaates gefällt, ausgerechnet Mr. Bush zum Busenfreund erkoren hat, der nach der Meinung der Mehrheit der Weltbevölkerung eher vor ein Kriegsverbrechertribunal gehört.

GOTTFRIED FLEISCHHAMMER, LEIPZIG

HAMBURGER KORRESPONDENZ

Für 200 Millionen Euro verkauft die Freie und Hansestadt Hamburg 52 landeseigene Immobilien an den Frankfurter Immobilieninvestor Deutsche Immobilien Chancen (DIC). Im Bieterverfahren hat sich DIC nach Angaben gut informierter Kreise gegen den Hamburger Investor Dieter Becken und den britischen Fonds Patron Capital durchgesetzt. Wohl bedarf das Geschäft noch der Zustimmung von Senat und Bürgerschaft. Dass diese kommt, steht bei den Mehrheitsverhältnissen im Parlament außer Frage. Gegenüber den Medien erklärte Hamburgs Finanzsenator Wolfgang Peiner (CDU): „Wir haben mit diesem Verkauf konsequent die Politik fortgesetzt, städtische Immobilienunternehmen sowie den Hamburger Haushalt von immobilienwirtschaftlichen Risiken zu entlasten.“

Zum jüngsten städtischen Immobilienpaket, das zum Verkauf ansteht, gehören ein Gebäudeensemble an der Dammstraße/Große Theaterstraße sowie Amtsgerichte und Finanzämter in Wandsbek, Harburg und Bergedorf. Zwei Immobilienpakete konnte der Investor Ixis Capital Partners für 800 Mio.

Und wieder Immobilien verschleudert

Euro aus dem Besitz der Hansestadt bereits übernehmen. Unter diesen Immobilien befanden sich auch die Wirtschafts-, Justiz- und Finanzbehörde, die von Hamburg bereits langfristig zurückerkauft wurden. Was die Mieten über Jahre die Hamburger kosten werden, das verschweigt der CDU-Senat. Verkauft wurden auch die sieben Krankenhäuser aus dem Eigentum der Stadt 2005 an das hessische Krankenhausunternehmen Asklepios. Dabei hatten sich die Hamburger bei der letzten Bürgerschaftswahl mehrheitlich gegen den Verkauf ausgesprochen. Kaum war der Verkauf unter Dach und Fach, gab es für das Krankenhauspersonal Arbeitszeiterhöhungen und Gehaltskürzungen. Nach einer anonymen Anzeige im Spätherbst gegen Wolfgang Peiner ermittelt die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main im Zusammenhang mit dem Teilverkauf des Landesbetriebs Krankenhäuser (LBK). Die Staats-

anwaltschaft ermittelt gegen den Hamburger Finanzsenator und den Asklepios-Chef Bernhard Broermann wegen Betrugsverdachts. Führende Mitarbeiter von Asklepios und der Stadt sollen gewusst haben, dass das Unternehmen nicht in der Lage ist, den LBK-Kaufpreis in Höhe von 350 Millionen sowie die versprochenen 150 Millionen Euro an Investitionen zu bezahlen. Auch soll Asklepios vor dem Kauf eigenes Vermögen auf andere Gesellschaften transferiert haben. Vor Toresschluss will der Noch-Finanzsenator Peiner, der zum Jahresende sein Amt aufgibt, weitere Immobilien auf den Markt werfen. Bedroht davon aus dem Eigentum der Stadt ist die Hamburger Hafen und Lagerhaus AG (HHLA). Die HHLA erwirtschaftet nicht nur satten Gewinn über den Containerumschlag, sie bewirtschaftet auch die historische Speicherstadt und den Fischmarkt.

Von Privatisierungsplänen bedroht ist auch die HHLA insgesamt. Bis zu 49 Prozent will die Hansestadt an einen zahlungskräftigen Investor verkaufen. Allein von der Ausgliederung der Speicherstadt und des Fischmarkts wären 100 Arbeitsplätze betroffen.

Derzeit ziehen dunkle Wolken über Hamburgs geplanten Prachtbau, die neue Philharmonie am Hafen, auf. Die Kosten des neuen Musiktempels explodieren derzeit von einst geschätzten 186 auf über 241 Millionen Euro. Von diesem Betrag sollen nun 114 Millionen aus Hamburgs Steuertopf kommen, die andere Summen sind steuerabzugsfähige Spenden von betuchten Sponsoren. Ob das die gesamten Kosten des neuen Konzertbaues sind, ist fraglich. Aus dem Bieterverfahren ist der Baukonzern STRABAG ausgeschieden. Hauptgrund war, dass die für das Haus vorgesehene Glasfassade nicht zu verwirklichen ist. Hochtief will die Elbphilharmonie zum Festpreis bauen und zwanzig Jahre das Gebäude warten. Das Risiko der Glasfassade wälzen die Bauprofis aus Essen auf die Hansestadt ab.

• KARL-H. WALLOCH

Anzeigen

An alle, die ihn kennen und achten.

Der Kämpfer gegen Faschismus

Albert Holzmüller

geb. 25. 10. 1917
gest. 7. 12. 2006
ist nicht mehr.

Ein erfülltes Leben für sozialistische Ideale hat sich vollendet.
Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Seine Genossinnen
und Genossen der DKP Leipzig

Die Genossinnen und Genossen der Basisorganisation Innerer Süden trauern um ihren Genossen

Fritz Trimper

28.12.1919 – 2. 12. 2006

Deine Begeisterung und Einsatzbereitschaft werden uns sehr fehlen.
Wir werden dich nie vergessen

Wir trauern um unseren Kameraden

Albert Holzmüller

25.10. 1917 – 07.12. 2006

Vorstand des Stadtvorstandes
VVN-BdA Leipzig
Vorstand des BdA e. V. - Sitz Leipzig

Zum Gedenken

Prof. em. Dr. sc. Gerhard Hirschfeld

ist am 22. November 2006 in

Bad Waldsee verstorben.

Leipzig war ihm immer Heimat, und der Universität blieb er nach dem Studium ab 1957 bis 1986 aktiv verbunden.

Die Tugend der Beständigkeit prägte auch seine Lebenshaltung: Sein Herz schlug links für Links.

In ehrendem Gedenken –
für alle Leipziger Freunde
Gerda und Friedbert Barthel



Von
**KLAUS
HUHN**

Was schreibt ein Sportjournalist zu Weihnachten? Er könnte sich den Gewohnheiten anpassen und Märchen wählen. Er müsste nicht mal zu den Bänden der Gebrüder Grimm greifen, weil im Sport das Jahr über genügend Märchen erzählt werden. Denen müsste er höchstens den Bart des Weihnachtsmanns ankleben und ihnen vielleicht noch einen Tannenzweig in den Arm drücken, um bei den Lesern „anzukommen“. Wenn die aber abwinken, weil sie schon genug haben von den ewigen Märchen, die vor allem über den DDR-Sport erzählt werden, könnte er auch in die Realität der Gegenwart wechseln, denn die hat keinen Bart!

Zum Beispiel der Zweikampf zwischen *adidas* und *Nike*. Zwei Konzerne, die ihre Millionen mit Sportschuhen und Trikots und Trainingsanzügen machen. Der eine in Deutschland, der andere in den USA. Früher gab es noch mehr, *Reebok* zum Beispiel, aber die Marke hat *adidas* letztes Jahr für schlappe drei Milliarden Euro „übernommen“ und nun spielt sogar die USA-Basketballliga im *adidas*-Dress. Die dadurch in die Ecke gedrängte *Nike* langte zurück und bot der Fußball-Bundesliga 50 Millionen, wenn künftig von Bayern bis Rostock alle in *Nike*-Trikots spielen. So einfach geht das natürlich nicht, denn die Bundesliga hat einen Vertrag mit *adidas* und der läuft angeblich bis 2014. Aber *Nike* hatte nicht das Doppelte von *adidas* geboten, sondern das Fünffache, und wer hält sich hierzulande schon an einen Vertrag, wenn ihm das Fünffache geboten wird? Der Präsident der Deutschen Fußball-Liga meldete sich denn auch flugs und gab zu bedenken, dass man an den *Nike*-Millionen nicht „einfach vorbeigehen“ könne.

Ich mache mir keine Gedanken, wie die Affäre ausgehen wird, aber ziemlich klar scheint zu sein, dass *adidas* noch einiges rüberlangen muss, damit *Nike* Zweiter bleibt. Ist das nicht ein hübsches Weihnachtsthema? Nicht für alle, denn die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* überschrieb das *adidas-Nike*-Duell mit den drei Worten: „Ein unmoralisches Angebot“.

Vielleicht wäre es aber auch ein Weihnachtsgeschenk,

wenn man den Redakteuren der *FAZ* erzählen würde, was aus unserer Sicht „moralisch“ und was „unmoralisch“ ist. Der Vorteil wäre, man könnte in Frankfurt bleiben und als Beispiel den dort ansässigen Josef Ackermann wählen, der sich als Deutsche-Bank-Chef unlängst ein paar Millionen selbst bewilligte, deswegen vor Gericht kam, freigesprochen wurde, was der Bundesgerichtshof für unmoralisch hielt, deshalb den Freispruch annullierte und einen neuen Prozess anberaumte, der damit endete, dass Herr Ackermann wieder freigesprochen wurde. ...

Ich wollte beim Sport bleiben, und weil mir unlängst einige Leser wegen der Erinnerung an 1956 freundliche Briefe schrieben, kam mir in den Sinn, ein echtes, ein

Sportkolumne

Olympisches Weihnachts- märchen

wahres Sport-Weihnachtsmärchen zu erzählen.

In diesem Fall zitiere ich sogar einen herausragenden altbundesdeutschen Sportjournalisten, nämlich Hans Blickensdörfer. Der leider schon 1997 verstorbene Stuttgarter, dessen Autobiografie „Die Baskenmütze“ in 18 Sprachen übersetzt worden war, berichtete 1976 aus Montreal für die *Stuttgarter Zeitung* und hatte den Mut zu schreiben, was er von der DDR hielt. „Man kann gegen die nationalistischen Aspekte des Medaillenspiegels angehen wie man will. Er bleibt Olympias beliebtester Blickfang, und wenn man hineinguckt, schaut einem mit stolzer und ernster Würde die DDR entgegen. Giganten wie die UdSSR und die USA können weder so blicken, noch haben sie Grund dazu. Gegenüber den Posters, die sie auf der Landkarte ausmachen, ist die DDR eine Briefmarke. Olympisch gesehen ist sie freilich zur blauen Mauritius avanciert und nicht vergleichbar mit anderen kleinen Ländern, die olympische Geschichte machten.“

Als die Nurmi, Irtola und Kolehmainen aus den finnischen Wäldern traten, um dem Langlauf eine neue Dimension zu geben, bewunderte die Welt das kleine skandinavische Land ... aber während die Finnen nur

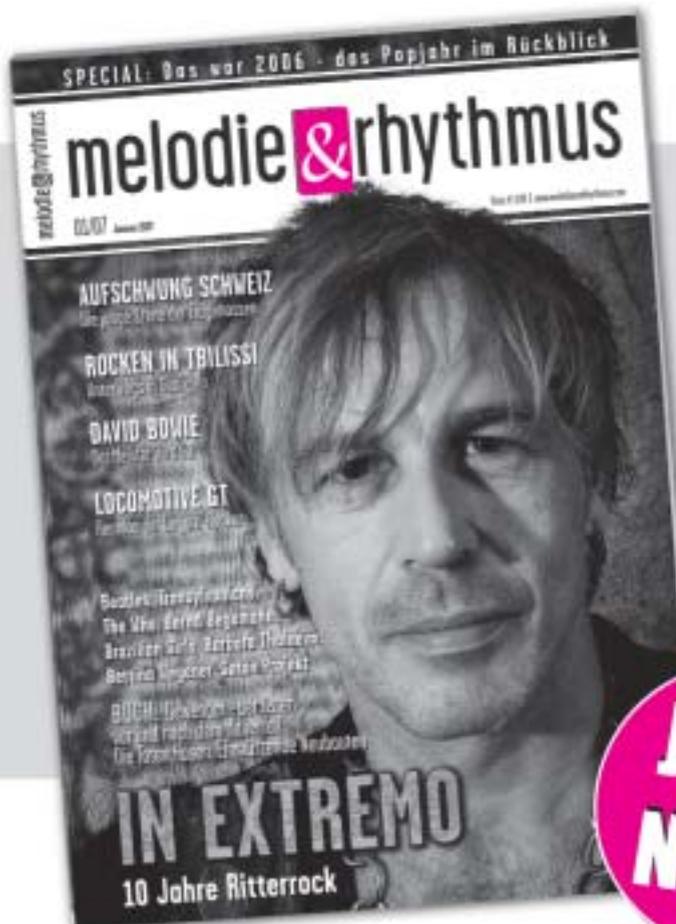
mit ihren Langläufern und Speerwerfern glänzten, hat die DDR ein olympisches Universalfeuerwerk von nie gesehener Brillanz losgelassen.

Selbst die sowjetischen Freunde, ... reiben sich die Augen. Total verunsichert aber sind die Amerikaner, und es gibt, nachweisbar, in ihrem Lager einige Athleten, die der DDR Erfolg über Erfolg gönnen. Nicht, weil sie Kommunisten wären, ... aber der ‚american way of life‘ setzt der Züchtung von Olympiasiegern Grenzen, die es im Arbeiter- und Bauernstaat nicht gibt.

Die DDR ... geht den Weg, den sie sich vorgezeichnet hat, weiter, und sie begnügt sich nicht damit, Gold im Stadion abzuholen. In einer Schule, nahe dem Olympischen Dorf, hat sie Räume gemietet, um den Propagandawert frisch gewonnener Medaillen zu nützen. Der Werbeslogan entbehrt nicht der Attraktivität: ‚Meet the GDR-Medal-Winners‘ (begegnet den DDR-Medaillengewinnern!). Angesichts der polizeilichen Maßnahmen, die es praktisch unmöglich machen, an Athleten heranzukommen, sowie der Tatsache, daß kein anderes Land seine Olympiasieger öffentlich vorführt, ist der Zulauf bemerkenswert. Die Leute kommen, und sie haben jeden Tag Gelegenheit, mit erfolgreichen DDR-Athleten zu sprechen. ...“

Das war für Blickensdörfer damals schon märchenhaft, aber er hatte dem noch etwas hinzuzufügen: „Während erfolgreiche DDR-Athleten dort ihre Autogramme gaben, saß Delegationsleiter Manfred Ewald mit den Erfolglosen bei einem festlichen Abendessen im Dachrestaurant des Luxushotels Chateau Champlain und gab einem amerikanischen Reporter, der Kornelia Ender zu entdecken versuchte, folgende Antwort: ‚Hier finden Sie keine Sieger. Wir sind eine große Gemeinschaft und wollen auch den anderen für ihre Anstrengungen danken und zeigen, wie stolz wir auf sie sind.‘ Auch das machte Eindruck. ‚Das gibt's bei uns nicht einmal für die Sieger‘, staunte der Amerikaner.“

Und das Bankett für die Medaillenlosen ist mit der DDR auch aus der olympischen Geschichte verschwunden. Es war damals schon für viele eine Art „Weihnachtsmärchen“, denn in keiner Mannschaft wurden die eingeladen, die keine Medaille errungen hatten. Ich erinnere mich noch sehr gut an diese Party 1988 in Seoul. Kugelstoßer Udo Beyer hatte in Montreal gewonnen, war 1980 in Moskau Dritter geworden und 1988 dann „nur“ Vierter. Er saß nicht mit der allerbesten Laune am Tisch, aber er fand es dann doch gut, auch mal in dieser Runde gewesen zu sein. Also: Die Party der Medaillenlosen – ein olympisches Weihnachtsmärchen aus „uralten“ Zeiten. Mit Hans Blickensdörfer als Kronzeugen!



**JETZT
AM KIOSK
ODER BEQUEM IM PROBEABO**
01805 / 917 917

[0,14 €/min]

www.melodieundrhythmus.com

**Jetzt
NEU!!!**

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern von LEIPZIGS NEUE ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Start 2007.

Auch im kommenden Jahr werden wir uns gemeinsam und konsequent für linke, alternative Politik in dieser Gesellschaft einsetzen.

Stadtvorstand **DIE LINKE. PDS**

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern von LEIPZIGS NEUE eine frohe Weihnacht und ein gesundes und friedliches neues Jahr.

Dr. BARBARA HÖLL

DIE LINKE. PDS

Für ein Leipzig als erklärte und aktive Stadt des Friedens mit einem breiten demokratischen Bündnis gegen Rechts sowie für soziale Gerechtigkeit.



Unseren Mitgliedern und anderen Unterstützern herzlichen Dank und gute Wünsche für ein erfolgreiches Jahr 2007.

Friedenszentrum Leipzig e.V. Friedensweg Leipzig
Leipziger Komitee für Gerechtigkeit e.V.
Arbeitsgemeinschaft "Flughafen - natofrei",
Mitglieder des Aktionskreises gegen Rechts

Das Bürgerbüro von MdL Dr. Dietmar Pellmann wünscht allen Leserinnen und Lesern von LN ein friedliches Weihnachten sowie einen erfolgreichen Start ins Jahr 2007. Zugleich bedanken wir uns für die gute Zusammenarbeit im Jahr 2006

MdL Dr. Dietmar Pellmann
Reinhard Grützner

DIE LINKE. PDS

dankt allen Leserinnen und Lesern für die geleistete finanzielle, materielle und politische Solidarität mit Kuba. Wir wünschen ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr.



Unsere Solidarität geht weiter

Ein frohes Weihnachtsfest und für 2007 Gesundheit, Optimismus und Kraft im Kampf gegen Sozialabbau und für die Bildung der neuen Linken wünscht das Wahlkreisbüro von MdL Dr. Monika Runge.

MdL Dr. Monika Runge Wolfgang Denecke

DIE LINKE. PDS

Die Mitglieder und Sympathisanten der Initiative **Christliche Linke** wünschen allen Leserinnen und Lesern von LEIPZIGS NEUE ein geruhames Weihnachtsfest und ein glückliches, friedvolles Jahr 2007

Allen Genossinnen und Genossen, allen Sympathisantinnen und Sympathisanten der Linkspartei.PDS in Löbnig ein frohes und geruhames Weihnachtsfest, verbunden mit herzlichen Grüßen zum Jahreswechsel und den besten Wünschen für 2007.

Vor uns stehen große Aufgaben – packen wir sie gemeinsam an.

Die Vorstände der Linkspartei.PDS-Basisgruppen Löbnig

Ein frohes Weihnachtsfest und für das Jahr 2007

Kraft und Optimismus im Kampf gegen Bildungs- und Sozialabbau

Das wünscht Ihnen CORNELIA FALKEN
MdL Sachsen – Linksfraktion.PDS

DIE LINKE. PDS

Der Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. wünscht allen Leserinnen und Lesern von LEIPZIGS NEUE frohe und besinnliche Weihnachtsfeiertage und ein friedliches und solidarisches Jahr 2007.

Dr. Monika Runge, MdL Prof. Dr. Klaus Kinner
Stiftungsvorsitzende Geschäftsführer

Gemeinsam schaffen wir eine neue Linke!
Allen Leserinnen und Lesern von Leipzigs Neue, allen Genossinnen und Genossen unseres Kreisverbandes ein frohes Weihnachtsfest und für 2007 viel Gesundheit und Kraft für die vor uns stehenden Aufgaben

Wolfgang Denecke
Vorsitzender des Kreisverbandes Leipziger Land

DIE LINKE. PDS

Unsere Genossin **Ursel Kalich** wird am 22. Dezember **80 Jahre**.
Wir danken dir für deine langjährige Mitarbeit und wünschen dir, liebe Ursel, für das neue Lebensjahr alles erdenklich Gute.

Deine Linkspartei.PDS-
OV Connewitz/Dölitz

Der Vorstand der TIG Leipzig bedankt sich bei allen Mitgliedern und ihren Angehörigen, bei allen Freunden und Sympathisanten für die solidarische Unterstützung im Kampf gegen Rentenstrafrecht und soziale Ungerechtigkeiten, wünscht ein friedliches Weihnachtsfest, alles Gute zum Jahreswechsel und gemeinsame Erfolge im neuen Jahr.

Die nächste ISOR-Sprechstunde findet am 24. Januar 2007 statt.

Rosa Luxemburg

☎: 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Sonnabend, 6. Januar, 10 Uhr, Chemnitz
Globalisiertes Chemnitz – eine Stadtführung.
 Treffpunkt: Industriemuseum Chemnitz, Zwickauer Str. 119

Mittwoch, 10. Januar, 18 Uhr, Leipzig
 Buchvorstellung und Diskussion: **Ostdeutschland – Zwischen Währungsunion und Solidarpakt II.** Mit Dr. Ulrich Busch, Berlin, und Karl Mai, Halle, Mitautor und Mitherausgeber. Moderation: Dr. Dieter Janke
 Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 10. Januar, 18 Uhr, Chemnitz
 Vortrag und Diskussion: **60. Jahrestag der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse.** Mit Prof. Dr. Kurt Pätzold
 TU Chemnitz, Reichenhainer Str. 70

Donnerstag, 11. Januar, 19 Uhr, Brand-Erbisdorf
 Vortrag und Diskussion: **60. Jahrestag der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse.** Mit Prof. Dr. Kurt Pätzold. In Zusammenarbeit mit BrennPoint e. V.
 Städtischer Festsaal, Stadthaus 2

Freitag, 12. Januar, 16.30 Uhr, Sonnabend, 13. Januar, 10–21 Uhr, Chemnitz
Dem Rad in die Speichen fallen. Symposium, gewidmet Hans-Joachim Vogel, sowie eine Ausstellung mit Arbeiten aus seinem umfangreichen künstlerischen Nachlass. Veranstalter: Fraktion Linkspartei.PDS im Sächsischen Landtag, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V., Rothaus Chemnitz e. V., Arbeitsgemeinschaft Offene Kirche Sachsen. Eintritt frei. Anmeldung erwünscht
 Tel. 0371/5382718; Fax 0371/5382719.
 Ev.-Luth. Kirchgemeindezentrum St. Pauli-Kreuz, Henriettenstr. 36

Die Veranstaltungen sind für jedermann offen.

BUCHHANDLUNG RIJAP

GbR

Literatur für SIE

Im Dezember neu bei uns:

Elmer Altvater: **Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen.**
 Westfälisches Dampfboot, 14,90 Euro

Max Otte: **Der Crash kommt. Die neue Weltwirtschaftskrise und wie Sie sich darauf vorbereiten.** Econ, 18 Euro

Wer war wer in der DDR. Hrsg. v. Helmut Müller-Ensbjergs, Jan Wielgohs u. Dieter Hoffmann, Links, 49,90 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus! In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet
 ☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71
 www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage

04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum

04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center

04357 Mockauer Str. 123

Wir danken unserer verehrten Kundschaft für ihr entgegengebrachtes Vertrauen und wünschen ein friedvolles Weihnachtsfest und ein gesundes neues Jahr 2007!

Zu ihrem 65. Geburtstag gratulieren wir unserer verdienstvollen Mitstreiterin und guten Freundin



Dr. Christel Hartinger

Literaturwissenschaftlerin, Trägerin des Lysistrata-Friedenspreises (LISA) sowie der Ehrenurkunde der Stadt Leipzig für hervorragendes Bürgerengagement.

Wir wünschen unserer Christel bessere Gesundheit und gute Chancen für ihre weiteren Vorhaben, die vielfach unsere gemeinsamen sind.

Friedenszentrum Leipzig e.V.

Mit dem linken Reisebüro TUK
Urlaub für Gleichgesinnte im Riesengebirge
 und Teilnahme am ANTIFA-Treffen in Mala Upa.

21. – 28. August 2007
 Rückfragen:
 Tel.: 0341-688 35 02

AG Reisen/AG Senioren beim SV der Linkspartei.PDS

SPOTLESS

KLAUS HUHN:

ACKERMANN UND ANDERE

Selbst bürgerliche Zeitungen nannten den Prozess einen „Kuhhandel“

Anruf oder FAX:
 030 - 24009401

Die Freidenker des Leipziger Verbandes wünschen allen frei Denkenden und damit auch Leserinnen und Lesern von **LEIPZIGS NEUE** ein erfolgreiches Jahr 2007.

Carl-Schorlemmer-Apotheke



Telefon (03 41) 4 22 45 58
 Arzneimittel-Information
 Arzneimittel-Abgabe

Inhaber:
 FSD PhR Friedrich Roßner
 Fachapotheker für Allgemeinpharmazie
 Karlsruher Straße 54
 04209 Leipzig

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
 Büro / Apothekenleiter



Helfen Sie uns, das Eisen zu schmieden, solange es heiß ist.

SPENDEN bitte an:

Projekt Linke Zeitung e. V., Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860 555 92, Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

bitte ausgefüllt schicken an:

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

RECHNUNGSANSCHRIFT

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein **Geschenkabonnement** ist)

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

Studierendenabo (13 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises
Probeabo (3,50 Euro für ein Vierteljahr)

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor** Bezugsende in der Redaktion kündigt.

Ich bitte um Rechnung
 Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Vor 15 Jahren letztmalig auf dem Bildschirm

„Zwischen Frühstück und Gänsebraten“

Über Weihnachtslieder, Weihnachtszoff und Weihnachtsbrauch in einem neuen Nicht-Weihnachtsbuch

Bei Familie Quermann gab es vor 50 Jahren einen weihnachtlichen Ehedisput. Nachzulesen im nagelneuen Buch über den 2003 verstorbenen einmaligen Redakteur, Conferencier, Regisseur und ehemaligen Bäcker.

„Entgegen unseren sonstigen Gepflogenheiten hatte ich am 1. Feiertag spielfrei. Womit also die Zeit totschiessen? Die Gans, die in der Bratröhre vor sich hinschmurgelte, war es schon längst. Ich ging also meiner Nase nach und landete in der Küche. Einmal, zweimal, mehrmals, Ruth wurde von Mal zu Mal ungehaltener, bis ihr der Krug platzte ...“

Ruth Quermann schlug ihrem Heinz also vor, doch um diese Zeit eine Sendung zu machen, damit er sie nicht weiter nerge. In seinem Kopf ratterte es, eine Radiosendung für die ganze Familie und zwar um die Mittagszeit. Eine tolle neue Idee. Quermann wollte seine sprachgewandte Frau gleich als Gastgeberin mit unter den Tannenbaum holen, aber die ließ sich nicht drauf ein, sondern brachte Margot Ebert ins Gespräch, da er mit ihr doch schon die Schlagersendung „Amiga-Cocktail“ ansage.

Das erste Mal servierten Margot Ebert und Heinz Quermann „Zwischen Frühstück und Gänsebraten“ Weihnachten 1957. Fernsehgeräte standen damals kaum in den Wohnzimmern, aber auch den Adlershofern gefiel die Idee, und sie übertrugen die zwei Stunden. 35-mal wurde produziert. 1991 ging die Gans dann gemeinsam mit Adlershof unter.

Damals sagten einige: Na endlich, und ein Erzgebirgler namens Dr. Riedel aus Hannover schrieb an Heinz Quermann: „Wieder hat der alte Zensor Quermann, der 40 Jahre lang die Volksmusik im Namen der SED unterdrückte und jede Unterhaltungssendung in sozialistische Zwangsjacken gesteckt hatte, dieser Weihnachtssendung seinen Stempel aufgedrückt. (...) laßt doch die Volkskünstler ihr Programm selbst bestimmen! Weg mit

Quermann! Deitsch und Frei wolln mehr sei! (Erzgebirgslied von Anton Günther, seit 1945 verboten)“

Antwort Quermann: „... wenn Sie wirklich ein alter Erzgebirgler sind, sollten Sie eigentlich wissen, dass der böse alte Zensor Quermann derjenige gewesen ist, der veranlasste, dass AMIGA eine Langspielplatte mit Anton Günther produzierte. (...) Im übrigen möchte ich Sie darauf hinweisen, dass die in den letzten 40 Jahren entstandenen Erzgebirgslieder weder unter Zensur noch unter Druck entstanden sind. Ich muss annehmen, dass Ihre Karte eine Provokation darstellt, die ich auf keinen Fall hinnehmen werde.“

Antwort Dr. Riedel: „Wie ich Ihrem Schreiben entnehme, muß ich annehmen, dass Sie mich wegen meiner Zuschrift ins Gefängnis bringen könnten. Ich ziehe daher meine Kritik als unge-rechtfertigt zurück.“

Antwort Quermann: „Ich hatte nie die Absicht, Sie ins Gefängnis zu bringen. (...) Wenn Sie wieder mal irgendwelche Dinge haben, die Sie loswerden möchten, wenden Sie sich vertrauensvoll an mich.“

Die reich bebilderten 220 Seiten aus Quermanns Nachlass beschreiben amüsant und nachdenklich weitaus mehr als nur ein Kapitel Unterhaltungskunst zwischen *Schlagerrevue – Da lacht der Bär – Herzklopfen kostenlos* und der legendären Weihnachtsmatinee.

Warum er als ehemaliger DDR-Liberaler dann 1991 nicht in die FDP eintrat, zwar die SPD wählte, aber Gregor Gysi unterstützte und bei der Besetzung des Palastes der Republik nicht fehlte, zählt zu den zahlreichen Lebensfacetten dieses auch nach seinem Tode noch sehr populären Mannes und ist des Nachlesens wert.

• - CK

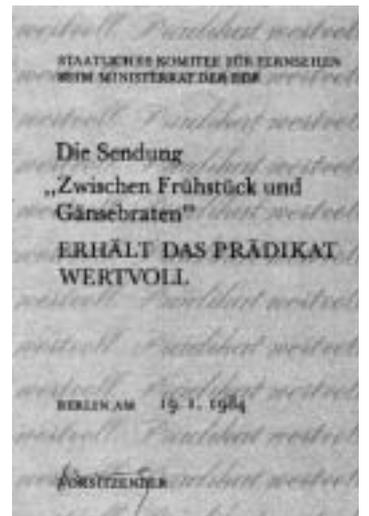
Das dicke Quermann Buch
Eulenspiegel-Verlag, Berlin 2006
220 S., 19.80 Euro



Margot Ebert und Heinz Quermann beim „Gänsebraten“ am 1. Weihnachtsfeiertag 1957



Quermann unsterblich als „Wachsgesicht“



We(i)hnacht

... gehört übrigens zu den ganz seltenen Familiennamen im deutschsprachigen Raum. Ab und an kommt auch „Weihnachten“ oder „Weihnachter“ vor. Der legendäre, inzwischen verstorbene Namensforscher Josef Karlmann Brechenmacher begründet die Entstehung dieses Nachnamens seit dem 14. Jahrhundert unter anderem mit dem Geburtstag der ersten Namensträger. Eine weitere Möglichkeit boten alte Ortsnamen wie „Wihennachten“, um den einen oder anderen so zu titulieren. Der Ort Wienachten bei Rohrschach heißt 1525 „uff deb Wychennechten“. Eine Siedlung Weihnachtshalde existierte in St. Gallen. Erstmals entdeckte der Forscher den weihnachtlichen Namen im Jahre 1384 bei einem Dietrich Winacht. 1491 existierte ein Georg Winächter in Oberbayern.

Im Telefonbuch des Raumes Leipzig ist im Jahre 2006 nichts ähnliches zu finden. Und die Post an den Weihnachtsmann geht demnach wie meist nach: Himmelpfort.

• Z



Auch Weihnachtseengel unterschreiben dieser Tage in Leipzig Forderungen für bezahlbare Fahr-Tickets. Foto: Gerd Eiltzer

Das Rechte nach Bedarf zu schenken macht immer nötig, scharf zu denken.

Eugen Roth

Anzeige



Allen Gästen, Kameradinnen und Kameraden, Genossinnen und Genossen, allen Freunden / -innen und Mitarbeitern / -innen wünschen wir ein frohes Weihnachtsfest und uns allen ein erfolgreiches neues Jahr 2007.

Auf ein Wiedersehen in „Heideruh“!

Helga und Helmut

Heideruh e.V., Ahornweg 45, 21244 Buchholz i. d. N.
Tel.: 04181/8726, Fax: 04181/28114, Mail: heideruh@t-online.de

Nix Punsch ... dafür Milch Mix

Der Herr Müller kommt aus Deutschland. Der Herr Müller ist ein Unternehmer. Und das, was in den Fabriken von Herrn Müller hergestellt wird, habt ihr sicher alle schon mal gesehen, wenn ihr im Supermarkt wart. Der Herr Müller stellt nämlich lauter Sachen her, die aus Milch gemacht werden. Naja, eigentlich stellen die Kühe die Milch her, aber der Herr Müller verpackt sie schön und sorgt dafür, dass sie in den Supermarkt kommen, wo ihr sie dann kaufen könnt.

Die Sachen, die der Herr Müller herstellt, sind so gut, dass sogar der Herr Bohlen dafür Werbung gemacht hat. Weil der Herr Müller ein Unternehmer ist, hat er sich gedacht, er unternimmt mal was und baut eine neue Fabrik. Und zwar baut er sie in Sachsen. Eigentlich braucht niemand eine neue Milchfabrik, weil es schon viel zu viele davon gibt, und diese viel zu viele Milchprodukte produzieren, aber der Herr Müller hat sie trotzdem gebaut. Und weil die Leute in Sachsen ganz arm sind und keine Arbeitsplätze haben, unterstützt der Staat den Bau neuer Fabriken mit Geld.

Arbeitsplätze hat man nämlich im Gegensatz zu Milchprodukten nie genug. Also hat der Herr Müller einen Antrag ausgefüllt, ihn zur Post gebracht und abgeschickt. Ein paar Tage später haben ihm dann das Land Sachsen und die Herren von der Europäischen Union in Brüssel einen Scheck über 70 Millionen Euro geschickt. 70 Millionen, das ist eine Zahl mit sieben Nullen, also ganz viel Geld.

Der Herr Müller hat also seine neue Fabrik gebaut und 158 Leute eingestellt. Hurra, Herr Müller! Nachdem die neue Fabrik von Herrn Müller nun ganz viele Milchprodukte hergestellt hat, hat er gemerkt, dass er die gar nicht verkaufen kann, denn es gibt ja viel zu viele Fabriken und Milchprodukte.

Naja, eigentlich hat er das schon vorher gewusst, auch die Herren vom Land Sachsen und der Europäischen Union haben das gewusst, es ist nämlich kein Geheimnis. Das Geld haben sie ihm trotzdem gegeben. Ist ja nicht ihr Geld, sondern eures. Klingt komisch, ist aber so. Also was hat er gemacht, der Herr Müller? In Niedersachsen, das ist ziemlich weit im Norden, hat der Herr Müller auch eine Fabrik. Die steht da schon seit 85 Jahren und irgendwann hatte der Herr Müller sie gekauft. Weil er jetzt die schöne neue Fabrik in Sachsen hatte, hat der Herr

Müller die alte Fabrik in Niedersachsen nicht mehr gebraucht, er hat sie geschlossen und 175 Menschen haben ihre Arbeit verloren.

Wenn ihr in der Schule gut aufgepasst habt, dann habt ihr sicher schon gemerkt, dass der Herr Müller 17 Arbeitsplätze weniger geschaffen hat, als er abgebaut hat. Dafür hat er 70 Millionen Euro bekommen.

Wenn ihr jetzt die 70 Millionen durch 17 teilt, dafür könnt ihr ruhig einen Taschenrechner nehmen, dann wisst ihr, dass der Herr Müller für jeden vernichteten Arbeitsplatz über 4 Millionen Euro bekommen hat. Da lacht er, der Herr Müller - natürlich nur, wenn niemand hinsieht. Ansonsten guckt er ganz traurig und erzählt jedem, wie schlecht es ihm geht. Aber der Herr Müller sitzt nicht nur rum, sondern er sorgt auch dafür, dass es ihm besser geht. Er ist nämlich sparsam, der Herr Müller.

Sicher kennt ihr die Becher, in denen früher die Milch von Herrn Müller verkauft wurde. Die schmeckt gut und es passen 500 ml rein, das ist ein halber Liter. Seit einiger Zeit verkauft der Herr Müller seine Milch aber in lustigen Flaschen, nicht mehr in Bechern. Die sind praktisch, weil man sie wieder verschließen kann und sehen hübsch aus. Allerdings sind nur noch 400 ml drin, sie kosten aber dasselbe. Da spart er was, der Herr Müller und Sparen ist eine Tugend, das wissen wir alle. Wenn ihr jetzt fragt, warum solche Leute wie der Herr Müller nicht einfach an den nächsten Baum gehängt werden, dann muss ich euch sagen, dass man so etwas einfach nicht tut. (Und ein deutscher Dichter namens Heine hat schon vor über 150 Jahren bedauernd geschrieben: „Und man macht aus deutschen Eichen keine Galgen für die Reichen.“) Wenn ihr aber das nächste Mal im Supermarkt seid, dann lasst doch einfach die Sachen vom Herrn Müller im Regal stehen und kauft die Sachen, die daneben stehen. Die schmecken genauso gut, sind meistens billiger und werden vielleicht von einem Unternehmer hergestellt, für den der Begriff „soziale Verantwortung“ noch eine Bedeutung hat.

Ach übrigens, da fällt mir ja ein, der Herr Müller will auch Erbschaftsteuer sparen und hat daher beschlossen, seinen Wohnsitz nach Österreich zu verlegen. Und eines sollte uns einigen: Nichts mehr von Müller-Milch auf den Gabentisch.

• I. MEHL

Das Letzte von LN zur Fußball-WM 2006:

Bei Licht' betrachtet war der Fußball nichts weiter als ein Bußfall.

Ausgedient ... nach 14 Jahren !!!



Die Manuskript-Transport-Trage-Tasche von M.W. Zu den Hoffnungen der Redaktion für 2007 gehört u. a.: **Mit einer neuen M-T-T-T ist Chefins mobiles Büro wieder o.k.**

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Im Amazonasgebiet verschwindet immer noch täglich Urwald in der Größe von 7000 Fußballfeldern. 3sat 8. 12.

In den 50er Jahren gab es in Hannover noch über 300 private Fleischereien. Jetzt sind es noch 39. DLF 9. 12.

(In Leipzig lt. Gelbe Seiten im Jahre 2006 noch genau 43)

Mit dem Fahrplanwechsel der Deutschen Bahn am 10. Dezember fährt kein Zug mehr nach Bad Frankenhausen. ARD 10. 12.

Jetzt muss jeder jeden Job annehmen. Axel Schulz hat es mit Boxen versucht. 3sat 10. 12.

An der Börse wirft niemand Siemens die schwarzen Kassen vor. Es gibt aber Vorwürfe, weil sie sich haben erwischen lassen. DLF 11. 12.

Die Deutschen geben 2006 rund 616 Millionen Euro für Weihnachtsbäume aus. ND 12. 12.

Die Politik der nuklearen Zweideutigkeiten hat Israel mit den USA abgestimmt. Es steht doch in unseren Schriften: Weise, passt auf eure Worte auf. DLF 12. 12.

Wir haben hier jetzt 70 Planstellen weniger als zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung. Wenn die Thüringer Landesregierung so weiter macht, gibt es in der Musik- und Theaterlandschaft einen Kahlschlag, wie ihn die Menschheit noch nicht erlebte.

Intendant Thüringer Philharmonie
DLF 12. 12.

Die Oberschicht sagte kürzlich zur Unterschicht, dass sie sich ihres Problems endlich einmal annehmen wolle. Damit wäre das Problem gelöst, wenn sich die Unterschicht endlich der Oberschicht annehmen würde. Aber gründlich.

Werner Lutz, Eulenspiegel 12/2006

ENTDECKT VON
MANFRED ERBE

BÜROMÖBEL
www.buero-richter.de

Vorsicht beim Katerfrühstück!

Das Herz vor Ärger schneller puckert, wenn man die Frühstückseier zuckert.

Verliebte hören auf zu balzen, sind ihre Cornflakes mal versalzen.

Trink ich Orangensaft mit Zwiebel, wird mir meistens ganz schnell übel.

Fällt in den Kaffee ein Stück Käse, wird man auch darüber bäse.

• H. V.



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e. V., V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

E-Mail: leipzig_neue@t-online.de

Internet: www.leipzig-neue.de

Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung, Anzeigen, Werbung:

Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.

Tel./Fax (Redaktion): 0341 / 21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

18. Dezember

Die nächste Ausgabe erscheint am

12. Januar

Spendenkonto

für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der

Sparkasse Leipzig,

BLZ: 860 555 92,

Konto: 11 50 11 48 40